PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 18.11.1975, fertiggestellt.

20. November 1975 Jg. 3 Nr. 46 50 Pfennig

Stahltarifrunde

Ein Abschluß, der nicht hingenommen werden kann

Am vergangenen Samstag gelang den Stahlkapitalisten ein Tarifabschluß, von dem sie in den letzten Jahren nur träumen konnten. Obwohl weit über 20 000 Stahlwerker in Streiks, Demonstrationen und Protestresolutionen den Kapitalisten ihre Kampfentschlossenheit bekundeten, waren die sozialdemokratischen IG Metall-Führer zu einem Kniefall für die "Stabilität" von deren Profiten bereit. Dieser Abschluß ist ein Schlag gegen die Bewegung unter den Stahlwerkern und den Metallern. Allerdings ist die Antwort auf die Frage, ob dieser Abschluß nicht ein Schuß nach hinten wird, für die "Verhandlungspartner" keineswegs gesichert. Dieser Schuß würde dann jeden von ihnen auf seine Weise treffen.

Den Stahlkapitalisten, die meinen, sie kommen nun billig davon, kann die nächste Welle selbständiger Streiks teuer zu stehen kommen. Den Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung oder der Regierung, die meinen, sie hätten sich durch die Unterwerfung der Stahlarbeiter mit den Kapitalisten versöhnt und würden durch das Wohlwollen der Stahlkapitalisten den Mitbestimmungsposten näher kommen und sich leichter an der Regierung halten, wird der selbständige Wille der Mitgliedermassen ordentlich an ihren Sitzen rütteln.

Die Arbeiterklasse kann aus diesem Abschluß erkennen, wo Freund und Feind stehen, und sie hat gespürt, daß sie kampffähig ist, auch wenn von schlechten Zeiten die Rede ist.

Die Verhandlungskommission der nordrhein-westfälischen Stahlkapitalisten und die der IG Metall von Nordrhein-Westfalen mit Bremen hatten schließlich in der fünften Runde den neuen Lohn der 220 000 Stahlwerker ausgehandelt. Die große Tarifkommission der IG Metall hat am Montag mit 117 gegen 9 Stimmen dem Bezirksleiter Herb grünes Licht für die Unterzeichnung des neuen Stahltarifes gegeben.

, 6 Prozent mehr sollen in die Lohntüte kommen, wie die bürgerliche Presse am Sonntag und die IG Metall "Information" vom 15.11. ankündigten. Während sich die Stahlkapitalisten zu diesem Abschluß auf die Schulter klopfen und erklären: Der Tarifabschluß sei "stark von sozialen Erwägungen beeinflußt": Trotz der schlechten Lage der Stahlindustrie sollen die Belegschaften nicht ganz auf Tariferhöhungen verzichten müssen – "im Interesse einer gewissen Beständigkeit der Tarifentwicklung nicht den gleichstarken Schwankungen unterworfen sein wie die Ertragsentwicklung der Unternehmen", beeilen sich die anderen Kapitalisten,

Forts. S. 2

Die Verhandlungskommission der nordrhein-westfälischen Stahlkapitalisten und die der IG Metall von Nordrhein-Westfalen mit Bremen hatten schließlich in der fünften Runde den neuen Lohn der 220 000 Stahlwerker

lung nicht den gleichstarken Schwankungen unterworfen sein wie die Ertragsentwicklung der Unternehmen", beeilen sich die anderen Kapitalisten,

Forts. S. 2



In zahlreichen Städten der BRD finden in diesen Tagen Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman statt. Im Rahmen dieser Solidaritätsaktionen wird auch eine Veranstaltungsreise mit einem Vertreter der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) durchgeführt. Sehr erfolgreiche Veranstaltungen gab es am vergangenen Sonntag in Freiburg und am Dienstag in Heidelberg. Weiter wird der Vertreter der PFLO am 20.11. in Hamburg, am 21.11. in Bremen, am 22.11. in Westberlin und am 24.11. in Köln sprechen. Die Veranstaltungsreise wird von einer Aktionseinheit getragen. Berichte und ein Interview mit dem PFLO-Vertreter auf Seite 13.

Der Geist von Rambouillet

Auf Schloß Rambouillet haben sich letzte Woche die Regierungschefs von den USA und Japan sowie der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens getroffen. Die ganze Presse ist voll vom Geist von Rambouillet.

Diese sechs imperialistischen Mächte halten einen Stimmenanteil von nahezu fünfzig Prozent im Weltwährungsfonds. 126 Länder gehören diesem Fonds an, aber die Stimmengewichte sind ungleich.

Der Weltwährungsfonds wurde geschaffen, um aus der Tatsache, daß die imperialistische Weltwirtschaftsordnung den großen Teil der Menschheit zu Schuldnern einer Handvoll imperialistischer Mächte macht, Kapital zu schlagen. Er ist da zum Zwecke der Erpressung.

Die unterentwickelt gehaltenen Länder müssen für die Waren, die sie ausführen, viel mehr Arbeit leisten als in den Waren steckt, die sie einführen. Sie erhalten dementsprechend einen viel zu niedrigen Preis für ihre Ausfuhr. Ihre Zahlungsbilanz wird negativ.

Wollen sie ihre Währung vor dem Zusammenbruch retten, müssen sie um Stützungskredite nachsuchen. An solche Kredite werden dann Bedingungen geknüpft. "Bei noch größeren Ziehungen" (Währungskreditersuchen an den Weltwährungsfonds) "fordert der Fonds" (also die Handvoll Imperialisten, die dort die absolute Mehrheit haben), "daß das Land sich intensiv um die Überwindung seiner Schwierigkeiten bemüht, gewöhnlich mit einem umfassenden Stabilisierungsprogramm, das insbesondere haushalts- und kreditpolitische Maßnahmen zur Beschränkung der Nachfrage vorsieht."

Man braucht keine Phantasie, um sich vorzustellen, was die Forderung nach "Beschränkung der Nachfrage" in einem Lande bedeuten mag, das bereits an die Schwelle der Hungersnot getrieben wurde. Es bedeutet, daß sich ein solches Land alles gefallen lassen muß. So etwas gefällt den sechs Erpresserhäuptlingen, und sie verkünden denn auch in Rambouillet, "der Augenblick sei nicht günstig, um von der Schaffung einer neuen Weltwirtschaft zu reden."

Das Ganze wird salbungsvoll hinter Schlagworten wie Belebung des Welthandels, Kredite für die Ärmsten der Armen, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und so weiter und so fort verhüllt.

Diese Verhüllungspolitik haben die Imperialisten nötig, weil sie durch den Kampf der Völker in der Weltöffentlichkeit an politischem und moralischem Ansehen stark eingebüßt haben. In der UNO versetzen ihnen die Völker der Welt politische Schläge und untergraben die scheinheilige Rechtfertigung imperialistischer Aggressionen systematisch.

Während aber der US-Präsident Ford nach außen hin verkündet, er sei gegen offene Wirtschaftssanktionen, zum Beispiel gegen jene Länder, die jüngst der Resolution zugestimmt haben, die den Zionismus als Rassismus entlarvt, werden hinter den Kulissen die Wirtschaftsallianzen neu zusammengestellt.

In den letzten Monaten ist seitens der Länder der Dritten Welt verstärkt der Ruf nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung laut geworden. Und die rohstofferzeugenden Länder schließen sich zusammen, um gegen den Ausverkauf ihrer Reichtümer, bloß zur Nutznießung durch eine Handvoll imperialistischer Mächte, Gegenmaßnahmen zu treffen.

Das erklärt die fieberhafte Konferenztätigkeit der Imperialisten. Sie versuchen, eine Gegenfront aufzubauen.

Dabei haben sie gehörige Schwierigkeiten. Schon jetzt wurden nach Rambouillet nicht eingeladen Belgien, die Niederlande sowie Kanada und Schweden, die ansonsten dem "Club der Zehn" angehören, der die absolute Mehrheit im Weltwährungsfonds hält. Offenbar fällt es gegenwärtig schwer, zehn imperialistische Mächte zusammenzukriegen, sich auf einen einheitlichen Kurs gegen die Völker der Welt zu einigen.

Portugal

Streikende Bauarbeiter belagern Parlament

Portugal

Streikende Bauarbeiter belagern Parlament

Von unserem Korrespondenten aus Lissabon

Lissabon. Als am Mittwoch 100 000 Bauarbeiter in Lissabon in machtvollem Zug zum Regierungspalast S. Bento zogen, um dort ihre Forderungen vorzutragen, konnte keiner mehr sagen, daß das eine "Minorität" ist. Unter Parolen wie "4 500 (450 DM) – ein Hungerlohn, nieder mit der Ausbeutung!" hatte die Bauarbeitergewerkschaft zur Demonstration aufgerufen. Seit Montag wurde gestreikt. Generalstreik der Bauarbeiter im ganzen Land. Bis auf wenige Ausnahmen wurde der Streik befolgt; im Norden haben einige Distrikte den Streik abgelehnt, dort also, wo teilweise die PS die lokale Gewerkschaftsführung stellt. In Braga stimmten die Arbeiter dem Streik zu, streikten aber bis auf einen Großbetrieb nicht mit, da die Arbeiter der Region den Streik insgesamt abgelehnt hatten und die Lage äußerst gespannt war. Im Süden und in Zentralportugal wurde der Streik zu mehr als 90 Prozent befolgt.

Die Bauindustrie ist der Sektor mit den größten Arbeiterzahlen Portugals. Zugleich der Sektor, der am heftigsten von der Krise geschüttelt wird. Massenhaft sind kleine Betriebe zugrundegegangen, Opfer der großen, heute staatlichen Zement- und Eisenmonopole und der gestiegenen Minimallöhne. Aber die Steigerung der Minimallöhne, längst eingeholt durch die immensen Preissteigerungen, hat die miserable Lage der Arbeiter im Bausektor nicht aufheben können.

Die Forderung nach einem Gesamttarifvertrag ist alt

Solange die PCP die Regierung beherrschte, rührte die von den Revisionisten beherrschte Gewerkschaft keinen Finger. Die Forderungen nach einem Gesamttarifvertrag, wie sie heute durch den Generalstreik gestellt wurden, sind alt. Der diesbezügliche Vorschlag der lokalen Gewerkschaftsversammlungen wurde schon im Mai der Regierung überreicht. Die ließ damals unter Regie des PCP-Arbeitsministers die Sache in der Schublade ruhen. Massiver Protest mußte sich unter den Arbeitern aufstauen; einerseits führte diese "stille" Wut der Arbeiter dazu, daß auf die Generalversammlung am 16. September nur ganze 28 Mitglieder kamen und die Gewerkschaftsführung diese Versammlung für ungültig erklärte, obwohl auf dieser Versammlung über den Verbleib der jetzigen Führung entschieden werden sollte. Andererseits begannen unter Führung der Kommunisten revolutionäre Arbeiter eine Einheitskommission der Bauarbeiter aufzubauen, die in letzter Zeit erheblich an Ansehen gewonnen hat und in Lissabon zu einem wichtigen Faktor im Streik wurde.

Die PCP nutzt jetzt die Kampfstimmung der Arbeiter, um auf der Grundlage eines berechtigten Kampfes der Arbeiter um höheren Lohn ihr politisches Süppchen zu kochen. Daß sie damit zwangsläufig in eine zwiespältige Lage kommen muß, wenn die Arbeiter entschlossen in den Kampf gehen, zeigte der Verlauf des Streiks. Was will die PCP? Sie will durch gezielte Mobilisierung der Arbeitermassen der Regierung beweisen, daß ohne die PCP nicht zu regieren ist, daß die PCP in der jetzigen Regierung unterrepräsentiert ist. Die PC schreibt in ihrem Kommunique zum Kampf der Bauarbeiter: "Die Ereignisse beweisen, daß eine Wendung nach rechts die politisch-militärische Krise sowie die sozialen Konflikte und die wirtschaftliche Lage nicht löst, sondern eher verschärft. Es ist notwendig, schnell eine Lösung zu finden. Die Wiedervereinigung der revolutionären Tendenzen der MFA, der Austritt der PPD aus der Regierung ... sind der einzige Weg, aus der Krise herauszukommen ..." Das Ganze zielt auf die Ummodelung der Regierung, auf Beherrschung der Regierung durch die PCP.

Was dagegen wollen die Arbeiter? In erster Linie geht es ihnen um die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen, sie sind entschlossen, Maßnahmen einer bürgerlichen Regierung nicht mehr am Reichtum "sozialistischer" Phrasen, sondern an der Realität ihrer Geldbörse zu messen. Diese Realität führt sie in den Kampf gegen eine Regierung, die gerade jüngst einen wirtschaftlichen Notstandsplan verabschiedete, der einen Lohnstopp vorsieht. Den nehmen die Arbeiter nicht hin.

Die Arbeiter sind zu hartem Kampf entschlossen, und darüber gerät das gesamte bürgerliche System, einschließlich der PCP, ins Stolpern. "Ordnung und Autorität", schreit aufgebracht das Bürgertum. "Das haben wir nicht gewollt", sagen die Revisionisten und kehren reumütig zu den geheiligten bürgerlichen Verkehrsformen zurück. Was ist geschehen, daß die Revisionisten, die doch bisher hart gegen diese sechste Regierung vorgegangen sind, plötzlich Knieschlottern bekommen? Es ist nichts anderes vorgefallen, als daß die Arbeiter eben diesmal nicht nur einen Demonstrationszug machten, sondern einen siegreichen Kampf durchgeführt haben.

Der eiserne Ring um den Regierungspalast

Die Hunderttausend-Mann-Demonstration, die größte Arbeiterdemonstration, die Lissabon je erlebte, zog zum Regierungspalast. Schaudernd berichtet die sozialdemokratische Zeitung der PS "La Luta" am 14. November, daß diese Arbeiter einen "eisernen Ring" um den Palast legten. Wer drin war, war drin und kam nicht mehr heraus. Und drinnen befand sich die gesamte geheiligte Nationalversammlung. Drinnen befand sich auch der Ministerpräsident. Für die PS ist die Einschließung der Abgeordneten "ein Akt größter Gewalttätigkeit", denn: "Was haben die mit der Lohnfrage zu tun? " Der PCP entging zunächst, was sich hier entwickelte. Während die anderen Abgeordneten hungernd eine Nacht verbrachten, fraßen die PCP-Abgeordneten genüßlich vor sich hin, denn ihnen war durch die Gewerkschaft ein reiches Gedeck gestattet worden. Die rechte Presse ergeht sich am Vier-

Forts. S. 3

Forts. von S. 1

Ein Abschluß, der nicht hingenommen werden kann

vor allem aus der Metallbranche, erklären zu lassen: "6 oder 5 Prozent Tariferhöhungen mögen in der Stahlindustrie gerade noch tragbar sein. Andere Bereiche können sich daran jedoch nicht orientieren."

Die sozialdemokratischen IGM-Führer stellen zufriedene Mienen zur Schau: Der Lohnabschluß fange die erwarteten Preissteigerungen von 1976 auf. Sie behaupten, daß sie mit diesem Abschluß "auch dieses Jahr wieder die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden erfolgreich vertreten" hätten.

Nun, was wurde erfolgreich ausgehandelt?

- Die Löhne und Gehälter sollen ab 1.11.1975 um 5 % erhöht werden.
- Für den halben Oktober, also die Zeit zwischen Ablauf des alten Vertrages und Beginn des neuen, werden 25 DM Abschlag gezahlt.
- Der bisherige volle 13. Monatslohn wird um 10 % auf 110 % angehoben.

Summa Summarum sollen das die 6 Prozent sein, von denen geschrieben wird.

Der Stahlkapitalistenverband allerdings frohlockt bereits gegenüber dem "Handelsblatt": "Die effektive Mehrbelastung für die Stahlindustrie beträgt somit nur 4,9 %." Wie das? Können denn 4,9 Prozent, die nun die Stahlkapitalisten aus ihrer Kasse rausrücken wollen, in den Lohntüten zu sechsen werden? Das wäre eine biblische Tat.

Um wieviel wird der Lohn wirklich "erhöht"?

Da die Laufzeit faktisch zwölfeinhalb Monate beträgt, sind es nicht 5, sondern lediglich 4,8 % auf den Lohntarif. Die Pauschale für den halben Oktober von 25 DM sind umgerechnet etwa 0,1 %, womit man bei den 4,9 % ist, über die sich die Kapitalisten öffentlich freuen.

Heimlich werden sie sich noch mehr die Hände reiben: Denn den zehnprozentigen Aufschlag auf den 13. Monatslohn muß man aufrechnen mit dem Stahlbonus des letzten Tarifvertrages 1974/75. Dieser Stahlbonus wurde in zwei Hälften zu je 300 DM ausbezahlt. Geht man davon aus, daß der 10 %-Aufschlag bei einem durchschnittlichen Bruttolohn von 2 000 DM zirka 200 DM ausmacht, sieht man schnell, daß in diesem Punkt der Abschluß eine bedeutende Verschlechterung bringt um 400 DM gegenüber dem letzten Tarifvertrag. Verrechnet mit der Erhöhung auf den Lohntarif bleiben in Wirklichkeit noch ganze 2,7 Prozent.

Was von diesem Abschluß netto in der Tasche bleibt, sind vielleicht 20 oder 30 Mark. Das wird jeder Kollege mit der nächsten Abrechnung schwarz auf weiß haben.

Daß die Stahlwerker nicht bereit sind, die Katze im Sack zu kaufen, haben sie in den zahlreichen Streiks gegen das 5 %-Angebot ausgangs letzter Woche bewiesen. Sie haben den Herren in den Vorstandsetagen in Dortmund, Düsseldorf und Bochum gezeigt, wer den Stahl kocht . . .

Daß das Verhandlungsergebnis vom Samstag keineswegs als erfolgreich betrachtet wird, macht das Telegramm deutlich, das die Leitung des IG Metall-Vertrauensleutekörpers bei Klöckner Bremen an die große Tarifkommission geschickt hat. Sie fordert darin die Tarifkommissionsmitglieder auf, diesem Verhandlungsergebnis nicht zuzustimmen.

Kaum haben die Kapitalisten zum ersten bedeutenden Schlag ausgeholt, um das Lohnniveau zu drücken, schreien ihre Ausbeuterkumpane der anderen Branchen: Bei uns muß es auf alle Fälle noch tiefer gedrückt werden. Begründen tun sie dies damit, ihre Lohnkosten lägen bezogen auf die gesamten Produktionskosten viel höher als in der Stahlindustrie. Wer also ernsthaft Stabilität und die "zarten Wurzeln des neuen konjunkturellen Aufschwungs" nicht kappen wolle, der müsse bereit sein, den Stahltarifabschluß nicht als Orientierungsmarke zu begreifen. Und sie können auf ein offenes Ohr hoffen.

Die IGM-Führer, das läßt sich aus dem Kommentar des IGM-Bezirksleiters Herb entnehmen, stehen stramm bei Fuß: Der Abschluß "habe den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Stahlindustrie Rechnung getragen". Sie gehen davon aus, mit diesem Beitrag für die Stabilität die Sitzfestigkeit der Sozialdemokraten in der Regierung mitzustabilisieren und damit die Chance der Mitbestimmung – koste es, was es wolle.

Allen denen, die behaupten wollen, "diesmal wäre nicht mehr dringelegen", sei gesagt: Die Mark läßt sich nicht zweimal ausgeben, auch mit den besten Redekünsten nicht, und genausowenig läßt sich die Arbeiterklasse hinters Licht führen. Die zunehmende Zahl und der zunehmende Grad an Entschlossenheit der selbständig durchgeführten Streiks spricht dafür eine deutliche Sprache. – **(ek)**



Massendemonstration der Arbeiter in Madrid

15 000 Arbeiter, vor allem aus Metallbetrieben, demonstrierten am heutigen Dienstag in Madrid. Anlaß war die Beerdigung dreier Chrysler-Arbeiter, die tödlich verunglückt waren. Chrysler ist diejenige Fabrik in Spanien mit der höchsten Unfallquote. Der spanische Rundfunk berichtete, die Haltung der Arbeiter sei "drohend" gewesen. Der faschistische Arbeitsminister und der Gewerkschaftsminister, die auf der Beerdigung sprechen wollten, mußten unter Polizeischutz das Weite suchen.

Ein Zehntel der Bevölkerung unter der Sozialhilfe

5,3 Millionen Menschen, das sind fast zehn Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik, leben in absoluter Armut: Sie müssen ihr Leben fristen mit Einkünften, die unter den Sätzen der Sozialhilfe liegen. Das ist einer Dokumentation der CDU zu entnehmen. Für Alleinstehende über 65 Jahre sind das weniger als 534 DM monatlich, für Rentnerehepaare weniger als 806 DM, für eine Familie mit einem Kind weniger als 1 011 DM. Zu diesen Armen zählen 1,1 Millionen Rentnerhaushalte mit 2,3 Millionen Menschen, 600 000 Arbeiterhaushalte mit 2,2 Millionen, 300 000 Angestelltenhaushalte mit 1,2 Millionen. Es sind die Lohnabhängigen und die ehemaligen Lohnabhängigen, die in Westdeutschland im Elend leben und an der Grenze zum Elend (nach: Süddeutsche Zeitung, 14. November).

"Marktordnung" a la EG

Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher werden gegenwärtig in Frankreich 300 000 Tonnen Qualitätsäpfel vernichtet. Die Europäische Gemeinschaft gibt dafür 60 Millionen DM Zuschuß. Während die Preise der Erzeuger schon jetzt so tief liegen wie im Herbst 1973, muß man im Laden bis zu 1,80 DM je Kilo zahlen! Mit Steuergeldern vernichtet man Obst, um die hohen Preise und die Profite des Handelskapitals zu stützen – gegen Bauern und Verbraucher! – **(en, Hildesheim, nach) Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 6.11.1975)**

Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 6.11.1975)

Regierung plant Angriff auf Rentenversicherung

Regierung plant Angriff auf Rentenversicherung

Die Alten werden ihnen zu teuer

Die Rentner sollen noch mehr bluten – darauf laufen Pläne hinaus, über die letzte Woche die Presse berichtet hat. "Die führenden Politiker der Koalition" sollen sich, so meldet die "Stuttgarter Zeitung" vom 12. November, darauf geeinigt haben, bei der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Neufestsetzung der Renten nicht mehr von der Veränderung der Bruttolöhne als Berechnungsgrundlage auszugehen, sondern von der der Nettolöhne. Nur bei der Festsetzung neuer Renten solle weiter von den durchschnittlichen Bruttolöhnen ausgegangen werden. Wahrscheinlich schon ab 1977, spätestens ab 1978 soll so verfahren werden.

Was bedeutet das für die Rentner?

Nehmen wir das Beispiel der diesjährigen Rentenfestsetzung. Wäre dabei schon so verfahren worden, wie es die Koalitionspolitiker jetzt vorhaben, dann hätten die Rentner statt einer 11-Prozent-Anhebung ihrer Renten zum Juli 1976 nur 9,1 Prozent erhalten. Das liegt daran, daß auf Grund zunehmender Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge die Entwicklung der Bruttolöhne und die der Nettolöhne immer weiter auseinanderklaffen. Über **1,7 Milliarden** würden den Rentnern nach dieser Berechnung in einem einzigen Jahr vorenthalten. Für die folgenden Jahre wären die Kürzungen noch wesentlich stärker, weil sich der Anteil der Abzüge noch vergrößert hat.

Als Begründung für diesen Anschlag auf die Existenzbedingungen der Rentner führen die Koalitionspolitiker die Modellrechnungen über die finanzielle Lage der Rentenversicherung an, die in dem Rentenbericht der Bundesregierung enthalten sind. Der Bericht zeige, daß Leistungseinschränkungen unvermeidlich seien, wenn man für die nächsten Jahre Beitragserhöhungen vermeiden wolle.

Noch vor wenigen Tagen hatte die Regierung entrüstet den Vorschlag zurückgewiesen, die nach dem Gesetz fällige Rentenanhebung um ein halbes Jahr zu verschieben. Dieser Vorschlag war von einer starken Minderheit in dem sogenannten "Sozialbeirat" gemacht worden, der jedes Jahr ein "Gutachten" zum Rentenbericht abgibt. Die bürgerliche Presse hat sich für diesen Vorschlag einmütig ins Zeug gelegt, das von den Kapitalisten ausgehaltene "Institut der deutschen Wirtschaft" hatte ausgerechnet, daß man so bis Ende 1989 rund 142 Milliarden auf Kosten der Rentner rausschinden könne.

Vorne zur Tür herein und den Alten das Brot vom Tisch stehlen, davor schrecken die Sozialdemokraten kurz vor der Wahl zurück. Jeder Rentner würde pünktlich und ungekürzt seine Rente bekommen, beteuerte Minister Arendt.

Jetzt soll es also hinten herum versucht werden.

Für den Übergang zur Berechnung aufgrund der Nettolöhne braucht man keine Gesetzesänderung, das kann man ohne viel Lärm durchziehen, denken sie. Um den neuen Raubzug vorzubereiten, wird gezielt der Eindruck verbreitet, als seien die Rentner eh' die Sonnenkinder in der gegenwärtigen Konjunkturlandschaft.

Seit 1969 hätten sich die Renten mehr als verdoppelt und gegenüber 1957 vervierfacht, tönt der Minister Arendt. Die "Rentendynamik" habe sich bewährt. Die Rentner könnten sich "glücklich schätzen", säuselt das "Hamburger Abendblatt" vom 30. Oktober, sie würden 1976 zu den wenigen gehören, "deren Einkommen noch um eine zweistellige Prozentzahl steigt". Da sei Luft für ein Opfer, soll daraus geschlossen werden.

Die Tatsachen sind andere. Was bei der seit 1957 eingeführten "Rentendynamik" herausgekommen ist, sieht so aus: Vergleicht man die durchschnittlichen Nettolöhne mit der sogenannten Eckrente (Rente eines Versicherten mit vierzig Versicherungsjahren bei durchschnittlichem Lohn), so lag die Eckrente 1957 bei **60 Prozent des Nettolohnes.** Bis 1962 ist die Eckrente auf **52 Prozent** des Nettolohnes gefallen. Erst durch das Vorziehen der "Rentenanpassung" im Jahre 1972, über die jetzt nachträglich hergezogen wird, erreichte die Eckrente 57,1 Prozent. Es ist aber nicht allein der Prozentanteil der Rente am Nettolohn gesunken. Viel schwerer trifft den Rentnerhaushalt, daß der Abstand zu den Nettoeinkommen **absolut** immer weiter auseinanderreißt, gerade aufgrund der prozentmäßigen "Rentendynamik". Lag die Differenz 1957 zwischen dem Durchschnittsnettolohn von 368,00 zur Eckrente von 214,10 bei **153,90**, so liegt die Differenz 1973 schon bei 1 177,00 – 668,60 = **508,40.** Für den Rentner, der von einem Tag zum anderen mit 500 DM weniger auskommen soll, ist aber weder das Brot noch die Kohlen noch die Miete um 40 Prozent billiger geworden. Übrig bleibt dem Rentnerhaushalt also nur die Beschränkung auf das Allernötigste. Nach 40 Jahren Schinderei für die Kapitalisten vielleicht noch zehn Jahre bitteres Elend, das ist von den Kapitalisten für ihn vorgesehen.

26,8 Prozent der Arbeiterrenten liegen 1975 noch unter 600 DM. Bei den Arbeiterinnen liegen fast 90 Prozent der Renten sogar unter 500 DM, bei den Witwenrenten sind das etwa 64 Prozent. Ständig gestiegen ist die Zahl derer, die gezwungen sind, bei der staatlichen Fürsorge um Unterstützung zu betteln.

Daß es möglichst schnell mit ihnen ins Grab geht, dafür ist gesorgt. Laut Statistischem Jahrbuch 1975 ist die Lebenserwartung der sechzigjährigen Männer in der BRD gegenüber den Nachkriegsjahren 1949/51 bis zum Zeitraum von 1970 bis 1972 um fast ein ganzes Jahr gesunken. Trotz der Fortentwicklung der Medizin.

Allein das eine Jahr, was sie die Rentner früher ins Grab gebracht haben, hat den Kapitalisten weniger als über **2 Milliarden DM im Jahr** gespart. (Das ist für ein Jahr Durchschnittsrente für die rund 400 000, die pro Jahr Rentner geworden sind.)

Das wird jetzt weiter betrieben. Daß die Arbeiter und Angestellten immer mehr Steuern und Versicherungsbeiträge zahlen müssen, soll dabei als Begründung herhalten, um den Rentnern noch die Margarine vom Brot zu holen.

Beitragserhöhungen, so heißt es, seien heute nicht mehr vertretbar. Hingegen seien ja die Renten nicht durch Steuern und Versicherungsbeiträge "geschmälert", da sei es "zumutbar", die Rentenberechnungen künftig aufgrund der Nettolohnentwicklung vorzunehmen. Damit werde man dann ohne Beitragserhöhungen hinkommen.

Für die Arbeiterklasse ist aber überhaupt nicht "zumutbar", daß Millionen alte Arbeiter noch mehr ans Hungertuch gebracht werden. Es ist an den Alten schon genug gespart worden.

Dem Kapitalisten ist für die, deren Arbeitskraft er nicht mehr ausbeuten kann, jede Mark zuviel, und je schneller sie im Grab sind, um so lieber ist es ihm.

Die Arbeiter dagegen sind darauf angewiesen, daß ihre Existenz im Alter gesichert ist. Sie müssen von den Kapitalisten soviel erkämpfen, wie dazu nötig ist.

Durch die Aufspaltung des Versicherungsbeitrages in einen "Arbeitgeberanteil" und einen Anteil der Lohnabhängigen erscheint es jetzt so, als würde sich die Erhöhung des Versicherungsbeitrages nicht allein gegen die Kapitalisten richten, sondern auch gegen die Arbeiter. Dabei ist doch der ganze Versicherungsbeitrag nichts anderes als ein Teil des Lohnes. Damit haben die Kapitalisten dem Kampf der Arbeiter für die Verbesserung der Versicherungsleistungen und gegen die Erhöhung der Beiträge Zügel angelegt.

Um so nötiger ist es, den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Rentenversicherung unter den Forderungen zu organisieren:

Herabsetzung des Rentenalters auf fünfzig Jahre bei Frauen, fünfundfünfzig Jahre bei Männern!

Erhöhung der Renten auf mindestens 75 Prozent eines Facharbeiterlohns; regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen!

Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben handelt, durch den Staat!

Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen! – (hv)

Arbeitsemigranten in den RGW-Ländern

Nach einer Schätzung des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche sind im RGW-Bereich zur Zeit 150 000 Arbeiter nicht in ihren Heimatländern tätig. In der DDR arbeiten 60 000 bis 70 000 polnische, ungarische, bulgarische und jugoslawische Arbeiter, in der CSSR 40 000 Jugoslawen, Polen und Ungarn. In der UdSSR arbeiten zwischen 40 000 und 50 000 Ausländer, und zwar aus Bulgarien, der CSSR, der DDR, Polen und Ungarn. Ein beträchtlicher Teil von ihnen hält sich in der UdSSR auf, um die auf Kredit der kleineren RGW-Länder entstehende Orenburger Erdgasleitung für die UdSSR zu bauen, bei der inzwischen am DDR-Abschnitt, bei hereinbrechendem Winter, die Schweißarbeiten begonnen haben. Wie in westlichen kapitalistischen Ländern werden Zehntausende von Arbeitern je nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals hin- und hergeworfen, auch über Ländergrenzen hinweg. In der UdSSR arbeiten die ausländischen Arbeiter, weil die UdSSR die kleineren, in der Rohstoffversorgung vollkommen von ihr abhängigen RGW-Länder zwingen konnte, das Kapital und die Arbeitskräfte zum Bau der Erdgasleitung zu stellen. – (Nach: Frankfurter Rundschau vom 4. November und Neues Deutschland vom 4. November)

Gehirnschaden bei einer Million Jugendlicher in den USA

Wie die "International Herald Tribune" am 6. November meldet, dürfte bei über einer Million amerikanischer Kleinkinder Hirnschaden durch Unterernährung bestehen. Diese Unterernährung trete sowohl während der Schwangerschaft als auch in früher Kindesalter auf. Diese Daten wurden aus landesweiten Untersuchungen über die Ernährung entnommen. Rechnet man die gegenwärtig schwangeren Frauen hinzu, so sei mit einer weiteren Million hirngeschädigter Kinder zu rechnen, heißt es in der Untersuchung.

Forts. von S. 1

Streikende Bauarbeiter belagern das Parlament

zehnten förmlich in der Beschreibung des unmäßigen Hungers im Magen der PS-, PPD- und CDS-Abgeordneten und der damit fett kontrastierenden Tafel der PCP-Abgeordneten, die grinsend an dieser Tatsache die Frage beleuchten, wer hier das Vertrauen der Arbeiter hat ...

Aber schnell vergeht den Revisionisten das Grinsen, als sie feststellen müssen, daß die Arbeiter es nicht auf eine Demonstration von Hunger einerseits und gedeckter Tafel andererseits abgesehen haben, sondern der "eiserne Ring" einen weiteren Tag, eine weitere Nacht und einen weiteren halben Tag andauert, wobei die hungernden Abgeordneten nach einer Nacht schon entlassen werden; als sie feststellen müssen, daß Kompromißvorschläge des ehemaligen PC-Arbeitsministers (der hier völlig fehl am Platze ist) und Versöhnungsvorschläge der schnell herbeigeeilten obersten Führer der Intersindical nicht fruchten. Und heftig pfiff den Revisionisten der Wind ins Gesicht, als Otavio Pato, zweiter Mann der PC und Führer der PC im Parlament, sich auf der Empore blicken ließ und ... mit Pfiffen empfangen wurde. Das alles sind Anzeichnen dafür, daß die PC die Kontrolle über die Lage verliert, und das ist es, was Revisionisten keinesfalls passieren darf, wenn sie Arbeiter mobilisieren, was aber unweigerlich passiert, wenn Arbeiter für ihre Sache konsequent eintreten. Natürlich hört man unter den Zehntausenden immer wieder Rufe "Vasco, Vasco!", aber diese werden schwächer, und die revolutionären Arbeiter sind diesmal in der Lage, die Lage zu klären, denn wer anders als eben die Regierung Vasco Goncalves' hat den jetzt geforderten Tarifvertrag in den Schubladen verstauben lassen? Die PC beeilt sich, am 14. November den Arbeitern eine Rüge zu erteilen und gegen die "Linksextremisten" zu hetzen: "Wir unterstützen die Demonstration von S. Bento", schreibt die PC, "aber wir sind nicht einverstanden mit der Einschließung der Verfassunggebenden Versammlung und des Ministerpräsidenten. Die PCP meint, daß die Einschließung kein Kampfmittel ist, das den Arbeitern nützt ..." Demonstrieren – heißt das – sollt ihr und könnt ihr, aber kämpfen sollt ihr nicht; rührt nicht an die Heiligtümer der bürgerlichen Gesellschaft, wie es die Verfassunggebende Versammlung eines ist.

Die Arbeiter setzen sich durch

Gerade das hat aber den Arbeitern den Sieg gebracht. "Der Ministerpräsident verhandelte, dann weigerte er sich, weiter zu verhandeln, er müsse zu einer Sitzung des Kabinetts, er müsse zu einer Sitzung des Revolutionsrates ... "Kabinett und Revolutionsrat", sagten die Arbeiter, "sie sollen herkommen. Hier ist das Volk!" Kabinett und Revolutionsrat tagten ohne den Ministerpräsidenten, und der bekam dann einen Wink: Er verhandelte wieder. Nach zwei Nächten und anderthalb Tagen setzte er seine Unterschrift unter den Vorschlag der Gewerkschaft.

Der Ministerpräsident war allein geblieben. Die ganze letzte Zeit hatte er, im Lande herumreisend, zu seinem Volk, das heißt zu den Kleinbürgern und den notorischen Reaktionären von PPD, CDS und PS, gesprochen. "Das Volk ist mit der sechsten Regierung!" war seine Schlußfolgerung nach jedem dieser Propagandafeldzüge gegen die Revolution.

Wo blieb dieses "sein Volk" in den schlaflosen Nächsten? PS und PPD hatten in der Nacht vom Dreizehnten zum Vierzehnten einen Aufruf zur Mobilisierung und zur Gegendemonstration gemacht. Es kam kaum jemand, und schnell wurde dieser Aufruf von diesen Parteien als Falschmeldung wieder kassiert. Dagegen gingen sie "hinter der Front" zum Angriff über. In Porto verwüsteten sie das Büro der Intersindical, in einigen kleineren Städten brannten sie PCP-Büros nieder. Für die PS um Mario Soares ist das Ganze insgesamt eine Inszenierung der PCP von vorne bis hinten. Diese Partei, die politisch vieles mit der PC gemeinsam hat, muß jeden Kampf der Arbeiter als Feldzug der Revisionisten denunzieren und befindet sich in einer ähnlich zwiespältigen Lage gegenüber den Massen wie die Revisionisten.

Der "Expresso", inoffizielles Organ der PPD und, mehr als das, Organ der "liberalen" Bourgeoisie, erkennt schärfer, um was es geht: Die PCP meinend, schreibt diese Zeitung: "Die Demonstration der Bauarbeiter hat der Linken nicht gedient. Eine Veränderung in den Spitzen der Militärs wird wohl die erste sichtbare Konsequenz der Demonstration auf politischer Ebene ... sein. Tatsächlich ist das COPCON, vom Präsidenten der Republik um Intervention gebeten, schließlich der Bitte des Staatschefs nicht nachgekommen, eine Sache, die auf der Linie der politischen Spaltung der konstituierten Macht liegt ... Die PCP selber, eine der größten Unterstützer der Demonstration, die inzwischen die Dinge laufen läßt, weil ihre Dynamik aufgehört hat, den Vorstellungen der PCP zu entsprechen, mußte öffentlich ihre Ablehnung der 'Einschließung der Abgeordneten und des Ministerpräsidenten' verkünden ... Die Praxis zeigt, daß eine solche Demonstration dazu diente, noch weiter die Kräfte der Rechten zu wecken und Kräfte, die nicht rechts sind, aber ähnliche Handlungen wie Einschließungen begrüßen ..."



Bauarbeiter vor dem Parlamentsgebäude in Lissabon

Mit den letzteren Kräften, die "nicht rechts sind", meint der "Expresso" die revolutionären Arbeiter, und es ist nur natürlich, daß der Zusammenschluß der Arbeiterklasse unter Führung revolutionärer, klassenbewußter Arbeiter die Kräfte der Rechten "wach" machen muß.

Die "Rechten" haben den Staat in der Hand und die Mehrheit im Revolutionsrat. Daß sie auf den Kampf der Arbeiter mit einer Straffung des Staates reagieren, ist natürlich. Daß sie Kräfte wie den General Carvalho, der als Chef des COPCON sich weigerte, gegen die Arbeiter vorzugehen, abdrängen wollen, ist auch klar. Genau das ist beabsichtigt. General Carvalho soll, so heißt es, befördert werden, möglicherweise zum Generalstabschef der Streitkräfte, ein Amt, das heute Staatspräsident Costa Gomes innehat. Diese Beförderung soll den General Carvalho vom wichtigen Befehlsstand der Militärregion Lissabon, vom Kommando des COPCON und vom Kontakt mit den Soldaten insgesamt entfernen. An seine Stelle soll Vasco Lourenco treten, ein strammer Anhänger von Zucht und Ordnung. Die Entfernung von Carvalho war schon lange abzusehen. Es kann nicht verwundern, daß sie jetzt schleunigst erfolgen soll. Im Gegensatz zum "liberalen" Expresso wird jeder klassenbewußte Arbeiter dies als keineswegs erstaunlich und auch nicht unbedingt als schädliche Entwicklung ansehen, bei der man die Hände über dem Kopf zusammenschlagen müßte. (Im übrigen hat sich General Carvalho bis zur Stunde geweigert, befördert zu werden.) Diese Entwicklung ist schädlich für die Strategen der PCP, die sich von einer Stärkung der Position der "revolutionären" Offiziere im Revolutionsrat die "Lösung der militärisch-politischen Krise" erhoffen. Für den klassenbewußten Arbeiter ist nicht ein General Carvalho im Kommando des COPCON die Garantie dafür, daß die von ihm kommandierten Soldaten ihre Waffen nicht gegen ihre Klassenbrüder richten, sondern die Garantie besteht in nichts anderem als dem Klassenbewußtsein der Soldaten. Schon heute läßt sich sagen, daß die Entfernung von Carvalho zu Kämpfen in den Kasernen Lissabons (und nicht nur dort) führen wird, zu einer Schärfung des Blicks der Soldaten – und schließlich: Vasco Lourenco wird es schwer haben, Zucht und Ordnung durchzusetzen. Das alles ist eine ausgezeichnete Entwicklung der Klärung der Klassenfronten und schädlich bloß für die "Linken" des Expresso-Journalisten, die PCP. (**kkw**, Lissabon, 16. November)

SPD-Parteitag

Große Einigkeit gegen die Forderungen des Volkes

Die SPD hat ihren Parteitag gehalten. Was hatte er dem Volk zu sagen? Auf welche Aufgaben hat er die Partei ausgerichtet? – Dem Volk hatte er wenig mehr zu sagen, als daß es ihm in Westdeutschland vergleichsweise ausgezeichnet gehe, und die Partei hat er darauf ausgerichtet, diese Botschaft in allen möglichen Variationen zu wiederholen und alles darauf zu setzen, an der Regierung zu bleiben. Denn die Alternative zur SPD sei "Restauration von Staat und Gesellschaft", so der Kanzler Schmidt.

Wenn die Volksmassen irgendetwas ausgezeichnet beurteilen können, dann die Frage, wie es ihnen geht. Dazu brauchen sie weder Willy Brandt noch Helmut Schmidt. Und das allgemeine Urteil lautet: schlechter! Fast zwei Millionen sind arbeitslos oder arbeiten kurz. Den anderen wird am Lohn gekürzt, das Arbeitstempo steigt. Die Kapitalisten spüren Oberwasser und lassen es die Lohnabhängigen fühlen. Die staatlichen Gebühren steigen stärker als alle anderen Preise und Steuererhöhungen sind in Aussicht. In den Schulen fehlen die Lehrer und vor den Hochschulen zerbricht manche Karrierehoffnung. Eine wachsende Zahl von Bauern und kleinen Handwerkern kämpft mit der Pleite. Und unter den Studenten werden durch Kürzung der Stipendien größere Teile ans Hungertuch gebracht.

Von einer "großen Volkspartei, bei der die Interessen der breiten Schichten und der immer noch Schwächeren in der Gesellschaft", nach den Worten ihres Vorsitzenden Brandt, "gut aufgehoben sind", von einer solchen Partei dürfte man erwarten, daß sie auf ihrem Parteitag allen Kämpfen der breiten Volksmassen gegen Verschlechterung ihrer Lage und für Erweiterung ihrer Rechte die volle Unterstützung zusichert. Davon konnte beim SPD-Parteitag keine Rede sein.

Eine Arbeiterpartei gegen den Lohnkampf!

Millionen Arbeiter und Angestellte stehen in diesem Winter vor einer schwierigen Lohnrunde. Die Kapitalisten kämpfen darum, den Preis für die Arbeitskraft zu senken. Das ist ihr Sparprogramm in der Krise: die Arbeiter zu zwingen, die Arbeitskraft billiger zu verkaufen. Die SPD erklärt: "Die Arbeiter in der Bundesrepublik müssen wissen, daß die SPD ihre Partei ist" (Willy Brandt). Aber die einzige Außerung zur Frage des Lohnkampfes der Arbeiter kam auf dem Parteitag vom IGM-Bezirksleiter und SPD-Delegierten Steinkühler und lautete folgendermaßen: "Wir haben es im Augenblick mit einer Inflationsrate von 5,8 % zu tun. Hinter dieser Zahl verbergen sich ja wohl Geldbeträge. Das sind ja keine 5,8 % auf das Einkommen eines Staatssekretärs. Aber das sind 5,8 % des statistischen Warenkorbes einer statistischen 4-Personen-Arbeiterfamilie, der im Augenblick 1 535 DM wert ist. Das heißt, um die Inflationsrate auszugleichen, müßten 5,8 % von 1 535 DM netto gewährt werden. Ich will euch die Zahlen nicht vorlesen; ihr würdet erschrecken. Das macht mehr aus, als alle Gewerkschaften sich im Augenblick trauen, bei den Lohnverhandlungen zu fordern."

Die Genossen erschraken tatsächlich davor, daß solche Zahlen öffentlich würden und hörten schleunigst auf, darüber zu reden. 5,8 % von 1 535 DM, das sind etwa 90 DM netto, was einer Bruttolohnerhöhung von 130 DM entsprechen würde, den Ausgleich für steigende Arbeitslosen- und Krankenversicherungsbeiträge nicht mitgerechnet. Die Parteitagsdelegierten zeigten sich also stillschweigend damit einverstanden, daß die Arbeiter eine weitere Minderung ihres Reallohnes hinnehmen müßten. Eine Partei, die nicht einmal den Lohnkampf der Arbeiter und Angestellten um die einfache Verteidigung ihres Reallohns vorbehaltlos unterstützt – das soll nun die Partei der Arbeiter in Westdeutschland sein.

Weiter: Seit Jahr und Tag ist die arbeitende Jugend aufgetreten gegen wachsende Jugendarbeitslosigkeit, und ihre Kämpfe zur Durchsetzung ihres Rechts auf Ausbildung ziehen sich noch länger schon hin. Auf dem Mannheimer Parteitag ist versprochen worden, "Berufsschule und betriebliche Berufsausbildung aus ihrem Aschenputtel-Dasein" herauszuholen (Schmidt). Und die Jugendarbeitslosigkeit wurde als "Gefahr" bezeichnet. Von den Forderungen, unter denen die arbeitende Jugend den Kampf aufgenommen hat, war indes keine Rede. Weder von der Ablehnung der Stufenausbildung noch von zwei Berufsschultagen, nicht vom Existenzlohn für Lehrlinge und nicht vom Arbeitslosengeld für Jugendliche, nicht vom Recht jugendlicher Arbeitsloser und Hilfsarbeiter auf Teilnahme an Facharbeiterklassen ihrer Wahl. Da werden es die Juso-Gruppen nicht so leicht haben, dem Ratschlag ihres Parteivorsitzenden nachzukommen: "Wenn zu einer Juso-Gruppe nur Studenten gehören, dann ist es ihre Aufgabe, Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte zu werben." (Brandt) Was sollen die Jusos den jungen Arbeitern erzählen? Sollen sie ihnen erzählen, daß die SPD mit ihren Forderungen nichts vorhat und daß sie sich mit den Jusos selbst auf die Kanzler-Weisheit verlassen sollen, "daß der Fortschritt eine Schnecke ist".

Wer gehört für die SPD zu den breiten Volksmassen?

Die Studenten fordern lange schon eine Erhöhung der BAFöG-Stipendien auf einen Satz, von dem man leben kann und sie fordern das Recht auf Bildung von Vertretungskörperschaften, deren Tätigkeit keinerlei Einschränkung unterliegt. Die Juso-Studenten werden ihren Kommilitonen erklären müssen, daß bei der SPD der Fortschritt nicht nur eine Schnecke ist, sondern manchmal auch ein Krebs, wenn jetzt die Stipendien sogar noch gekürzt werden und verschiedene gewählte ASten aufgelöst. Auch die Studenten gehören offenbar nicht zu den breiten Schichten des Volkes, deren Interessen bei der SPD gut aufgehoben sind.

Aber wer gehört dann dazu? Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes etwa? Angst vor Vernachlässigung brauchen sie nicht zu haben, das ist richtig. In wachsendem Umfang werden sie beschnüffelt und bewacht. Der SPD-Parteitag rügt da einige Übergriffe der Konkurrenz von der CDU, aber prinzipiell soll es so bleiben. Man sei sich einig, "daß Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht in den öffentlichen Dienst gehören" (Brandt). Und dazu braucht man halt Überwachung.

Im öffentlichen Dienst hat die gewerkschaftliche Bewegung festen Fuß gefaßt. Arbeiter, Angestellte und Beamte fordern das Streikrecht für alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes und wenden sich gegen jedes besondere Dienstrecht. Auf dem Parteitag verkündete Kanzler Schmidt, was er von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes erwartet: "Von den Staatsdienern erwarten wir, daß sie ihre Arbeit verstehen als Dienst an jeweils demjenigen Bürger, der ihnen konkret gegenübersteht." Also: Dienen sollt ihr, nicht streiken!

Wer um Himmels Willen gehört denn dann zu den breiten Schichten, für deren Interessen die SPD eintritt? Die Bauern, die kleinen Handwerker können es nicht sein. Die machen in großer Zahl Pleite. Und bei den Bauern zumindest sind das Pleiten nach Plan: Strukturbereinigung in der Landwirtschaft heißt das bei der SPD.

Breite Massen des Volkes fordern gegenwärtig das Recht auf Ausbildung ihrer Kinder. Sie verlangen, daß alle ausgebildeten Lehrer eingestellt und der Lehrermangel behoben werden soll. In Südniedersachsen allein sind dafür über 15 000 in den letzten Wochen gegen eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung auf die Straße gegangen. Wie geht der SPD-Parteitag auf diese Forderungen ein? Der Bundeskanzler erklärt, es sei schon vieles besser geworden und in der Zukunft sicher noch viel zu tun. Zu den aktuellen Forderungen stellte er sich nicht.

Nicht anders zum § 218. Gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts fordern Hunderttausende die ersatzlose Streichung des Strafgesetzes. Der Parteitag nimmt es als gegeben hin. Der Staat soll das Strafgesetz durchsetzen, gegen das Volk. Der Kanzler ergänzt: "Dazugehören" soll "die Achtung der Würde der Frau" sowie "Beratung und Hilfe". Beratung und Hilfe – durch einen Gesundheitsbeamten, der das Strafgesetz in der Tasche hat.

Die Arbeiter und Angestellten, die Studenten, Schüler, die Bauern und Handwerker, die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, sie gehören offenbar nicht zu den "breiten Schichten der immer noch Schwächeren in der Gesellschaft", deren Interessen bei der SPD "gut aufgehoben sind". Nicht dazu gehört das Volk, das für sein Recht auf Bildung kämpft, gegen Schurigelung durch den § 218. Ihre Interessen sind bei der SPD keineswegs "gut aufgehoben": Der SPD-Parteitag stellte sich all ihren schon erhobenen und selbständig vertretenen Forderungen entgegen. Überall, wo im Volk selbständige Bewegungen entstanden sind, haben sie die SPD bisher schon zum Gegner gehabt. Das wird sich auch künftig nicht ändern, so das Ergebnis des Mannheimer Parteitags.

Die Alternative ist der selbständige Kampf

Der Mannheimer Parteitag der SPD ist gelobt worden als ein Parteitag der Einigkeit. Einig waren sich die Delegierten tatsächlich, und zwar einig darin, die Forderungen der verschiedenen Bewegungen im Volk **nicht** zu vertreten. Das hat dem Mannheimer Parteitag in der bürgerlichen Presse viel Lob eingetragen. Die SPD hat bewiesen, daß sie regierungsfähig ist, darin stimmten die Bourgeois überein: Sie ist einig geblieben gegen die Volksmassen und ihre Forderungen. Was könnte eine Partei mehr zum Träger der Regierungsgewalt im bürgerlichen Staat qualifizieren? Darüber wird freilich die SPD noch häufiger erleben, was der Kanzler Schmidt aus einigen Städten berichtet, wo man "schon mal erlebt (habe), wie Kernwähler auch aus der Arbeiterschaft ihre Stimme uns nicht gegeben haben". Und die Alternative zur SPD ist dabei keineswegs die "Restauration von Staat und Gesellschaft", sondern die Fortsetzung und Entwicklung der selbständigen Kämpfe der Volksmassen. Darin wird sich die wirkliche Partei der Arbeiterklasse heranbilden und zu bewähren haben. – **(wm)**

8000 demonstrierten in Hannover

Aufschwung im Kampf um die Schule

Am 12. November demonstrierten in Hannover über 8 000 Schüler, Lehrer, Studenten und Eltern gegen die Verschlechterung der Schulausbildung durch die Landesregierung. Vormittags fanden an zahlreichen Haupt-, Real-, Sonder-, Berufsschulen und Gymnasien Vollversammlungen der Schüler und Personalversammlungen der Lehrer während der Unterrichtszeit statt. Auch aus anderen Städten Niedersachsens, so z.B. aus Göttingen, Braunschweig Wolfsburg, kamen mehrere Hundert Teilnehmer nach Hannover.



Hauptschüler auf der Demonstration in Hannover

Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte die GEW und der Stadtschülerrat Hannover unter der Forderung nach Einstellung aller Lehrer: "Lehrer her, Räume her – sonst geben wir keine Ruhe mehr!" riefen die Demonstranten. In der Demonstration wurde durch zahlreiche Transparente und Losungen deutlich, daß sich viele Schüler, Eltern und Lehrer auch keineswegs mit der Erfüllung des gesetzlichen Unterrichtssolls zufriedengeben: "12 Berufsschulstunden", "Arbeitslose Jugend in Facharbeiterklassen", "Weg mit den Berufsverboten", "Einheitsschule unter Volkskontrolle" wurde gefordert. Die Demonstration fand große Zustimmung bei den Passanten.

Ein Schlag gegen die Landesregierung

Die Demonstration der 8 000 war ein weiterer Erfolg zur Herstellung der Einheit gegen die Landesregierung. Die Eltern, Schüler und Lehrer sind nicht übereinander hergefallen, wie die Landesregierung es wollte, sondern haben sich geeinigt. Das hat der Landesregierung vorerst die Sprache verschlagen, und sie hat bisher nicht Stellung genommen.

Durch Nichteinstellung von Lehrern und Referendaren hatte die Landesregierung Unterrichtsausfälle bis 50 Prozent an Berufsschulen, um 37 Prozent an Sonderschulen, um 25 Prozent an Gymnasien bewirkt. Ab 1. Februar werden in Niedersachsen allein 400 ausgebildete Gymnasiallehrer arbeitslos sein.

Die Landesregierung hatte seit Beginn des Schuljahres alles daran gesetzt, daß Eltern, Lehrer und Schüler übereinander herfallen, statt sich zusammenzuschließen gegen die Landesregierung. Sie hatte zur Nichteinstellung einiger Hundert Referendare zum 1. August 1975 gleich die Forderung nach Mehrarbeit der Lehrer, Kürzung von Stundenausgleichen, Verlegung von Fortbildung in die Ferien erhoben, um die Empörung der Eltern gegen die lohnabhängigen Lehrer zu lenken. Sie hat die Klassenstärken an den Schulen heraufsetzen lassen, um über das Ausmaß des Unterrichtsausfalls hinwegzutäuschen und die Konkurrenz in den Klassen zu vergrößern Bekannt geworden ist der Plan der Landesregierung, zum 1. Februar 1976 fast nur Gymnasiallehrer einzustellen, um die Eltern und Schüler dieser Schulen aus der Front zu spalten. Auch die Stadt Hannover hat ihren Beitrag zur Spaltung versucht: Durch einen komplizierten Schulverlegungsplan, der die allgemeine Schulraumnot so löst, daß eine Schule in die Gebäude einer anderen Schule mit einzieht, sollen die Eltern der verschiedenen Schulen in Streit um den bestehenden Schulraum gebracht werden; so will die Stadt, die jetzt für 1976 einen weitgehenden Schulbaustopp und eine zwanzigprozentige Kürzung bei Ausgaben für Lehr- und Lernmittel plant, aus der Schlinge kommen.

Bei dieser Taktik hat der Staat schon einzelne Schlappen erlitten: Die Schüler der Integrierten Gesamtschule Roderbruch z.B. erkämpften vor wenigen Tagen die Einstellung zweier Lehrer; den Auszug der Realschule Linden aus ihrem Gebäude auf Grund des Schulverlegungsplans konnte die Stadt gegen die Eltern und Schüler, die das Schulgebäude besetzt hatten, nur um den Preis eines brutalen Polizeieinsatzes durchsetzen.

Die bürgerliche Lumpenpresse wie z.B. die "Bild"-Zeitung versuchte nun mit der Stellungnahme des Stadtelternrates, der sich von der Demonstration distanzierte, die Spaltung fortzuführen: "Durch die Teilnahme linksradikaler Gruppen gerät die Demonstration in eine politische Richtung, die wir ablehnen." Der gleiche Stadtelternrat hatte sich schon im August gegen die Studienreferendare gewandt, die die Kürzung ihrer Gehälter mit einem Boykott des freiwilligen selbständigen Unterrichts beantwortet hatten. Nicht aufgerufen hatte auch der "Verband der Elternräte niedersächsischer Gymnasien", der noch am 24. September mit dem Aufruf zu einem Schulboykott versucht hatte, sich an die Spitze der Unruhe zu setzen.

Aber die Demonstration hat deutlich gemacht, daß diese Spaltungsmanöver nicht verfangen und der Stadtelternrat nicht für **die** Eltern der Stadt spricht, sondern im Zweifelsfall nur für die "besseren Leute" unter ihnen. In den Betrieben haben die Arbeiter die Demonstration begrüßt. An verschiedenen Schulen wie z.B. der Grund- und Hauptschule Mühlenberg und der Integrierten Gesamtschule Roderbruch haben Eltern die Demonstration ausdrücklich unterstützt, zu ihr aufgerufen und auch bewußt den Unterrichtsausfall aus diesem Anlaß befürwortet. An beiden Schulen haben die Eltern auch gleich die Einstellung bestimmter Lehrer gefordert.

An der Demonstration nahmen zahlreiche Eltern teil; sie haben zum Teil auch die Beteiligung von Klassen jüngerer Schüler an der Demonstration organisiert. Es hat sich gezeigt: Tritt ein Teil des Volkes gegen die schlechten Schulverhältnisse auf, so findet er schnell Solidarität in anderen Teilen des Volkes.

Unter den **Lehrern** haben die Personalversammlungen einen Schritt vorwärts im Zusammenschluß gegen die Mehrarbeitspläne der Landesregierung gebracht. Nirgendwo hat die Befürwortung dieser Pläne eine Rolle gespielt. Der Landesregierung blieb nichts als der nackte Druck mit dem Beamtenrecht, mit dem einer Lehrerin an der Hauptschule Mühlenberg z.B. die Teilnahme an der Demonstration untersagt werden sollte.

Unter den **Schülern** hat sich die Arbeiterjugend verstärkt zu Wort gemeldet. An der Berufsschule V fand die erste allgemeine Vollversammlung seit Jahren überhaupt statt. Die Kapitalisten haben alles daran gesetzt, die Lehrlinge an der Teilnahme zu hindern und sie am Arbeitsplatz festzuhalten. 500 nahmen dennoch an der Versammlung teil. Gerade die Berufsschüler waren es, die sich nicht damit zufriedengegeben haben, den gesetzlichen Unterricht einzuklagen. Die Schülermitverwaltung der Berufsschule forderte in einer Grußadresse an die Demonstration:

Einstellung von Lehrern, wie wir es fordern!
Weg mit den Berufsverboten!
Einrichtung und Ausbau von Lehrwerkstätten an den Berufsschulen!
12 Stunden Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen!
Völlige Lehrmittelfreiheit!
Kantine zu Großhandelspreisen an das Berufsschulzentrum! Kontrolle durch die Schülermitverwaltung!
Anerkennung des Berufsgrundbildungsjahres!
Recht für jugendliche Arbeitslose und ungelernte Jungarbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl!
Recht auf soviel Unterricht, daß sie in der Lage sind, die Facharbeiterprüfung abzulegen!

Gestützt haben sich die Berufsschüler dabei auf ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Kantinenpreise, gegen die sich eine Bewegung entwickelt hat.

An der Berufsschule ist es auch zur Auseinandersetzung mit den reformistischen und revisionistischen Vertretern des Stadtschülerrats gekommen. Diese Jungsozialisten und DKP-ler sind gegen die Forderung nach der Einheitsschule aufgetreten, wie sie vorher von einer Mechanikerklasse der Berufsschule und dem Schülerrat erhoben worden war. Sie haben behauptet, die Forderung nach einer einheitlichen Schule für alle "spalte". Stattdessen haben sie die "Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung", die Mitbestimmung durch "Bildungsbeiräte" gefordert. Gelungen ist es ihnen, damit Verwirrung zu stiften, was darin zum Ausdruck kommt, daß die Aufnahme der Forderung nach der Einheitsschule mit knapper Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen auf der Schülerratssitzung abgelehnt wurde.

Den Jugendlichen, die für eine umfassende Ausbildung kämpfen wollen, erklären sie, dies sei eine Frage der "Integration", der Zusammenfassung von beruflicher und allgemeiner Bildung unter einem Dach. Aber verschiedene Schulen unter einem Dach bringen keineswegs umfassende Ausbildung für jeden. Der Berufsschüler bleibt Berufsschüler, der Oberschüler Oberschüler. Beide konkurrieren gegeneinander um den Aufstieg in der Schullaufbahn und untereinander gegen die Mitschüler. Eine Einheit, welche die Kraft gibt, für alle gemeinsam eine bessere Ausbildung zu erkämpfen, ist dabei nicht herstellbar. Und die Schulen werden bei dieser Sorte Integration mit all den tausend großen und kleinen Unterschieden von Kursen, Stufen, Ausbildungsgängen so kompliziert, daß sich niemand mehr durchfindet.

Wer solch eine Forderung vertritt, ist offenbar für Beibehaltung der Spaltung, und er tritt gleichzeitig dafür ein, die Volksmassen von der Einmischung in Schulangelegenheiten fernzuhalten. Was Jungsozialisten und DKP-ler offenbar fürchten, ist die "Spaltung", die in jedem Kampf gegen die elenden Schulverhältnisse drinsteckt, die Spaltung zwischen Volk und Staat. Sie fangen deshalb ihre Reden radikal mit der "verfehlten Bildungspolitik der Landesregierung" an, um dann am Schluß der Landesregierung die Mitarbeit in "Bildungsräten" anzubieten.

Kein Beifall für Staatsfrömmigkeit

Der GEW-Landesvorsitzende und Schulleiter der Integrierten Gesamtschule, Galas, bescheinigte in seiner Rede dann auch dem Kultusminister Mahrenholtz "guten Willen", der sich nur nicht im Kabinett durchsetzen und der Bildungspolitik im Haushalt Platz verschaffen könne. Die Kundgebungsredner haben sich den versammelten Eltern, Schülern und Lehrern allesamt als bessere Kabinettspolitiker und Haushaltsstrategen empfohlen. Der GEW-Vorsitzende Frister: "Wenn die Ausgaben für Bundeswehr und Polizei steigen, müssen auch die Ausgaben für die Bildung höher werden!" Das heißt, daß Frister die Bildungsausgaben von einer allgemeinen Ausdehnung des Staatshaushaltes abhängig macht, sich nur gegen "einseitige" Kürzungen im Bildungshaushalt wendet und und das der Bewegung dummdreist als ihre Forderung verkaufen will. Damit hat er in der Demonstration keinen Widerhall gefunden.

Die DKP trat mit der Losung "Rüstung runter, Bildung rauf" hervor. Auch sie denkt über die Stabilität des Staatshaushaltes nach, wo doch offenkundig ist, daß das Volk gerade ohne Rücksicht auf die Staatskasse seine Schulforderungen durchsetzen muß. Allesamt öffnen diese Leute dem Staat Tür und Tor zu weiteren Spaltungen, sie halten ihm den Notenständer, wenn er das Lied von der Finanznot anstimmt. Obwohl das doch ein weiterer guter Grund ist, diesen Staat zu stürzen, wenn er nicht einmal des Recht des Volkes auf eine Schulausbildung garantieren kann.

Die Demonstration der 8 000 war trotz dieser staatsbeflissenen Redner ein Schritt in die richtige Richtung. Sie hat dem gemeinsamen Willen nach einer besseren Schulausbildung starken Ausdruck verliehen. Wenn Eltern, Schüler, Lehrer der verschiedensten Schularten gemeinsam demonstrieren, was liegt da näher als die Forderung nach einer umfassenden, einheitlichen Ausbildung für alle gleich zu erheben? Diesen Schritt haben schon Teile getan, und es stellt sich die Aufgabe, die Einheit der Bewegung fortzuentwickeln gegen die Schulhoheit des bürgerlichen Staates und gegen sein spalterisches Schulsystem. Die beginnende Einmischung der Arbeiterklasse und Arbeiterjugend in den Schulkampf ist dazu ein wichtiger Schritt.

Die Demonstration war zugleich ein Signal für die Verstärkung der Kämpfe an einzelnen Schulen. Am Tage nach der Demonstration streikten die Schüler der Tellkampf-Schule und der Elsa-Brandström-Schule und gestalteten ihren Unterricht selbst. Die Lehrer der Integrierten Gesamtschule Roderbruch wollen am Dienstag, dem 18. November, über einen möglichen Warnstreik beschließen. – (gh, Ortsgruppe Hannover)



Auf dem Kundgebungsplatz

Schulstreik und Demonstration in Göttingen

Am 12. November sah Göttingen die größte Demonstration seit vielen Jahren: Im Sternmarsch zogen 4 000 Schüler aus dreizehn Schulen nach der zweiten Stunde am Vormittag zum Marktplatz, um dort auf einer Kundgebung ihre Forderungen gegen die Schulpolitik der niedersächsischen Landesregierung vorzutragen: Beseitigung des Unterrichtsausfalls, Einstellung aller arbeitslosen Lehrer.

Vorangegangen bei der Vorbereitung des Schulstreiks sind die Schüler des 5. Gymnasiums, für die zu Anfang dieses Schuljahres besonders massiv der Unterricht gekürzt wurde. Eine Schülervollversammlung, an der 1 000 Schüler teilnahmen, forderte Ende September fast einstimmig: Weg mit dem Unterrichtsausfall an allen Schulen. Einstellung aller ausgebildeten Lehrer und Referendare. Sofortiger Ersatz für zwei Lehrer, die am 1. Dezember die Schule verlassen. Falls die Landesregierung bis zum 1. November nicht positiv zu diesen Forderungen Stellung nimmt, wird gestreikt.

Das war der Anstoß für eine breite Bewegung, die sich in Beschlüssen von Schüler- und Elternvertretungen, Vollversammlungen und einer Kundgebung am 1. November niederschlug, wo 150 Schüler den Landwirtschaftsminister Bruns ausbuhten, der ihnen erzählen wollte, ihre Sorgen seien auch die der Regierung.

Ein Koordinationsausschuß wurde gebildet zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen. Denn eine Stadt-Schülervertretung gibt es in Göttingen nicht.

An vielen Schulen hatten die Rektoren und Direktoren versucht, die Schüler mit der Androhung von Verweisen oder Eintragung in das Klassenbuch einzuschüchtern. Den Schülern der neunten und zehnten Klasse der Käthe-Kollwitz-Schule, die in einer Art "Förderstufe" ihren Realschulabschluß machen können, wurde angedroht, sie würden rausfliegen, wenn sie am Streik teilnehmen. Die Lehrer dieser Schule wurden aufgefordert, alle Schüler aufzuschreiben, die sich am Streik beteiligen, damit man den Eltern ein Bußgeld anhängen kann.

Besonders unter Druck gesetzt wurden die Lehrer: An der Albert-Schweitzer-Schule wurde einer Lehrerin, die Vertrauenslehrerin in der Schülervertretung ist, eine Meldung beim Regierungspräsidenten angedroht, falls sie die Aktionen der Schüler in irgendeiner Weise unterstütze.

Erschwert wurde das Durchbrechen dieser Drohungen noch dadurch, daß bis zum Tag des Streiks an fast allen Schulen Unklarheit herrschte, was überhaupt läuft. Der Stadtelternrat hatte rechtzeitig am Wochenende vorher verkündet, daß er nicht mit aufruft. Das "Göttinger Tageblatt" hatte am Tag vorher die gezielte Falschmeldung verbreitet, es würde nur das 5. Gymnasium streiken. Zudem unterstützten die Schülersprecher einiger Gymnasien, die in der Schüler-Union sind, die Aktion nicht. Der Koordinationsausschuß war dem nicht durch das Verteilen eines Informationsflugblattes entgegengetreten.

Dennoch: Der Streik brach sich Bahn. Besonders leicht natürlich am 5. Gymnasium, wo der Direktor sich gar nicht traute zu drohen, sondern lieber für den Streiktag Urlaub nahm. Aber auch an den anderen Schulen gab es in der ersten großen Pause nur ein Thema: Machen wir mit beim Streik, gehen wir zur Kundgebung. Und fast überall, wo einige Schüler vorangingen und ihre Mitschüler zusammenriefen, war am Ende der Pause die Schule leer.

Selbst an der Käthe-Kollwitz-Schule, wo die Unterdrückung besonders scharf war, ging die zehnte Klasse geschlossen zur Demonstration. Und ein Lehrer schlug seinen Kollegen vor, mit der Klasse an diesem Morgen einen "Ausflug" zu machen, "um den Schülern das Gänseliesel und den Marktplatz zu zeigen". Der Streik wurde durchgesetzt. – (h., Göttingen)

Kapitalist setzt Polizei gegen Streik ein

Seit dem 29. Oktober Streik bei der Strumpffabrik ELES in Bleidenstadt

Bleidenstadt. Seit dem 29. Oktober streikt die Belegschaft der Textilfabrik ELES, 140 Beschäftigte (siehe die beiden letzten Nummern der KVZ). Die Forderungen der Streikenden sind:
Absicherung der Mindestlöhne durch einen Tarifvertrag;
25 Urlaubstage und Urlaubsgeld;
Weihnachtsgeld (35 Prozent eines Monatslohns);
Überstundenzuschläge;
Schichtzulage;
39 DM vermögenswirksame Leistungen;
Rahmentarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen im Betrieb.

Bei ELES gibt es keinerlei Absicherung des Lohnes: Geschafft wird nach Stückakkord. Der Stundenlohn schwankt zwischen 4 und 7,80 DM. Bei solch geringen Löhnen sind die Kollegen gezwungen, Überstunden zu machen. So verdient eine Kollegin selbst bei zwölf Stunden und Samstag sieben Stunden (eine halbe Stunde Mittag) höchstens 1 000 DM netto. Oft wird noch länger geschuftet.

Bisher ist der Kapitalist nicht auf die Forderungen der Belegschaft eingegangen, den Tarifvertrag der Gewerkschaft Textil und Bekleidung anzuerkennen.

Mit verschiedenen Mitteln versucht der Kapitalist, den Streik zu zerschlagen

Vorher erlassene Teile der Miete von Kollegen, die in einem seiner Häuser wohnen, müssen jetzt wieder bezahlt werden (80 DM); er hat einige neue Arbeiter eingestellt, um die Produktion weiterlaufen zu lassen; dazu hat er die entrechtete Lage von illegalen türkischen Arbeitern ausgenutzt und welche eingestellt. Streikenden hat er bis zu 1 000 DM Weihnachtsgeld geboten, wenn sie nicht streiken. Vor dem Streik hat er Kollegen unter Druck gesetzt, daß sie nicht in die Gewerkschaft eintreten (etwa 90 Prozent sind organisiert). Er hat Streikenden mit Entlassung gedroht. Inzwischen hat er tatsächlich drei Streikende fristlos entlassen mit der Begründung, sie hätten "arbeitswilligen Mitarbeitern" ins Gesicht gespuckt oder geschlagen. Dagegen haben die Betreffenden sofort mit der Gewerkschaft eine Kündigungsschutzklage eingereicht.

Zusammen mit der Gewerkschaft und Gewerkschaftern anderer Betriebe werden im Ort Plakate über den Streik und mit den Forderungen geklebt, Flugblätter verteilt und mit einem Megaphonwagen die Bevölkerung informiert.

Die Gewerkschaft hat auch einen Wohnwagen zum Schutz vor Kälte und Regen für die Streikposten angemietet.

In der bürgerlichen Presse werden die zwanzig bis dreißig Streikbrecher unterstützt und die Hetze gegen die Streikenden entfaltet. Denn die Streikenden sind nicht bereit, von den Streikbrechern ihren Streik unterlaufen zu lassen. Sie sind nicht bereit, weiterhin ohne Tarifvertrag dazustehen.

Druck auf die Streikbrecher

In den letzten Tagen kam es darauf an, den Druck auf die Streikbrecher zu verstärken und das Ziel durchzusetzen, daß die Produktion überhaupt eingestellt werden muß, die momentan auf kleiner Flamme weiterläuft. Dazu werden auch die Streikbrecher zu Hause aufgesucht. Berichtet wird, daß diese mit den Nerven schon ziemlich runter sein sollen, sicherlich auch, weil die Ausbeutung jetzt noch schärfer ist im Betrieb.

Um dieses Ziel durchzusetzen, wurden in den letzten Tagen bei Arbeitsbeginn und -schluß vor dem Tor und der Tür von fast allen Streikenden und unterstützenden anderen Kollegen Ketten gebildet, damit die Streikbrecher nicht ins Werk kommen. Am Freitag früh von 6.30 bis 8.30 Uhr waren die Zugänge dicht. Die Streikbrecher versuchten reinzukommen und haben so die Wut der Kollegen auf den Kapitalisten und seine Spaltungsmanöver nur noch verstärkt. Etwa acht Polizisten, davon zwei mit Hunden, haben in einem Moment, als die eine Türe unbewacht war, einigen Streikbrechern Einlaß verschaffen können. Ein Teil der Kollegen schloß sofort diesen Eingang durch Kettenbildung.

Zwischendrin stand eine Kette von Polizisten, die ungewollt die Türe mit blockierte. Als einer der Polizeihunde eine türkische Kollegin am Ärmel schnappt, werden die Polizisten sofort umringt und angeschrien: Sofort den Hund weg! Das wirkt, der Polizist läuft rot an, mosert; dann wird er vom Einsatzleiter zurückgerufen, die anderen Polizisten auch. Keiner kann jetzt mehr rein.

Immer wieder werden mit Megaphon Ansprachen gehalten, daß der Betrieb bestreikt wird und warum.

Die Kollegen rufen: "Urlaubsgeld! Weihnachtsgeld!" und andere Parolen.

Die Chefin steht am Fenster und kann nur noch keifen. Sie hetzt die Streikbrecher auf, den draußen stehenden Streikbrechern gibt sie eine Flasche Kognak gegen die Kälte. Die Kollegen versperren die Fenster mit Schildern.

Das hessische Fernsehen filmt unterdessen.

Mit einer Hundertschaft Polizei gegen die Streikposten

Ein Zivilpolizist der politischen Polizei, Kilb, als Spitzel bestens bekannt (beim Kalle-Streik in Wiesbaden hat er sich als Schläger gegen Streikende hervorgetan), tauchte auf. Der Polizeioberrat Kilb forderte die Streikleitung auf, "die Streikenden vor Unbesonnenheit zu warnen", und setzte eine Frist zum Abbruch der Aktion. Den fast ausschließlich ausländischen Kollegen drohte er mit der Anwendung der Ausländergesetze, also mit der Ausweisung. Daraufhin mußten die Streikbrecher ins Werk gelassen werden, unter Pfiffen und Buhrufen. Ein Beschluß, die Ketten aufrechtzuerhalten und die Streikbrecher unter keinen Umständen reinzulassen, konnte in dieser Situation nicht mehr gefaßt werden.

Auf der Streikversammlung mittags wurden Solidaritätsresolutionen verlesen, z.B. von der Bezirksjugendkonferenz der IG Chemie. Verschiedene Gewerkschafter werden begrüßt: Jugendsekretär DGB Wiesbaden, IG-Metaller, Vertreter des Gewerkschaftshauses Oberursel.

Am Abend sollen alle Kollegen ans Tor und die Streikbrecher abfangen.

Diesmal kommt die Polizei mit Verstärkung, um die Kollegen einzuschüchtern: vier Mannschaftswagen, einer mit riesiger Funkantenne, ein Einsatzwagen mit Hunden, noch zwei Streifenwagen, insgesamt rund eine Hunderschaft gegen etwa 80 Streikende. Die Polizisten werden bis auf etwa zehn gut sichtbar in einiger Entfernung postiert. Trotzdem sind die Kollegen zuversichtlich und lachen über das riesige Aufgebot. Die Streikbrecher können unter Polizeischutz und dem Gebuhe und Pfeifen der Kollegen aus dem Werk.

Montag und Dienstag ist es noch nicht wieder gelungen, aktive Streikketten vor den Toren zu bilden. Die Kollegen sind aber daran gegangen, die Streikbrecher verstärkt zu Hause aufzusuchen und sie davon zu überzeugen, sich in die Streikfront einzureihen. Weitere Solidaritätsresolutionen, z.B. von Schulungsteilnehmern der IG Druck in Springen und der KBW-Ortsgruppe Wiesbaden, sind eingegangen. Auf der Schulungsteilnehmern der IG Druck in Springen und der KBW-Ortsgruppe Wiesbaden sind eingegangen. Auf der Streikversammlung am Montag war anwesend eine Delegation der IG Chemie Wiesbaden und der ÖTV-Betriebsgruppe Klinikum Frankfurt.

Der Kapitalist Szor hat in der bürgerlichen Presse verlauten lassen, "der Streik habe ihm bereits großen finanziellen Schaden zugefügt" (Wiesbadener Tageblatt, 15. November). – (Ortsgruppe Wiesbaden)



Das Streikplakat der Gewerkschaft Textil und Bekleidung

Nach fünf Tagen wurde der Streik abgebrochen

Massiver Druck wurde auf die Arbeiter ausgeübt / Polizeieinsatz, um Streikbrecher in das Werk zu schleusen

Ebersbach/Fils. Die Kollegen von Südrad brachen am Mittwoch Vormittag, dem 12. November, ihren Streik ab, den sie vor einer Woche begonnen hatten. Wie bereits in der letzten Ausgabe der KVZ berichtet wurde, haben sie den Streik aufgenommen, um die Streichung des Weihnachtsgeldes von 55 Prozent auf die tariflich abgesicherten 40 Prozent eines Monatslohnes zu verhindern.

Zwar hatte ihre Kampfentschlossenheit über das Wochenende nicht nachgelassen, und der Streik wurde am Montag fortgesetzt; doch am Dienstag, als der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Zimmermann, nachdrücklich den vor dem Tor versammelten Kollegen erklärte, er könne und wolle den Streik nicht unterstützen, stieß Pohl von der Geschäftsleitung massiv nach. Sämtliche Herren aus seiner Etage und die Meister wurden aus ihren warmen Stuben geschickt und zum Einsatz vor das Tor beordert. Dort gelang es ihnen, durch Mann-zu-Mann-Beackerung einen beträchtlichen Teil der anwesenden deutschen Kollegen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Der große Teil der Belegschaft, der aus türkischen und italienischen Kollegen besteht (7 0 bzw. 10 Prozent) blieb aber bis zum Feierabend standhaft.

Am nächsten Morgen verteilten wir eine weitere Ausgabe der "Arbeiterstimme" der Ortsgruppe Stuttgart des KBW. Das Ziel war, die Streikfront wieder zu schließen, indem Klarheit über die Erfolgsaussichten des Streiks unter allen Kollegen hergestellt wird. Unter der Überschrift "Jede Stunde Streik schwächt Pohl und stärkt uns" erläuterten wir die Lage der Südrad-Kapitalisten.

Südrad baut Felgen und steht unter starkem Konkurrenzdruck. Die Lieferzeiten sind zur Zeit sehr kurz wegen der steigenden Produktionszahlen in der Autoindustrie. "Wenn wir streiken, kann Pohl nichts liefern – das weiß er. VW, Audi oder Daimler werden sich also an die Konkurrenz wenden, und das ist für die Profite der Südrad-Kapitalisten tödlich. Also sitzen Pohl und seine Hintermänner auf einem schwachen Ast. Wir haben eine Woche gestreikt, und mit jedem Streiktag wird sein Ast schwächer. Davon müssen wir heute ausgehen!"

Es gab heftige Diskussionen. Doch trotz zäher Bemühungen von den Kollegen, die den Streik weiterführen wollten, konnte die Geschlossenheit der Streikfront nicht mehr hergestellt werden. Nachdem nach und nach alle deutschen Kollegen wieder in den Betrieb gingen, stieg die Unsicherheit bei den übrigen.

Der türkische Dolmetscher und ein türkischer Vo rarbeiter übten nun massiven Druck auf ihre Landsleute aus, indem sie die Drohungen von Pohl, daß jeder, der sich weiter am Streik beteilige, mit der Entlassung zu rechnen hätte, bekanntgaben und sie aktiv aufforderten, jetzt endlich an die Arbeit zu gehen, weil alles andere gar keinen Wert hätte.

Daraufhin gaben sie den Streik auf und gingen wieder in den Betrieb, ohne daß die Südrad-Kapitalisten ein Angebot gemacht hätten.

Was war der Grund des Mißerfolgs? Was ist zu lernen?

Der Ausgangspunkt der Streikbewegung war unter den deutschen Kollegen, die sozusagen den Kern der Stammbelegschaft stellen. Sie gingen davon aus, daß die Streikerfolge der letzten Jahre so wiederholbar wären. Also in ein oder zwei Tagen die Kapitalisten in die Knie zu kriegen. Dies war offensichtlich diesmal nicht der Fall. Die Südrad-Kapitalisten waren entschlossen, ein Exempel zu statuieren, weil sie wußten, wenn dieser Streik wiederum erfolgreich ausgeht, haben nicht mehr sie die Belegschaft in der Hand, sondern die Belegschaft sie.

Nach vier Tagen Streik zermürbte vor allem die hartnäckige Weigerung des 1. IG-Metall-Bevollmächtigten Zimmermann, diesem Streik wenigstens auch sein "Verständnis" auszusprechen, geschweige denn in begrenztem Umfang Unterstützung zu gewähren z.B. durch Informierung der umliegenden Belegschaften, die Ausdauer der Kollegen. Dadurch wurde auch der Vertrauensleutekörper, der kein gefestigtes Kampforgan der Südrad-Kollegen bildete, weiter geschwächt. Die Kollegen, die sich im Stich gelassen fühlten, reagierten spontan mit Austrittserklärungen. Soweit bekannt wurde, wollten dreißig bis vierzig der türkischen Kollegen ihr Mitgliedsbuch hinwerfen. In den Diskussionen mit ihnen konnte klargemacht werden, daß das die Antwort nicht sein kann. Sie zogen daraufhin ihre Austrittserklärungen zurück.

Ein weiterer Sachverhalt war, daß die Belegschaft von Zinser in Ebersbach (der wichtigste Betrieb am Ort), die bereits auch drei Tage gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes streikte, in dieser Woche Kurzarbeit machte und so eine bedeutende Solidarität über Südrad hinaus nicht entstand.

Der wohl entscheidende Punkt war der, daß die Belegschaft seit dem letzten Streik mehrheitlich umgewälzt wurde. Stellten früher Jugoslawen die Mehrheit unter den Arbeitern, so sind es heute Türken. Viele der Jugoslawen, die vor einem Jahr den Streik aktiv mit trugen, wurden daraufhin entlassen. Die Kündigungen von damals waren noch allen bekannt. Dies war wohl der Grund, wieso die türkischen und italienischen Kollegen den Streik aufgaben, nachdem die Deutschen wieder arbeiteten.

Über den Auftrag des personellen massiven Einsatzes der Polizei, die ihre volle Kriegsausrüstung, Helme, Schlagstöcke und Lederjacken, in den Bussen mitführten, konnten die Kollegen einen klaren Begriff gewinnen. Die "Grünen" sollten sichern, daß Streikbrecher in das Werk geschleust werden konnten. Dazu erzählte ein streikender türkischer Kollege: Ich habe einen Polizisten gefragt, was er hier macht; daraufhin sagte er mir, er wolle "Schlägereien" verhindern. Ich fragte ihn: Warum, hier schlägert doch niemand? Ich bin ein Mensch und habe "Angst", andere zu prügeln. Der Polizist mißverstand den Kollegen. Er meinte einen Streikbrecher vor sich zu haben und hakte gleich ein: Der Kollege brauche keine Angst zu haben. Er begleite jeden in den Betrieb, der arbeiten will.

Aus dem Abbruch des Streiks zu schließen, das Rückgrat der Kollegen wäre gebrochen, ist fehlgeschlossen.

In der "Arbeiterstimme" vom 12. November schrieben wir: "Verlieren wir aber diesen Streik, dann haben wir nicht nur das Weihnachtsgeld, den Lohn der Streiktage und die gute Ausgangsposition für den Lohnkampf verloren – Pohl wird uns ganz schön in die Mühle nehmen. Das, was wir in den letzten fünf Tagen nicht gefertigt haben, das können wir dann in Überstunden und Sonderschichten rausklopfen. Warum? Weil uns das Geld fehlt und wir es uns dann auf diese Art verdienen müssen!

Das ist ein gutes Beispiel dafür, daß der Kapitalismus nichts anderes ist als Lohnsklaverei!"

Zu dieser Sklaverei sind die Kollegen bei Südrad nicht bereit. Wie vermutet gingen in den darauf folgenden Tagen Zettel durch die Abteilungen, wo unter dem "Angebot", daß man die Streikzeit an den kommenden Samstagen reinarbeiten könne, jeder mit ja oder nein sich ankreuzen konnte. Nachdem die Listen herum waren, zeigte es sich, daß die Spalte "ja" nahezu leer geblieben ist, sondern die überwiegende Mehrheit der Kollegen sich nicht in die Mühle nehmen lassen wollte. Womit die Solidarität in großem Maße wieder hergestellt war. – (e, Stuttgart)

Stahl Warnstreiks gegen das Angebot der Kapitalisten

Bochum. Am Mittwoch streikten mehrere Tausend der 12 000 Beschäftigten bei Krupp. Eine halbe Stunde legten die Stahlarbeiter die Arbeit nieder. Bei den Thyssen-Stahlwerken streikten am Donnerstag 150 Mann der Frühschicht eine halbe Stunde. Bei den Stahlwerken Bochum legten am Freitag 900 Mann der Frühschicht (insgesamt 2 500 Beschäftigte) für 15 Minuten die Arbeit nieder.

Duisburg. 7 000 Beschäftigte der August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn haben am Freitagmorgen vor dem ATH-Verwaltungsgebäude demonstriert. Etwa 1 000 Stahlwerker der Krupp-Hüttenwerke Rheinhausen hatten ebenfalls für eineinhalb Stunden die Arbeit niedergelegt.

Dortmund. Am Donnerstag streikten im Werk Phoenix der Dortmunder Hoesch-Werke 500 Arbeiter. Über 1 000 Dortmunder Stahlarbeiter unterschrieben eine Erklärung: "Ich bin bereit, jede gewerkschaftliche Aktion zu unterstützen, die zu einem annehmbaren Ergebnis führt."

Hattingen. 5 000 der Thyssen-Henrichs Hütte streikten eine Stunde am Donnerstag.

Zentrale IG-Metall-Kundgebung gegen Philips-Stillegungen

Herborn. Eine zentrale Protestkundgebung aller 2 000 Philips-Beschäftigten in Hessen hat die IG Metall für den 29. November in Herborn geplant. Am 28. Oktober hatte die Konzernleitung des Philips-Konzerns die Schließung der Limburger Leuchtröhrenfabrik Körting und Mathiesen bekanntgegeben. Die gesamte Produktion wird nach Köln verlegt. Die 200 Kollegen hatten am 16. Oktober gegen die Pläne des Konzerns die Arbeit niedergelegt. Gleichzeitig wird von den Philips-Bossen die Schließung des Kondensatorenwerks Valvo in Herborn anvisiert. – (Nach einem Bericht von m., Limburg)

DGB-Demonstration in Dortmund:

DGB-Forderungen: Keine Antwort, wie der Kampf zu führen ist

Beschluß der Zentralen Jugendgruppe der IG Druck und Papier Westberlin, der auf der Sitzung am 12.11.1975 verabschiedet wurde.

"Anläßlich der DGB-Demonstration in Dortmund wollen wir noch einmal dazu Stellung nehmen.

Die Demonstration und die Kundgebung hat durch die Teilnahme von fast 50 000 Kollegen klar gezeigt, welches Interesse und welche Bedeutung die Frage der Arbeitslosigkeit und der beruflichen Bildung hat. Deswegen ist es auch sehr schädlich gewesen, daß für die Landesbezirke (außer Nordrhein-Westfalen) nicht mehr Busse zur Verfügung gestellt wurden.

Aufs entschiedenste müssen wir auch das Gerücht und die Panikmache der Westberliner Delegationsleitung zurückweisen, daß 40 000 'Chaoten' die Westfalenhalle besetzen wollten. Daß damit die Teilnahme der Sonderbusse an der Demonstration verhindert werden sollte, hat der Sache der Arbeiterjugend nur geschadet.

Die Forderungen, die vom DGB zur Kundgebung aufgestellt worden sind, geben unserer Meinung nach keine Antwort darauf, wie die Arbeiterjugend zusammen mit allen Kollegen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die schlechten Ausbildungsverhältnisse führen muß. Deshalb hat die Zentrale Jugendgruppe unter folgenden Forderungen in Dortmund demonstriert:

– Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr

– Zweiter Berufsschultag, an dem insbesondere der praktische Teil der Ausbildung ausgeweitet werden soll

– Recht der jugendlichen Arbeitslosen auf eine Facharbeiterklasse ihrer Wahl

– Möglichkeit, die Facharbeiterprüfung in der Berufsschule abzulegen

– Arbeitslosengeld für jugendliche Arbeitslose."

Dieser Beschluß geht an den DGB-Bundesvorstand, den Landesbezirksvorstand Berlin des DGB, den Landesjugendausschuß des DGB Berlin und den Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier Berlin.

Norddeutschlands Tischler streiken

Weil die Lehrlinge keinen Pfennig bekommen sollen, wurde der Streik ausgedehnt

Hamburg. Seit dem 12. November streiken die Tischler im Handwerk in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen für mehr Lohn und höhere Ausbildungsvergütungen. Insgesamt befinden sich über 100 Betriebe im Streik.

In Hamburg waren es Anfang der Woche 20 Betriebe. In Kiel stand der Streik mit 30 Betrieben wie eine Eins. In Lübeck haben die Tischler von über 10 Betrieben die Arbeit niedergelegt. Gestreikt wird auch in den Tischlereien von Uetersen, Itzehoe, Neumünster, Preetz, Glückstadt, Ratzeburg und Mölln.

Betroffen von diesem zunächst unbefristeten Streik sind insgesamt 10 000 Kollegen im Tischlerhandwerk Norddeutschlands.

Mit 90,4 Prozent stimmten die Kollegen in der Urabstimmung für Streik. Die Gewerkschaft hatte zuvor dem völlig unzureichenden Schlichtungsspruch von 6,3 Prozent zugestimmt.

Die Kapitalisten faßten das ganze Vorgehen der Gewerkschaftsführung als Einladung auf, die Löhne noch weiter herunterzudrücken. Sie lehnten den Schlichtungsspruch ab. Wären sie erfolgreich, hätte das Auswirkungen für die parallel zum Tischlerhandwerk verlaufende Lohnrunde in der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie, in der die Klavierfabrik Steinway der größte Betrieb in Hamburg ist. Am zweiten Streiktag erklärten sie sich bereit, die Löhne um 6,3 Prozent zu erhöhen. Gleichzeitig aber weigerten sie sich, die Lehrlingsvergütungen überhaupt zu erhöhen. Die Lehrlinge sollten keinen Pfennig bekommen. Was die Kapitalisten bei den Gesellen nicht schafften, sollte nun bei den Auszubildenden durchgezogen werden.

Ein Kollege meinte: "Eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Die wollen das schwächste Glied herausbrechen. Das werden wir nicht zulassen!" Der Streik wurde auf weitere Betriebe ausgeweitet.

In Bremen streiken jetzt 90 Tischler aus vier Betrieben. – (r., Hamburg)



Während sie dagegen streikten, daßihnen die Löhne vorenthalten wurden, trafen sich die Henkel-Arbeiter täglich im Betrieb.

Keine klare Auskunft über Verlagerung – Streik

Plochingen. 370 Arbeiter und Angestellte des Bauknecht-Werkes haben am Mittwoch, 12. November, gegen die geplante Verlagerung den ganzen Tag über gestreikt. Die Geschäftsleitung weigert sich, klare Auskunft über die Zukunft des Werkes zu geben. Aus Österreich, wohin das Werk verlagert werden soll, hatte die Geschäftsleitung jetzt vierzehn Arbeiterinnen herbeigeholt. Sie sollen hier geschult werden, um später eingearbeitet zu sein, was die Geschäftsleitung bestreitet. Am Donnerstag fand eine Betriebsversammlung statt. Die Geschäftsleitung nahm mit dem Betriebsrat unterdessen Gespräche auf. Die IG-Metall-Verwaltungsstelle erklärte, sie habe "Verständnis" für den Streik. Der Personalchef äußerte gegenüber der Presse, daß die "Besorgnis der Belegschaft unbegründet sei" (Stuttgarter Zeitung, 13. November). Es lasse sich aber "nicht schon heute definitiv sagen, was morgen geschehen werde".

Streik gegen Stillegung
(Stuttgarter Zeitung, 13. November). Es lasse sich aber "nicht schon heute definitiv sagen, was morgen geschehen werde".

Auflösung des Seibel-Betriebsrats zurückgenommen

Erwitte. Nachdem am 2. Juli das Arbeitsgericht Paderborn den Betriebsrat der Zementfabrik Seibel in Erwitte aufgelöst hatte, hat jetzt das Landesarbeitsgericht in Hamm die gerichtliche Auflösung als hinfällig erklärt. Die Auflösung war damit begründet worden, daß der Betriebsrat den Streik und die Werksbesetzung durch die Belegschaft unterstützt habe. Das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet den Betriebsrat auf das Betriebswohl. Dem Betriebsrat, der von den Kollegen als ihre Interessenvertretung gewählt wird, ist es durch das Betriebsverfassungsgesetz verboten, Kampfmaßnahmen der Kollegen zu unterstützen. Weil der Betriebsrat der Firma Seibel solidarisch an der Seite der Kollegen gestanden hatte, hatte der Kapitalist seine Auflösung beantragt. Zahlreiche Gewerkschaftskörperschaften hatten gegen die Auflösung protestiert. Das Gericht nahm jetzt die Auflösung zurück, weil die Unterstützung gerichtlich nicht bewiesen werden konnte.

seine Auflösung beantragt. Zahlreiche Gewerkschaftskörperschaften hatten gegen die Auflösung protestiert. Das Gericht nahm jetzt die Auflösung zurück, weil die Unterstützung gerichtlich nicht bewiesen werden konnte.

Streik gegen Stillegung

Bad Friedrichshall, Kreis Heilbronn. Mittwoch Nachmittag streikte die Belegschaft der Unterland Konserven- und Tiefkühlkost AG gegen die geplante Stillegung des Werkes zum 31. Dezember. Die Arbeiter und Angestellten zogen vor das Verwaltungsgebäude und riefen: *"Wir wollen weiterarbeiten, wir lassen uns nicht abspeisen. Die Stillegung ist vermeidbar."* Zur gleichen Zeit wurde im Verwaltungsgebäude über einen Sozialplan verhandelt. Bereits am Dienstag hatten Arbeiter am Dach des Verwaltungsgebäudes ein großes Plakat montiert, mit dem sie ihren Protest gegen die Stillegung ausdrückten.

50 gingen zum Betriebsrat

Bremen. Als auf der AG Weser–Werft die Schiffbauer erfuhren, daß auf den Helgen die Akkordscheine eingeführt werden sollen, gingen 50 Kollegen zum Betriebsrat. Sie forderten, daß die Schiffbauer, die in einer Kolonne zusammengefaßt sind, nicht in Programmlohngruppen von 6 bis 8 Mann aufgespalten werden, denn durch diese Aufspaltung wird es den Kapitalisten leichter fallen, eine gesteigerte Arbeitshetze durchzusetzen.

Pfaffensprüche machen niemanden satt

Eigentlich sehe ich mir das "Wort zum Sonntag", das jeden Samstag über die Mattscheibe flimmert, nicht an. Wie für viele ist diese Sendung für mich die letzte Gelegenheit vor dem Spätwestern bzw. -krimi am Samstagabend noch einmal pinkeln zu gehen.

Doch am vorletzten Samstag hielt ich es zurück. Da sprach der Pope nämlich über die Wirtschaftskrise. "Ei", dachte ich, "das schaust du dir mal an, was die schwarzen Brüder dazu zu sagen haben."

Zunächst schilderte Hochwürden Wahres: daß man weniger Geld habe, daß man sparen müsse, daß es an diesen Weihnachten nicht so viel werden könne, wie im letzten Jahr. Das stimmt, dachte ich, und sah im Geiste den letzten Lohnstreifen. Doch dann kam der Hammer. Der Pope meinte, daß man aus dieser Situation noch das Beste machen müsse und empfahl zur Linderung, man müsse "sparen – ohne sich arm zu fühlen".

Das ist wirklich ein neues Mittel, mit den schlechter werdenden Verhältnissen zurechtzukommen. Auf das "Gefühl" kommt's an. Streicht der Kapitalist die übertarifliche Zulage und dir fehlt das Geld, um sonntags Fleisch zu essen – dann schluck die Kartoffeln so und bilde dir ein, den Römerbraten hättest du schon gegessen. Kürzt der Kapitalist das Weihnachtsgeld, das du eingeplant hast, um die Rate für das Auto abzubezahlen, das du brauchst, um zur Frühschicht zu kommen, wenn noch kein Bus geht, dann verkauf die Mühle wieder, steig aufs Fahrrad (und steh eine Stunde früher auf) und bilde dir ein, in der Garage steht ein Mercedes.

Nach dem "Rezept" des Popen hat man dann zwar den Kopf voll Flausen und "Gefühlen" – aber einen leeren Magen und weniger Geld. Den Kapitalisten gefallen diese Ratschläge des Pfaffen sicher – halten sich die Arbeiter dran, dann springt bei ihnen das Geld in der Kasse. Ich hab einen besseren Vorschlag: Schließen wir uns zusammen und verjagen die Kapitalisten samt der schwarzen Brut, dann wird es uns besser gehen und dann brauchen wir uns nicht zu ernähren – von Einbildungen und "Gefühlen". – (s, Koblenz)

Um den letzten Lohn betrogen - Streik
Der Geschäftsleiter Ratmann ist Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion
Göttingen. Lohn und Sozialabga- Arbeiter täglich im Betrieb und hiel- ligung" zu gründen.

Um den letzten Lohn betrogen - Streik

Der Geschäftsleiter Ratmann ist Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion

Göttingen. Lohn und Sozialabgaben wurden nicht mehr ausgezahlt, während zur gleichen Zeit die Produktion noch ausgeliefert und die Rohstoffe und Teile bezahlt wurden. Das sahen sich die Henkel-Arbeiter nicht mehr ruhig mit an. Sie legten am letzten Montag dieProduktion still und forderten ihre Löhne. Am Mittwoch drauf hat der Amtsrichter das Konkursverfahren eröffnet. 155 Beschäftigte in allen drei Werken werden bei einem Konkurs auf die Straße gesetzt. Zur Henkel GmbH gehören ein Sägewerk, eine Papierfabrik in Göttingen und eine Möbelfabrik in Hattorf/Harz. Nur 30 Prozent der ausstehenden Oktober-Löhne wurden bis jetzt ausgezahlt. Von den Novemberlöhnen haben die Arbeiter noch keinen Pfennig gesehen. Über 200 000 DM Löhne und Gehälter stehen noch aus. Außerdem sind seit September die Sozialbeiträge nicht abgeführt worden. Die Beiträge für die "vermögenswirksamen Leistungen" sind zwar von den Bruttobezügen abgebucht, aber nicht überwiesen worden.

Während des Streiks trafen sich die Arbeiter täglich im Betrieb und hielten Betriebsversammlungen ab. Sie wollen mindestens einen Sozialplan, den der Betriebsrat vorgelegt hat. Die Empörung der Arbeiter richtet sich vor allem gegen den Geschäftsleiter Martin Ratmann, der gleichzeitig Vorsitzender der CDU-Fraktion im Göttinger Stadtrat ist. Weil der CDU dieser Mann mittlerweile als Aushängeschild nicht mehr geeignet vorkam, mußte Ratmann Anfang der Woche als Fraktionsvorsitzender zurücktreten.

Als Kapitalist ist Ratmann Besitzer der Produktionsmittel und verfügt daher über die Arbeitsplätze. So erklärte er die Vorwürfe der Belegschaft und des Betriebsrates, daß er die Gelder der Beschäftigten veruntreut habe, schlicht für unwahr und drohte im nächsten Atemzug den Arbeitern mit der Arbeitslosigkeit und forderte die Belegschaft auf, umsonst zu arbeiten. Mit einer Betriebsstillegung brächten sie die Arbeitsplätze nur noch stärker in Gefahr. Außerdem schlug er vor, jetzt eine Auffanggesellschaft unter "Arbeitnehmerbeteiligung" zu gründen.

Der Streik der Henkel-Arbeiter wurde am 17. November beendet. Wie ein Kollege erzählte, werden 70 Prozent des Oktoberlohnes und die Sozialversicherungsbeiträge gezahlt.

Im einzelnen sieht es jetzt so aus: In der Druckerei wird nicht gearbeitet, dort erhalten die Arbeiter Kurzarbeitergeld. Im Sägewerk sind noch Aufträge bis etwa Februar vorhanden, dort werden jetzt sogar schon wieder Überstunden geschoben! Außerdem haben sich der Betriebsrat und der Konkursverwalter geeinigt, daß ein Sozialplan aufgestellt wird. Für November sollen die Löhne noch einmal von den Henkel-Kapitalisten gezahlt werden. Ob der Betrieb dicht gemacht wird oder weitergeführt wird, ist nach wie vor ungewiß.

Zustandegekommen ist diese Regelung, nachdem der Konkursverwalter Kretschmer den Arbeitern gedroht hatte, daß derjenige, der nicht zur Arbeit kommt, fristlos entlassen wird. – (k, Göttingen)

Auf der Suche nach einer Arbeitsstelle

Auslese auf dem Menschenmarkt

Bremen. In dieser Woche suchte das Spielwarengeschäft Wichlein am Ostertorsteinweg eine Packerin, halbtags fürs Weihnachtsgeschäft.

Ich ging zur angegebenen Zeit hin. Da warteten schon etwa zehn Frauen, weitere zehn kamen noch. Wir standen Schlange, ohne daß sich jemand drum kümmerte.

Nach einer halben Stunde begann die Auslese: Zu zweit wurden wir an den Tisch geholt, wo die verkauften Waren verpackt wurden. Jeder bekam ein leeres Paket und den Hinweis: "Nun verpacken Sie das mal schnell." Zwei Frauen standen dabei mit Zettel und Bleistift, um "tauglich" oder "nicht tauglich" zu notieren. Aber wie soll man sich schon groß geschickt anstellen, wenn man keinerlei Erfahrungen hat, wie so etwas "kundengerecht", schnell und billig eingepackt wird? Dazu noch um die Wette mit Kollegen, die genauso ratlos davorstehen!

Nachdem wir diese "Probe" halbwegs hinter uns hatten, hieß es: wieder zu zweit hinstellen: Eine Puppe und Puppengeschirr wurden vorgelegt. Und nun sollte man schnell sagen, wie man's verpacken würde. Paket, Tüte oder nur in Papier? Danach – Adresse aufschreiben und: *"Wenn der Chef Sie aussucht, rufen wir an."* Fertig. Meine Frage nach Lohn, Arbeitsbedingungen wurde abgewiesen: *"Erfahren Sie, falls Sie genommen werden."*

Wir kamen uns vor wie auf einem Menschenmarkt. Behandelt wie eine Ware, wo nur die Frage interessiert: "Taugt sie was für meine Zwecke oder nicht?" Jetzt, wo die Arbeitslosigkeit groß ist, werden die Ausbeuter immer dreister. Sie denken, sie können es schon mit uns machen. Ich meine, sie haben sich verrechnet! Die Arbeiterklasse wird sich zusammenschließen unter der Losung: "Nieder mit dem Lohnsystem!", um diesen Schmarotzern einen Garaus zu machen! – (a., Bremen)

Metalltarifrunde

Hamburg. Bei Rheinstahl wurden mindestens 11 Prozent auf die Lohngruppe 6 gefordert.

Bei Still Esslingen haben die Lehrlinge beschlossen: 150 DM mehr für diese Tarifrunde als Schritt in Richtung auf Existenzlohn für Lehrlinge. Sie haben dem Vertrauensleutekörper vorgeschlagen, 150 DM für alle einheitlich zu fordern.

Anfrage: Warum 140 Mark mehr?

Folgender Brief erreichte die KVZ-Redaktion in der letzten Woche

„In unserer ÖTV-Betriebsgruppe haben wir einen Antrag aufgestellt, in welchem wir eine Lohnerhöhung fordern und uns gegen eine Lohnpause aussprechen. Bei der Festgeldforderung richteten wir uns nach schon eingereichten Anträgen anderer Gewerkschaftsorganisationen, die, wie sie in der KVZ veröffentlicht wurden, zwischen 120 und 160 DM lagen. Wir einigten uns auf 140 DM. Vom Kreisjugendausschuß wurde der Antrag angenommen. Am nächsten Dienstag sollen zwei Vertreter des Kreisjugendausschusses vor der Delegiertenkonferenz diesen Antrag einreichen. Jedoch fehlen uns für die Argumentation die entsprechenden Zahlen über Preiserhöhung, Inflationsrate, versteckte Steuern usw. Könnt Ihr uns da weiterhelfen und uns entsprechendes Material schicken?

Antwort der Redaktion

Auf Eure Anfrage wegen der Zahlen über Preiserhöhungen, Inflationsrate usw. habe ich einiges Material zusammengestellt. Ich hoffe, daß ihr damit die Festgeldforderung von 140 DM auf der Delegiertenkonferenz besser vertreten könnt.

Preissteigerungen: Im September 1975 lebte ein Vier-Personen-Haushalt, "Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen", 6,3 Prozent teurer als im September 1974. (Frankfurter Rundschau, 10.10.1975)

Die Lebensmittelpreise stiegen im September 1975 im Verhältnis zum Vorjahr um 7,2 Prozent. (Frankfurter Rundschau, 10.10.1975)

Versicherungserhöhung: Die Arbeitslosenversicherung soll ab 1. Januar 1976 um ein Prozent steigen, das heißt für die Arbeiter und Angestellten 0,5 Prozent weniger in der Lohntüte.

Die Krankenkassen haben ihre Beitragssätze erhöht bzw. werden sie erhöhen. Auf der Vertreterversammlung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen in Freiburg wurde mitgeteilt, daß die Beitragssätze der Ortskrankenkassen in der Bundesrepublik im Durchschnitt um 1,12 Prozent in **diesem** Jahr steigen werden. Die Hälfte davon zahlt der Versicherte direkt von seinem Lohn oder Gehalt. (Stuttgarter Zeitung, 13.11.1975) Für das **nächste** Jahr sind schon jetzt Erhöhungen festgelegt worden. So hat die Barmer Ersatzkasse, 3,6 Millionen Mitglieder, den Beitragssatz ab 1. Januar von 10,6 auf 12,1 Prozent erhöht. (Handelsblatt, 14.10.1975)

Die administrierten Preise, durch staatliche Beschlüsse verfügte Erhöhungen, sind im Durchschnitt von August 1974 auf August 1975 um 12,1 Prozent gestiegen. Wasser um 9,9 %, Elektrizität 17,7, Gas 13,4, örtliche Verkehrsmittel 11,8, Bundesbahn 12,7, Postgebühren 6,8 Prozent. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Bremer Bürgermeister, erklärte auf einer Pressekonferenz: "Die Städte werden in Zukunft verstärkt versuchen, ihre eigenen Einnahmequellen voll auszuschöpfen." Der Bremer "Weser Kurier" vom 17.10.1975 schreibt dazu: "Im Klartext heißt das: Den Bürgern stehen Anhebungen der öffentlichen Gebühren und Tarife ins Haus."

Miete: Sie liegt um 7 Prozent höher im Oktober 1975 als im Oktober 1974. (Frankfurter Rundschau, 11.11.1975)

Das Wohngeld für 1,5 Millionen Mieter soll ab jetzt bei Mieterhöhungen unverändert bleiben. Bisher stieg es mit der Mieterhöhung mit.

Mehrwertsteuer: Sie soll ab 1.1.1977 erhöht werden von jetzt 11 auf 13 Prozent. Das kann zwar nicht direkt in die Berechnung für die Lohnforderung mit eingebracht werden, aber dieser Plan macht klar, wohin die Reise weitergehen soll. Die Lohnabhängigen sollen weiter verstärkt geplündert werden.

Wachsende Lohnsteuer bei wachsendem Einkommen: Ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern zahlt bei einem Monatslohn von 1 500 DM nach der Steuertabelle jetzt 10,80 DM Lohnsteuer. Wenn er nun nach Tarifabschluß 140 DM mehr bekäme, müßte er zirka 28 DM mehr Lohnsteuern zahlen. Netto verbleiben ihm dann nur 122 DM mehr. Das bedeutet: Wenn das Bruttoeinkommen um 10 Prozent steigt, steigt das Nettoeinkommen nur um zirka 9 Prozent. Der Unterschied ist mit der Steuerprogression zu erklären. Bei Ledigen verschärft sich die Progression noch.

Ich denke, ihr müßtet ein durchschnittliches Einkommen im öffentlichen Dienst als Beispiel nehmen und dann die Verteuerung der Lebenshaltungskosten mit rund 6 Prozent anrechnen. Dann noch abziehen 0,5 Prozent Arbeitslosenversicherung, ebenfalls mindestens 0,5 Prozent Krankenversicherung und die Steuerprogression mit einem Prozent Unterschied zwischen dem Brutto- und dem Nettolohn annehmen.

Dazu kommen die **Angriffe auf die Lohnbestandteile** der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, z. B. Kürzung des Ortszuschlages bei Ehepaaren, wo beide im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Wegfall des Fahrkostenzuschusses ab einer bestimmten Höhe des Lohnes usw.

Wichtig ist es, klarzustellen, daß die Kollegen in den letzten Monaten immer stärkerem Arbeitsdruck ausgesetzt sind und sie nicht bereit sind, unbezahlte Mehrarbeit dem Dienstherrn zur Verfügung zu stellen. Sie haben kein Interesse daran, sich ins eigene Fleisch zu schneiden und den Preis für ihre Arbeitskraft herunterhandeln zu lassen.

Ein Arbeiter, verheiratet, 2 Kinder, die Frau arbeitet nicht.
Bei brutto 1 500 DM Monatseinkommen:
Anfang 1976 müssen mehr als Anfang 1975 bezahlt werden

Erhöhte Arbeitslosenversicherung	7,50 DM
Erhöhte Krankenversicherung	7,50 DM
Inflation = 6,3 % bei 1 100 DM Verbrauchsausgaben	ca. 70,00 DM
Reallohnminderung	**85,00 DM**

Lohnerhöhung brutto	140,00 DM
Davon Abzüge	
Lohnsteuer	28,00 DM
9 % Rentenversicherung	12,60 DM
6 % Krankenversicherung	6,40 DM
1,5 % Arbeitslosenversicherung	2,10 DM
	51,10 DM
Lohnerhöhung netto:	**140 – 51 = 89 DM**

Herr Richter, muss ich darauf antworten...?

ÖTV-Vorsitzender ging gegen ein ausgeschlossenes Mitglied vors Gericht / Selbst der Richter schüttelte den Kopf

Heidelberg. Am 29. Oktober fand im Heidelberger Amtsgericht ein Prozeß statt wegen Hausfriedensbruch, den der ÖTV-Kreisvorsitzende gegen ein ÖTV-Mitglied angestrengt hatte. Auf der Anklagebank saß der Genosse J. Dohm, gelernter Tischler und Feinmechaniker. Er ist Mitglied des Betriebsrates am Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg und langjähriges Gewerkschaftsmitglied. Im Frühjahr 1975 stellte ihn die Ortsgruppe Heidelberg des KBW als Kandidaten zum Gemeinderat auf.

Wessen Hausfrieden hat der Genosse eigentlich gestört? Seit September 1974 läuft gegen den Genossen ein Ausschlußverfahren aus der ÖTV. Die Betriebsgewerkschaftsgruppe protestierte gegen den Ausschluß beim Hauptvorstand der ÖTV und teilte mit, daß sie nicht bereit ist, auf die Mitarbeit des Kollegen zu verzichten. Dohm wurde von den Kollegen beauftragt, weiterhin seine gewerkschaftlichen Aufgaben wahrzunehmen.

Am 3. April 1975 begab er sich mit drei anderen Kollegen in das Kreisbüro der ÖTV, um dort das für den Betrieb bestimmte Informationsmaterial abzuholen. Der Kreisvorsitzende der ÖTV, Alfred Stein (SPD), forderte den Genossen auf, sofort das Büro zu verlassen. Schnell holte er die Kriminalpolizei. Da aber Dohm nicht zu Gesprächen mit der Polizei gekommen war, verließ er das Büro und ging zu Fuß die Treppe hinunter, während die Kripo mit dem Fahrstuhl hinauffuhr. Stein stellte Strafantrag wegen Hausfriedensbruch.

Für den Nachmittag des 29. Oktober war für die Heidelberger Mitgliedschaft die Kreisverwaltung der ÖTV geschlossen, denn die vier Angestellten mußten samt Stein gegen Dohm vor Gericht auftreten.

Da Steins bisherige Ausschlußpolitik in Heidelberger Betrieben schon viel Unmut erzeugt hatte, fanden sich im Gerichtssaal ÖTV-Mitglieder verschiedener Betriebe ein.

Gehört wurden von dem Gericht nur zwei Zeugen: Stein und eine seiner Sekretärinnen. Das reichte dem Gericht aus, um den Prozeß einzustellen. Fragen von Mitgliedern im Zusammenhang mit dem Ausschluß hatte Stein bisher nicht beantworten wollen. Vor Gericht sah er sich gezwungen zu antworten. Hier ein Ausschnitt:

Richter: Warum haben sie den Angeklagten ausgeschlossen?

Stein: Er hat sich gewerkschaftsschädigend verhalten.

Richter: Wie sieht denn das aus?

Stein: Er hat die Arbeiterzeitung verteilt.

Richter: Und das ist gewerkschaftsschädigend?

Verteidigung des Angeklagten: Kann der Zeuge mal deutlicher beschreiben, was das Gewerkschaftsschädigende an der Arbeiterzeitung ist?

Stein (wird unruhig und wühlt in seinem Diplomatenköfferchen): Eh ja ... Herr Richter, muß ich darauf antworten?

Richter: Sie müssen antworten.

Stein: Diese Organisation ruft dazu auf, den Gewerkschaftsapparat zu zerschlagen.

Verteidigung des Angeklagten: Kann der Zeuge mit einer Publikation des KBW belegen, daß der KBW die Zerschlagung des Gewerkschaftsapparates fordert?

Stein: (schaut in sein Köfferchen ...): Ich kann das nicht belegen. Bin auf diese Frage unvorbereitet. Jedenfalls werden da immer die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre angegriffen ...

Verteidigung des Angeklagten: Das ist auch was anderes. Sie sind nicht der Gewerkschaftsapparat.

Der Richter schlägt die Einstellung des Verfahrens vor. Aber auf Einspruch des Staatsanwaltes wird eine Sekretärin von Stein vernommen. Als sich auch diese Zeugin hoffnungslos in Widersprüche verwickelt, drischt der Richter zornig mit seinem Aktendeckel aufs Pult und "sprach ... aufgebracht von einer aufgebauschten Sache und schlug erneut die Einstellung vor" (Heidelberger Tageblatt, 5. November)

Der Angeklagte, gefragt, ob er der Einstellung des Verfahrens zustimmt, antwortete: Wie ich schon bei der Eröffnung dieses Prozesses sagte, gehören diese Fragen in den Reihen der breiten Mitgliedschaft behandelt. Die Mitgliedschaft kann die Arbeit der Kollegen am besten einschätzen und beurteilen. Erst wenn die Mitgliedschaft auch über die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse selbst entscheiden kann, bin ich sicher, daß ich bald wieder in der Gewerkschaft bin. Da die Gewerkschaftsführung eine Entscheidung durch die Mitgliedschaft ausschloß und das Gericht vorgezogen hat, sah ich mich gezwungen, hier ebenfalls aufzutreten. Ich bin gegen eine weitere Behandlung innergewerkschaftlicher Angelegenheiten vor dem Gericht.

Das Verfahren wurde eingestellt. – (r.)

ÖTV-Beschlüsse

Festgeldforderungen

Göttingen
Auf der Kreisdelegiertenkonferenz schlug der Bezirksvorsitzende Heise aus Hannover vor, die Diskussion um die Forderungen zur Tarifrunde auf die Zeit "nach Kündigung des Tarifvertrages" zu verschieben. Im Gegensatz dazu beschlossen die Delegierten:
– eine Forderung in Mark und Pfennig!
– Beratung und Vorbereitung von Kampfmaßnahmen.
Weiter wurde die Urabstimmung vor dem Tarifabschluß gefordert. Der Kreisvorstand wurde zur Einberufung von Mitgliederversammlungen in den Betrieben und einer Gesamtvertrauensleutekonferenz zur Diskussion und Vereinheitlichung der Tarifforderungen aufgefordert. Mehrheitlich wurde der Antrag zur Abschaffung des besonderen Dienstrechts für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst befürwortet. Außerdem wurde gefordert das Verbot der Überstunden und die Verweigerung von Mehrarbeit.

Mülheim/Ruhr.
Die Mitglieder der ÖTV-Fachgruppe Sozialwesen haben einstimmig die Tarifforderung von 130 DM für alle aufgestellt. Außerdem wurden 300 DM Urlaubsgeld gefordert. Die Fachgruppe faßt den Streik als traditionsreiches Mittel der Gewerkschaftsbewegung zur Durchsetzung dieser berechtigten Forderungen ins Auge, für den Fall, daß Verhandlungen nicht zum Ziel führen.

Bremen
Die ÖTV-Betriebsgruppe der Bremische Evangelischen Kirche forderte in einem Antrag an die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz, eine Festgeldforderung von 150 DM aufzustellen. Die Betriebsgruppe wandte sich einstimmig gegen den Tendenzschutzparagrafen und forderte Schritte, ihn zu Fall zu bringen. Außerdem wandte sich die Betriebsgruppe gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Herne
Die Fachbereichsversammlung Gesundheitswesen der ÖTV – 30 Kollegen anwesend – hat beschlossen, zur Tarifrunde eine Festgeldforderung aufzustellen. Eine Höhe wurde noch nicht beschlossen.

Westberlin
Auf der Bezirkskonferenz der ÖTV Abteilung Sozialarbeit wurden unter anderem folgende Anträge verabschiedet: Die ÖTV soll Festbeträge fordern und durchsetzen, Besetzung der freien Stellen, Abschaffung der politischen Überprüfung, Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Stuttgart
Die ÖTV-Betriebsgruppe und der Vertrauensleutekörper der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Stuttgart, haben für die kommende Tarifauseinandersetzung folgende Forderungen erhoben:
– fristgerechte Kündigung des derzeitigen Tarifvertrags zum 31.1.1976
– die Laufzeit des neuen Tarifvertrags darf 12 Monate nicht übersteigen
– kein Zurückgehen hinter die 40 Stunden Woche
– Tariferhöhung von mindestens 140 DM für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Alle Forderungen wurden am 4.11.1975 auf einer Betriebsversammlung von den anwesenden etwa 60 Kollegen ebenfalls einstimmig verabschiedet. Die Forderungen sollen auf der demnächst stattfindenden Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV eingebracht werden. – (b, Ortsgruppe Stuttgart)

Mannheim
Die Kreisdelegiertenkonferenz wies in einer Resolution die Sparmaßnahmen der Bundesregierung im öffentlichen Dienst zurück. "Diese Politik widerspricht zutiefst den Interessen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und darüberhinaus aller abhängig Arbeitenden in der BRD." Für den 1. Mai wurde eine Demonstration gefordert; die Delegierten lehnten es ab, wie in diesem Jahr nur im Eisstadion zu hocken.

Frankfurt/M.
Die Bereichsdelegiertenkonferenz Länder der ÖTV Hessen am 11. November hat sich für eine Festgeldforderung und gegen eine Prozentforderung ausgesprochen. Der Bezirksvorsitzende der ÖTV Hessen, Wolf, hat sich ebenfalls für eine Festgeldforderung ausgesprochen.

ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Wiesbaden

Wiesbaden
Am 14. Oktober und 10. November wurden von den 200 Delegierten, die 8 255 ÖTV-Mitglieder vertraten, in teilweise heftigen Debatten Anträge verabschiedet, die sich gegen das Sparprogramm der Regierung wenden und sich gegen die Planstellenstreichungen aussprechen:
Keine Planstellenstreichungen, bei denen noch Aufgaben zu erfüllen sind;
Unterlassung von Rationalisierungsmaßnahmen, die zu einer Aufgabenvermehrung bei anderen Mitarbeitern führen;
Wiederbesetzung freiwerdender Stellen ohne Einschränkung und Verzögerung;
Freiwillige Zulagen dürfen nicht abgebaut werden;
Keine Einschränkung von Arbeitsmaterial, wenn dadurch Mehrarbeit entsteht;
Keine Abstriche an der gleitenden Arbeitszeit.

Gegen das Sparprogramm und den Wegfall von sozialen Leistungen wird ein Ausgleich in der Tarifrunde gefordert und nicht nur ein Ausgleich der Inflationsrate verlangt

Keiner von der Dienstaufsicht soll in die Personalräte

Die Kreisdelegiertenkonferenz beschloß in Vorbereitung auf die anstehenden Personalrats- und Betriebsratswahlen, daß "die Gewerkschaft keine Kollegen nominieren solle, die Arbeitgeber- oder ähnliche Funktionen wahrnehmen". Man sieht, der Trennungsstrich zwischen der Masse der Kollegen auf der einen Seite und dem hohen Beamtenpack der Dienstaufsicht auf der anderen Seite wird klarer.

"Ohne Kampfmaßnahmen wird nichts gehen"

Bremen
Die Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Universität Bremen der ÖTV, zu der zirka 80 bis 100 Kollegen gekommen waren, beschloß am 11.11., eine Festgeldforderung für die Tarifrunde aufzustellen. In der Debatte war einhellige Meinung, daß ohne Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderung nur 50 bis 60 DM herauskommen werden. Die Mehrheit der Kollegen war sich noch im unklaren, ob es gerechtfertigt ist, Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der 150 DM-Forderung zu ergreifen. Sie beschlossen, dazu eine Veranstaltung durchzuführen.

Streikrecht für Beamte

Ludwigsburg/Waiblingen. Auf der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Ludwigsburg/Waiblingen wurde unter anderem ein Antrag verabschiedet, der für die Vertrauensleute erweiterten Kündigungsschutz, Bildungsurlaub und Freistellung für gewerkschaftliche Veranstaltungen fordert. Weiter wurde ein Antrag der Beamtenkonferenz zum einheitlichen Dienstrecht im öffentlichen Dienst angenommen. Der Hauptvorstand soll sich dabei für die volle Tarifautonomie der Beamten einsetzen. In der Antragsbegründung wird gefordert: "eine umfassende Reform des Tarif- und Dienstrechtes mit einem uneingeschränkten Koalitions-, Verhandlungs- und Streikrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes."

Lehrer gegen Bespitzelung

Bremen
Zur Personalversammlung der Bremer Lehrer waren über 1 500 erschienen. Anlaß für die Einberufung der Personalversammlung waren das Eisenhauer-Schreiben (vgl. KVZ Nr. 38) und die in großem Umfang laufenden Disziplinierungsmaßnahmen gewesen. In der Rundverfügung 196/7 5V, die unter dem Namen Eisenhauer-Verfügung bekannt ist, werden einzelne Entlassungsgründe aufgeführt (z. B. Teilnahme an Veranstaltungen des KBW) und die Schulleiter aufgefordert, in ihren Bewährungsgutachten auch Auskunft zu geben über die politische Haltung des Kandidaten. Mit überwältigender Mehrheit faßte die Personalversammlung eine Resolution, in der festgestellt wird, daß die Aufforderung zur Bespitzelung sich gegen die gesamte Lehrerschaft richtet und vom Tisch muß. In einem weiteren Antrag, der mehrheitlich verabschiedet wurde, wird gefordert:
– Einstellung aller Disziplinar- und Entlassungsverfahren!
– Einstellung aller Überprüfungen, Bespitzelungen und Ausforschungen von Lehrern in Schule und Gewerkschaft durch den Staat!
– Keine Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit – für öffentliche Diskussion an den Schulen!
– Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst!

Keine Herabstufung der Sozialarbeiter

Die Bundesregierung beabsichtigt den sogenannten "nichttechnischen Dienst" (Sozialarbeiter usw.) auf die Besoldungsstufe A 9, bisher A 10, zurückzustufen. Die Eingangsstufe soll jetzt A 9 sein, die schon in A 10 eingestuft sind, sollen solange keinen Pfennig mehr erhalten, bis die A 9-Stufe die jetzige Gehaltshöhe von A 10 erreicht hat.

Flensburg. Alle 38 Sozialarbeiter der Stadtverwaltung weisen in einer Resolution die "diskriminierende Bewertung der Sozialarbeit empört zurück". Sie fordern die "Gleichstellung mit den Absolventen des Fachbereiches Technik und Ingenieurwesen".

Die ÖTV-Abteilung Sozialarbeit Flensburg verabschiedete die gleiche Resolution

Festgeldforderungen in der Fachgruppe Buchhandel (HBV) beschlossen

Die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel in der Gewerkschaft HBV Stuttgart hat einstimmig beschlossen, zur Tarifrunde, die im Januar verhandelt wird, eine Festgeldforderung zu erheben. Über den endgültigen Betrag konnte keine vollständige Einigkeit erzielt werden. Mitgliederversammlungen in Mannheim/Heidelberg und in Freiburg hatten zwischen 160 und 180 DM gefordert. Die Stuttgarter Kollegen beauftragten die Tarifkommission, nicht unter 160 DM abzuschließen. Der Spielraum zwischen 160 und 180 DM sollte der Tarifkommission bleiben, um sich noch mit den bayrischen Kollegen, mit denen gemeinsam verhandelt wird, abzustimmen.

In die Verhandlungskommission wurden neben dem hauptamtlichen Gewerkschafter, der durch sein Amt Mitglied ist, drei Vertreter gewählt, die von vornherein für die Festgeldforderung eintraten.

Streiks und Demonstrationen der Studierenden des 2. Bildungsweges

1400 demonstrierten zum Ministerium

Wiesbaden. Im Verlauf der beiden bundesweit durchgeführten Streiktage an den Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges gegen die Pläne der Kultusministerkonferenz, die Abendgymnasien und Kollegs auszutrocknen, fand am 12. November eine Demonstration in Wiesbaden statt. In ganz Hessen war dazu aufgerufen worden. Etwa 1 400 Menschen nahmen an der Demonstration zum hessischen Kultusministerium teil. Die Demonstranten forderten:

Keine Änderung der Ausbildung am Zweiten Bildungsweg ohne Zustimmung der Studierenden!
600 DM Existenzminimum BAföG!
Keine Eingliederung in die Gymnasiale Oberstufe!
Weg mit dem KMK-Modell!

Die Studierenden des Zweiten Bildungsweges wehren sich gegen eine Eingliederung nach dem KMK-Modell (Modell der Kultusministerkonferenz), weil sie davon nur eine erneute Zunahme des Leistungsdrucks zu erwarten haben. Durch Einführung von Normbüchern soll ihnen zudem jede Einflußnahme auf den Unterricht unmöglich gemacht werden. Das Modell der Kultusministerkonferenz läuft darauf hinaus, den Zweiten Bildungsweg innerhalb von wenigen Jahren zu liquidieren.

Vor dem Kultusministerium riefen die Demonstranten immer wieder ihre Forderungen. Schließlich wurde ihnen mitgeteilt, der zuständige Sachbearbeiter werde eine Delegation der Demonstranten empfangen. Es stellte sich aber gleich heraus, daß sich die eigentlich zuständigen Herren durch den Hinterausgang verdrückt hatten, während den Demonstranten der Weg ins Kultusministerium durch ein Gitter versperrt worden war. Schließlich wurde unter dem Vorwand einer Bombendrohung das angebotene Gespräch ganz abgeblasen. Die Demonstranten belagerten noch längere Zeit das Ministerium. Der Verkehr in der Gegend wurde teilweise lahmgelegt. Die Polizei traute sich aber nicht einzugreifen. Dann wurde beschlossen, die Demonstration wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückzuführen.

Die Demonstration war eine erfolgreiche Zusammenfassung der Streikaktionen an den hessischen Kollegs und Abendgymnasien.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Aktionen das hessische Kultusministerium veranlaßt haben, im Schulausschuß ein Veto gegen die Einführung des KMK-Modells einzulegen. Damit ist die Durchführung des KMK-Modells jedenfalls aufgeschoben. Das ist ein erster Erfolg der Kampfaktionen.

Der Bundesring der Studierenden des Zweiten Bildungsweges hat am Wochenende festgelegt, wie der Kampf gegen die Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen an den Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges weitergeführt werden soll. Bis zur nächsten Sitzung des KMK-Schulausschusses im Januar 1976 soll ein bundesweiter Streik aller Abendgymnasien und Kollegs in der BRD und eine zentrale Demonstration am Sitzungsort durchgeführt werden. – (Kommunistische Schülergruppe Wiesbaden)

Düsseldorf. In Nordrhein-Westfalen sind vier Kollegs in Düsseldorf, Dortmund, Mettingen und Bielefeld und das Wuppertaler Abendgymnasium am 11. und 12.11. in den Streik getreten. Am ersten Streiktag führten die Düsseldorfer Kollegiaten eine Demonstration zum Kultusministerium durch. Am zweiten Streiktag fuhren 80 Studierende des Riehl-Kollegs in Düsseldorf zu einer Podiumsdiskussion und einer anschließenden Demonstration des Westfalen-Kollegs in Dortmund.

Zur Podiumsdiskussion kamen zirka 800 Schüler, Vertreter der Lehrer am Kolleg, Vertreter der GEW, der SPD und der CDU. Die Parlamentarier erklärten sich aber bald für nicht zuständig oder sie redeten sich damit heraus, daß sie von den Zuständen am Zweiten Bildungsweg nichts wüßten. Unterstützung für die Forderungen der Schüler war bei ihnen nicht zu finden. Die Schüler berieten anschließend, wie weiter zu verfahren sei. Das Kultusministerium hatte sich immer noch nicht zu den Forderungen geäußert. Es wurde deshalb eine Empfehlung an alle Kollegs und Abendgymnasien beschlossen, in den nächsten Tagen auf Vollversammlungen über die Fortsetzung des Streiks zu beschließen.

Aufgrund dieses Antrags sind inzwischen Streikbeschlüsse an den Kollegs in Köln, Dortmund und Düsseldorf beschlossen und durchgeführt worden bzw. dauern noch an. – (j, Düsseldorf)

Hannover. Am 12. November marschierten etwa 300 Schüler der niedersächsischen Kollegs und Schüler des Abendgymnasiums Hannover zum Kultusministerium, um gegen den geplanten Abbau des Zweiten Bildungsweges zu protestieren.



Wiesbaden: Aus ganz Hessen marschierten die Schüler zum Ministerium

Gegen Jugendarbeitslosigkeit

Kongreß des Bundes deutscher Pfadfinder

Roßdorf. Vom 31. Oktober bis 2. November führte der Bund deutscher Pfadfinder, der rund 30 000 Mitglieder hat, einen Kongreß mit dem Thema "Gegen Jugendarbeitslosigkeit und Dequalifizierung" durch. Teilnehmer waren Vertreter der Landesverbände des Bundes deutscher Pfadfinder sowie des Bundes Demokratischer Jugend, dem Dachverband. In einer mehrheitlich angenommenen Resolution legte der Kongreß die Forderungen fest, mit welchen die "Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit und Dequalifizierung" (aus einer Presseerklärung des Bundes deutscher Pfadfinder) weiter fortgesetzt werden soll. Der Bund deutscher Pfadfinder fordert: Weg mit der Stufenausbildung! Für die Übernahme aller Lehrlinge in das Arbeitsverhältnis! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf! Für Existenzlohn!

Gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit wurden folgende Forderungen aufgestellt: Anerkennung arbeitsloser Schulabgänger als Arbeitslose! Arbeitslosengeld in Höhe des Existenzlohns! Einrichtung von Facharbeiterklassen für arbeitslose Schulabgänger!

Diese Forderungen wurden von Mitgliedern des Bundes deutscher Pfadfinder / Bund Demokratischer Jugend auch auf der DGB-Demonstration am 8. November in Dortmund vertreten. Am Schluß der Resolution heißt es: "Die längerfristige Perspektive besteht darin, eine einheitliche, umfassende und qualifizierte Ausbildung für alle zu schaffen: Abschaffung des dualen Systems. Erziehung der Jugend nach dem Prinzip der Verbindung von Unterricht mit produktiver Arbeit und Leibeserziehung."

Am Samstag, dem 15.11., demonstrierten in Heilbronn 500 Menschen gegen die Pläne der Landesregierung, die Fahrtkostenerstattung für viele Schüler (BAföG-Empfänger und alle Berufsschüler) zu streichen und den Eigenanteil an den Fahrtkosten für die übrigen Schüler von 8 DM auf 16 DM zu erhöhen! Vorausgegangen waren erfolgreiche Unterschriftensammlungen unter Eltern, Schülern und Lehrern. In einem Aktionskomitee hatten sich Schülervertreter von sieben Schulen aus Heilbronn und Weinsberg zusammengeschlossen.

Braunschweig: Erneut Demonstrationen gegen Tariferhöhungen

Stadtrat antwortet mit Polizei

Braunschweig. Für die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung und die Ablehnung der Badepreiserhöhung durch den Stadtrat demonstrierten am Samstag erneut 350 Menschen. Um den Herren Stadträten die Forderungen noch einmal deutlich vor Augen zu führen, wurden die Forderungen mit gelber Farbe an das Rathaus und auf den Vorplatz geschrieben.

Am Dienstag, dem 18.11., kamen zu der Ratssitzung, die unerwartet schon morgens begann, etwa 30 Gegner der Tariferhöhung. Die Forderungen wurden dem Stadtrat direkt auf die Tagesordnung gesetzt und seine volksfeindliche Politik angegriffen. Zu ihrer Rechtfertigung brachten die Herren Volksvertreter über eine Stunde lang keinen Ton heraus. Sie gingen auf die Forderungen nicht ein. Sie konnten sich nicht anders aus der Affäre ziehen, als schließlich den Saal mit Polizeigewalt räumen zu lassen.

Am Nachmittag versammelten sich 200, um dem Stadtrat, der immer noch tagte, auf die Pelle zu rücken. Sie wurden von der Polizei am Eingang gehindert, worauf es Rangeleien und großen Protest gab. Aufmerksam verfolgten die Umstehenden die Reden, mit denen die Aktionen für diesen Tag abgeschlossen wurden. Es wurde beschlossen, eine weitere Demonstration vorzubereiten.

Wyhl: „Wenn d' Advokate plädiere, mönne d' Büre bleche"

An der Zusammenfassung des Widerstands der Bauern wird gearbeitet

Emmendingen. Der besetzte Bauplatz in Wyhl ist verlassen. Ein großes Schild steht am Zugang vom Gelände: "Während der Dauer der Verhandlungen bleibt der besetzte Bauplatz verlassen." In Zukunft werden zehn Beobachter der Landesregierung und zehn Beobachter der Bürgerinitiativen den Platz bewachen. Bei den Beobachtern der Landesregierung ist auch ein Vertreter der Kernkraftwerk-Süd, Kerle, die sich in unserer Gegend nicht blicken lassen durften, machen sich jetzt auf dem Platz breit. Auch ein Doktor vom Wirtschaftsministerium ist beobachtet worden. Beim Erörterungstermin in Wyhl hat man diesen Banausen fast ihre Fahrzeuge umgeschmissen. Angehörige der "KKW-Ja" Gruppe veranstalten auf dem Gelände Schießübungen. Das ist unerträglich und eine Provokation der Kaiserstühler Bevölkerung. Wer freut sich darüber? Der Kommentator der "Badischen Zeitung" schreibt: "Aus Gegnern sind Partner geworden." Beide Seiten hätten in einem schmerzhaften Prozeß mühsam gelernt, daß Konfrontation mehr Gefahren in sich birgt als jede andere Alternative. Wenn das Volk für seine Forderungen kämpft, das ist schmerzhaft, meint er. Das gefällt ihm nicht. Darum freut er sich, daß jetzt die Vertreter der Bürgerinitiativen und der Landesregierung am selben Tisch sitzen und man sich "aufeinander zu bewegt". In einem hat er recht. Daß sich die Kleine Verhandlungskommission auf die Landesregierung zu bewegt, das sieht er richtig. Die Mehrheit der Kleinen Verhandlungskommission will das Kernkraftwerk verhindern; ihr Verhandlungsziel ist, die Landesregierung auf die Akzeptierung des Hauptsacheverfahrens festzulegen. Das gefällt der Landesregierung und darum haben die Verhandlungen am Montag letzter Woche auch in einer "sachlichen Atmosphäre" stattgefunden. Zu jedem Artikel bemerkt dieser Schreiberling immer wieder, daß der Konflikt nicht gelöst sei. Niemals werden die Bauern am Kaiserstuhl hinter der Landesregierung. Die Kapitalisten des Badenwerks und die Landesregierung wollen das Kernkraftwerk, weil es mit Hilfe staatlicher Zuschüsse hohe Profite bringt und dazu beiträgt, sich auf dem internationalen Konkurrenzmarkt durchzusetzen. Für die Bauern wäre der Bau ein weiterer Schritt zu ihrer Ruinierung und würde sie noch mehr ins Elend bringen. Das interessiert die Schreiberlinge der Bourgeoisie nicht. Sie sitzen mit ihrem Arsch in ihren Redaktionsstuben und arbeiten nicht 15 Stunden am Tag wie die Bauern am Kaiserstuhl. Als schmerzhaft empfinden sie den Widerstand der Kaiserstühler. Dieses Gesindel freut sich also, daß die Landesregierung ein Stück weitergekommen ist. Das stößt bei den Bauern auf Widerstand. Dieser Widerstand hat sich noch nicht niedergeschlagen in Beschlüssen von Bürgerinitiativen, die der Verschacherung der Interessen der Kaiserstühler entgegentreten. Aber daran wird gearbeitet. Bei der letzten Veranstaltung der Volkshochschule Wyhl über altes Brauchtum am Kaiserstuhl wurden alte Sprüche wie: "Wenn d' Advokate plädiere, mönne d' Büre bleche" auf die heutige Lage gemünzt. Das sei ein einfacher Ausdruck des Mißtrauens, das derzeit am Kaiserstuhl herrscht, schreibt die "Badische Zeitung". Die Kleine Verhandlungskommission wird gleichgesetzt mit Winkeladvokaten, und wenn die die Interessen der Bauern vertreten, müssen die Bauern zahlen, das meint dieser Spruch. Bei einer Versammlung in Kiechlingsbergen wurde gefordert, daß die Verhandlungen am Kaiserstuhl stattfinden. Das ist gut. Man wird die Verhandlungen konfrontieren mit dem Willen der Kaiserstühler.

Die nächsten Verhandlungen sind, wie bekannt wurde, am 24.11. in Emmendingen. Weiterhin hatte die Kleine Verhandlungskommission beschlossen, nicht weiterzuverhandeln, wenn nicht innerhalb von 14 Tagen sämtliche Zivil- und Strafverfahren zurückgezogen würden. Das zeigt, daß die Verhandlungskommission in Bedrängnis kommt. Aber so wie es aussieht, hat sie das bei den Verhandlungen am Montag letzter Woche wieder vergessen, denn davon war nichts mehr zu hören. Pfarrer Richter, federführendes Mitglied der Kleinen Verhandlungskommission, äußerte: "Der psychologische Streß ist manchmal unerträglich!" So ist das, wenn man den Kniefall vor der Landesregierung vorbereitet und solche Sprüche macht wie "Lieber tot als rot" und gleichzeitig alles verkaufen muß als im Interesse des Volkes. Das ist Streß – davon kann man den Pfarrer erlösen. In einer Bürgerinitiative wurde diskutiert, daß zur nächsten Sitzung der Bürgerinitiativen eine Erklärung vorbereitet wird, die Verhandlungen mit dem Ziel, sich dem Hauptsacheverfahren zu unterwerfen, ablehnt. Mit jedem weiteren Schritt der Landesregierung und der Kleinen Verhandlungskommission wird am Kaiserstuhl die Einsicht wachsen, daß der eingeschlagene Weg in die Sackgasse führt. Das klarzumachen ist gegenwärtig von entscheidender Bedeutung. – (r, Emmendingen)

Kernkraftwerkskapitalisten bedienen sich der Pfaffen

In Borken/Nordhessen plant die Landesregierung, das dortige große Kraftwerk (Braunkohle als Grundlage, die aber in zehn, zwanzig Jahren erschöpft sein wird) durch ein Kernkraftwerk zu ersetzen. Um das gegen die Bevölkerung durchzusetzen, wird sich der Kirche bedient: In der evangelischen Akademie Hofgeismar wurde eine Reihe von höheren kirchlichen Funktionären zusammengerufen (Dekane, Pröpste) und von ausgewählten Fachleuten aus der Industrie auf die Aufgabe vorbereitet, die Gegner des geplanten Kernkraftwerks zu bekämpfen und das Kernkraftwerk selbst aktiv zu propagieren. Dabei sagten die Vertreter der Industrie ganz offen, daß sie sich der Kirche und ihrer Funktionäre als "Multiplikatoren" bedienten – die Kontakte und der Einfluß der Kirche im Volk werden also dazu benutzt, das Volk von der Durchsetzung seiner eigenen Interessen abzuhalten.

Nachdem diese kirchlichen Funktionäre also vorbereitet waren (nach dem Motto: Es gibt überhaupt nichts Besseres und Sichereres, als direkt neben einem Kernkraftwerk zu wohnen!), sollen sie jetzt die ihnen untergeordneten Pfarrer auf ihren Kirchenkreisversammlungen in gleicher Weise anleiten und dafür sorgen, daß die Pfarrer sich auch entsprechend verhalten. – (w, Westberlin)

25 Tage Haft wegen Parole gegen § 218

Frankfurt: "Wenn noch einmal gepiepst wird, lasse ich den Saal räumen!", so Richter Schwalbe am dritten Verhandlungstag gegen einen Gegner des § 218, der Parolen gegen diesen Schandparagrafen gemalt hatte. (Siehe auch KVZ Nr. 44 und 45)

Die Verhandlung fand wiederum in einem viel zu kleinen Saal statt, etwa die Hälfte derer, die zuhören wollten, wurde nicht zugelassen.

Als wir eingelassen werden, dürfen wir immer nur zu zweit die enge Treppe des Gerichtssaals hochsteigen. Oben angekommen, werden wir wie Schwerverbrecher durchsucht. Taschen und Plastikbeutel werden uns ebenso wie Regenschirme abgenommen. Wir müssen Mantel und Jacken aufknöpfen, werden am Oberkörper und zwischen den Beinen abgetastet.

Als Richter Schwalbe erscheint, stehen wir nicht auf und fordern einen größeren Saal (der Saal faßt etwa 40 Menschen, draußen stehen noch einmal so viele). Schwalbe droht sofort, den Saal räumen zu lassen, wenn wir nicht aufstehen, um dem "Hohen Gericht" unsere Ehrerbietung zu erweisen. Wir stehen auf und verbeugen uns ironisch vor diesem Herrn.

Eine Frau ist sitzen geblieben, Richter Schwalbe will aber "Ordnung", er fordert die "desinteressierte Dame" auf, doch noch einmal aufzustehen. Großer Protest im Saal. "Wir sind doch nicht die Sklaven dieses Herrn!" Es gibt Pfiffe, Rufe nach einem größeren Saal. Parolen gegen den § 218 werden gerufen. Durch das Fenster hört man die Sprechchöre von denen, die draußen stehen.

Als der Protest anhält, beantragt Staatsanwalt Romini den Ausschluß der Öffentlichkeit. Darauf hat Schwalbe nur gewartet. Er ordnet an, daß wir den Saal zu räumen hätten. Als er sieht, daß wir nicht freiwillig gehen, läßt er die vor dem Saal postierten 20 Polizisten einmarschieren und uns "räumen". Nach der Räumung weigern sich der Angeklagte und die Verteidiger, in der Beweisaufnahme fortzufahren. Richter Schwalbe und Staatsanwalt Romini würden sowieso nicht hinhören und nur daran festhalten, daß der Angeklagte zu verurteilen sei. Der Staatsanwalt beantragt darauf eine Strafe von 25 Tagen Haft, ersatzweise Zahlung von 500 DM. Schwalbe übernahm das und fällte dementsprechend das Urteil.

Mitglieder des Komitees gegen den § 218 verteilten kurz darauf ein Flugblatt auf der Zeil gegen die Verfolgung von Gegnern des § 218 durch die bürgerliche Justiz. – (n, Frankfurt/M.)

Gegen § 218

Wiesbaden. Am 14. Oktober tagte die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Wiesbaden, an der etwa 100 Delegierte aus allen Betrieben und Verwaltungen der öffentlichen Dienste im Kreis Wiesbaden teilnahmen. Auf dieser Konferenz lag eine Entschließung der ÖTV-Betriebsgruppe Sozialamt gegen den § 218 als Antrag vor. Diese Entschließung war außerdem vom Vorstand der Betriebsgruppe im Hessischen Landesvermessungsamt unterstützt und ebenfalls als Antrag an die Konferenz gestellt worden. Die Entschließung der Betriebsgruppe Sozialamt wurde bis auf einige Enthaltungen ohne Gegenstimmen verabschiedet. Darin heißt es:

"In einer Stellungnahme hat der DGB-Bundesausschuß (nachzulesen im ÖTV-Magazin Nr. 4/1975) das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 kritisiert, aber als unabänderlich hingenommen.

Diese Stellungnahme entspricht nicht den Interessen der organisierten Mitglieder.

Wir fordern die ersatzlose Streichung. Die Entscheidung über den § 218 darf nicht einigen hochbezahlten Richtern überlassen werden, vielmehr muß das Volk selber entscheiden.

Dieser Forderung muß massenhaft Nachdruck verliehen werden. Wir begrüßen und unterstützen deshalb die zur Zeit laufende Unterschriftensammlung ...

Der DGB-Kreisvorstand wird aufgefordert, zum § 218 eine Veranstaltung durchzuführen."

In der Begründung heißt es: "... Der § 218 richtet sich eindeutig gegen die werktätige Bevölkerung, die nur aufgrund der immer schlechteren sozialen Situation zur Abtreibung gezwungen wird. Daß soviel Frauen abtreiben, ist schon schlimm genug. Gänzlich unerträglich ist jedoch, daß diese Frauen durch den § 218 zu Kriminellen gestempelt werden.

Die Gewerkschaften als größte Interessenvertretung der betroffenen Bevölkerungsschichten müssen sich gegen diesen Schandparagrafen und gegen dieses Urteil stellen, müssen die Forderung nach ersatzloser Streichung erheben und in diesen Kampf organisierend eingreifen." – (j./g., Wiesbaden)

Göttingen. Am 10. November verabschiedeten auf der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Göttingen etwa 100 Delegierte bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen eine Resolution, in der die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird. Darin heißt es u.a.: "Der neuerliche Regierungsentwurf, der – auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil verpflichtet – keine Liberalisierung bringen kann und die alten Verhältnisse in verfeinerter Form festschreibt, wird von allen fortschrittlichen Gewerkschaftern zurückgewiesen: Die Kreisdelegiertenkonferenz weist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den Reformentwurf der SPD/FDP-Regierung zurück. (...) Das Bundesverfassungsgericht gibt vor, 'im Namen des Volkes' zu sprechen. Was das Volk tatsächlich will und braucht, ist lange vor dem Bundesverfassungsgerichtsurteil klar gewesen. Es braucht offensichtlich ... das Recht auf Abtreibung. (...) Wer die Forderung nach Abschaffung des § 218 aufrechterhalten will, muß also notgedrungen über die Grenzen dessen, was für verfassungsgemäß erklärt wurde, hinausdenken und -handeln: Wenn dem Volkswillen in der Frage des § 218 doch noch zum Durchbruch verholfen werden soll, muß dafür gesorgt werden, daß das Volk selbst sein Urteil fällt. Die Kreisdelegiertenkonferenz tritt ein für einen Volksentscheid gegen den § 218."

Westberlin. Auf der Bezirkskonferenz der ÖTV, Abteilung Sozialarbeit, wurde am 6. November von 96 anwesenden Vertrauensleuten mit übergroßer Mehrheit die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 beschlossen. Der Antrag der SEW-Vertrauensleute auf Fristenlösung erlitt eine klare Niederlage, er konnte nicht einmal alle SEW-Mitglieder auf sich vereinigen.

Bremen. Die Betriebsgruppe Bremische Evangelische Kirche hat einen Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz ÖTV-Kreisverwaltung Bremen beschlossen, in dem ein Volksentscheid gegen den § 218 gefordert wird.

Heidelberg. Die Mitgliederversammlung der ÖTV, Hochschulfreie Forschung, hat in einem Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz die ersatzlose Streichung des § 218 und einen Volksentscheid gegen den § 218 gefordert.

Westberlin. Am 11. November hat die Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Westberlin eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt: "Die Fachgruppe lehnt die Vorlage der Regierungsparteien ebenso wie die Vorlage der CDU/CSU-Opposition als unannehmbar ab. Sie fordert die ersatzlose Streichung dieses Paragrafen. (...)

Solange die sozialen Verhältnisse zur Abtreibung in vielen Fällen zwingen, ist das Recht auf Abtreibung notwendig.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil diese Verhältnisse zementiert und bestreitet "im Namen des Volkes" dem Volk das Recht auf Abtreibung. Dagegen muß das Volk seinen Willen unmittelbar zur Geltung bringen, um das Paragrafen zu Fall zu bringen. Den DGB-Gewerkschaften kommt dabei eine zentrale Rolle zu, denn der § 218 trifft vorwiegend die arbeitende Bevölkerung. Die Angehörigen der Reichen und Besitzenden hatten schon immer die Möglichkeit, sich diesem Paragrafen bequem zu entziehen."

Oberursel. Die Schülermitverwaltung der Feldbergschule (1 300 Schüler) Oberursel hat bei der ersten Sitzung im neuen Schuljahr eine Resolution beschlossen, in der die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterstützt werden.



"So sollten wir, Hohes Gericht, berücksichtigen, daß meiner Mandantin jegliche Einsicht in die Schuldhaftigkeit ihres Tuns fehlte, sie auch den Abortus fast nicht überlebt hätte; ich plädiere für sechs Monate. Die Kinder sind in ein Heim einzuweisen."

Interview mit Frau S., Mutter von 11 Kindern in Offenburg

„Um unsere Würde schert sich der Staat doch einen Dreck!"

Wieviel Geld habt ihr im Monat zur Verfügung?

Monatlich haben wir etwa 1 100 DM für 13 Personen. Alle zwei Monate bekommen wir 2 400 DM Kindergeld für die elf Kinder. Die Wohnung kostet 394 DM. Wir zahlen selbst 145,70 DM, der Rest kommt vom Wohngeld. Dies gilt aber nur bis einschließlich Oktober, dann wird es wieder neu festgesetzt. Das dauert, dann bis Januar 1976. Bis dort müssen wir die ganze Miete zahlen. Dies bedeutet für die nächsten drei Monate 750 DM mehr allein für Miete. Und das in der Zeit um Weihnachten. Die Wohnung sieht schlimm aus. Im Winter rinnt das Wasser an den Wänden runter. Die Wohnung ist durch und durch feucht. Man kann heizen, wie man will, es bleibt kalt. Alle Tapeten sind nach kurzer Zeit kaputt. Nur eine teure Isolierung könnte was helfen, aber das können wir uns nicht leisten und die Wohnbaugesellschaft gibt uns dazu nur wenig. Die Öfen, die wir gestellt bekommen, sind auch nichts wert, so daß es im Winter immer kalt und feucht ist.

Die Wohnung hat vier Zimmer, eine Küche, ein Bad und eine Toilette. Dann haben wir neben der Wohnung noch ein Zimmer mit Kochnische und Bad. Insgesamt stehen uns 97 qm zur Verfügung für 13 Personen! Alles spielt sich im Wohnzimmer ab. Spielen, Hausaufgaben machen, essen, im Winter, wenn die Kinder nicht raus können und nur der Wohnzimmerofen funktioniert, dreht man schier durch. 16 Quadratmeter für zehn bis zwölf Personen!

Neben der Miete brauch ich im Monat etwa 800 DM für Lebensmittel. Da ist aber kein Obst, keine Kartoffeln und kein Gemüse dabei. Für diese Sachen brauch ich jeden zweiten Monat 240 DM. Strom zahl ich mindestens jeden zweiten Monat 185 DM. Dann kommt noch Müll alle halbe Jahre mit 35 DM dazu. Für Eier brauch ich alle zwei Monate 150 DM. Wenn ich nur das Notwendigste kauf, brauch ich alle zwei Monate 800 DM für Kleidung für die Kinder.

Schuhmaterial kostet mich im Monat bestimmt 50 DM. Am Schulanfang hab ich 120 DM hinlegen müssen. Außerdem kommt noch 100 DM Rate jeden Monat für Möbel ab. Bei elf Kindern geht schnell mal was kaputt.

Fahrkosten hab ich keine, weil wir es uns nicht leisten können. Die Kinder müssen den weiten Schulweg laufen. Höchstens bei schlechtem Wetter laß ich sie mal fahren. Nur die zwei Kinder, die in die Lebenshilfe gehen, brauchen fürs Fahren nichts zu zahlen.

Wo arbeitet dein Mann?

Mein Mann ist Arbeiter bei einer Spedition. Letztes Jahr hatten sie Kurzarbeit zwischen Weihnachten und Neujahr; sie haben 14 Tage nicht geschafft. Jetzt sollen sie laufend Überstunden machen für den gleichen Stundenlohn. Es sind 25 bis 30 Arbeiter bei der Spedition.

In welcher Form beteiligt sich dein Mann an der Haushalts- und Kinderversorgung?

Neben der Arbeit hilft er mir viel. Er sorgt für die Kinder, putzt und kocht, damit ich auch mal ein paar freie Minuten hab und zum Beispiel ins Komitee gegen den § 218 gehen kann. Da freu ich mich schon die ganze Woche drauf. Er muß halt viel schaffen, pro Tag elf Stunden, und trotzdem hilft er mir.

Welche Schule besuchen deine Kinder?

Acht Kinder gehen in die Schule, davon sechs in die Sonderschule für Lernbehinderte und zwei in die Sonderschule für Bildungsschwache.

Haben deine Kinder Schwierigkeiten in der Schule? Worauf führst du sie zurück?

Na ja, sonst wären sie kaum in der Sonderschule. Jetzt habe ich hauptsächlich bei ein paar Sorgen, weil sie öfters schwänzen.

Das ist ja auch kein Wunder, die Wohnung ist zu eng, die Kinder können nicht in Ruhe arbeiten, mein Mann und ich haben soviel Arbeit am Hals, daß wir uns nicht so um die Kinder kümmern können, wie wir es für richtig halten. Dann langt das Geld hinten und vorne nicht, ich kann den Kindern kein Lernmaterial und Bücher kaufen. Den Kindern fehlt zum Beispiel Vitamin. Das Obst ist aber viel zu teuer, bei unseren Mengen sowieso. Dann müssen vor allem die älteren Kinder viel mitarbeiten, daß sie wenig Zeit für die Schule haben. Das, was sie dort lernen, interessiert sie oft nicht, weil sie ganz andere Sachen im Kopf haben müssen, Außerdem ist für viele Lehrer an den Grundschulen sowieso klar, wenn ein Kind aus der Stegermatt kommt, ist es reif für die Sonderschule. Niemand kümmert sich drum, wie die Kinder aufwachsen.

Die letzte Zeit habe ich Schwierigkeiten mit dem Rektor, weil ich samstags ab und zu meine älteste Tochter zu Hause lassen muß, damit sie mit mir einkaufen geht. Ich muß samstags einkaufen, weil mein Mann erst Freitag Abend Geld kriegt. Der Rektor will mir einen Bußgeldbescheid schicken, wenn ich weiter samstags Kinder fürs Einkaufen zu Hause lasse. Die kümmern sich einen Dreck drum; wenn ich denen sein Gehalt hätte, bräucht ich ja auch nicht erst samstags einkaufen gehen. Ich laß die Kinder ja nicht aus Spaß zu Hause, sondern weil es sein muß, aber das verstehen diese Herren natürlich nicht.

Besuchen deine Kinder einen Kindergarten?

Nein, die zwei Jüngsten sind noch zu klein, und die Vierjährige will nicht.

Meinst du, daß der Staat genug für die Kinder und Jugendlichen tut, was ihre Ausbildung und Freizeit anbelangt?

Der Staat macht viel zu wenig. Die Kindergärten sind zum Beispiel viel zu teuer. Im Stegermatt kostet es monatlich 40 DM und 2 DM Spielgeld. Auch die Schule ist eine teure Sache. Mit Ach und Krach habe ich das Essen für die zwei, die in die Lebenshilfe gehen, bezahlt bekommen. Die vielen Hefte und was sonst noch anfällt, wie Lineal, Zirkel, Farben, das kostet einen Haufen Geld.

Die Kinder sind oft nur im Bett und sind still. Das ist nicht gut für das kindliche Wesen. Im ersten Jahr sollten die Kinder nicht viel von der Mutter getrennt sein. Das ist halt das Problem. Viele Frauen müssen arbeiten und die Kinder kriegen einen seelischen Schaden. Ich habe deswegen keines hergegeben. Sicher wirkt sich sowas später aus.

Die Familien müßten, wenn das Kind klein ist, soviel Geld bekommen, daß die Frauen nicht arbeiten müßten. Andererseits ist es gut, wenn die Frauen arbeiten und nicht nur zu Hause kochen und nur auf Kinder und Haushalt beschränkt sind. Man wird ja richtig blöde. So wie es in China ist, finde ich es gut. Die Frauen müssen aus dem engen Hausleben raus. Ich gehe deswegen auch gerne ins Komitee, da hört man wieder andere Sachen und verblödet nicht.

Habt ihr mit dem Sozialamt zu tun gehabt?

Ja, mit denen muß man öfters mal deutsch sprechen. Vor ein paar Jahren habe ich mal ganz groß Krach geschlagen. Der Mann war arbeitslos, kurz vor Weihnachten. Da hatte ich sieben Kinder. Deshalb ging ich aufs Sozialamt, um die Weihnachtshilfe zu holen, weil ich nicht mal was zu essen hatte. Ich war aber schon auf dem Sozialamt wollten mir nichts geben. Sie schickten mich von einer Stelle zur anderen. Angeblich wäre das Geld von mir in Karlsruhe. Da hatte ich die Nase voll. Ich holte alle Kinder und belagerte das Büro. Sie versuchten, mich zu beruhigen und versprachen mir das Geld für den nächsten Tag. Ich war aber schon auf hundert und schimpfte sie alle zusammen. Je mehr die mich beruhigen wollten, je mehr kam ich in Fahrt. Eine von denen schickte die Kinder rum, ich sprang ihr beinahe ins Gesicht. Die Kinder schrieen, daß sie Hunger hätten. Es war ein Mordszirkus. Sie drohten mit der Polizei, es half ihnen aber nichts. Der eine gab mir zwei Päckchen Haferflocken – ich solle heimgehen und sie den Kindern kochen. Na, die Haferflocken lagen dann auf seinem Boden, mit der Bemerkung, er solle sie doch selbst zu essen. Schließlich bekam ich das Geld. 220 DM für neun Personen!

Wir bekommen nur Mietbeihilfe und einmalig im Jahr Beihilfe fürs Brennmaterial. Dafür muß man aber mehr laufen, als recht ist. Die Bescheinigung, die Bescheinigung, als wenn man nichts Besseres zu tun hätte.

Warum bist du gegen den § 218 und im Komitee gegen den § 218?

Ich brauch bloß meine Kinder ansehen und meine Nerven. Den Kindern kann ich nur das Nötigste geben. Ich muß schauen, daß ich mit 200 DM die elf Kinder überhaupt satt bekomme. Wen kümmert's denn, was aus meinen Kindern wird, wer schert sich um deren Würde jetzt und später oder um meine Würde? Die so groß für den Paragraf sind, die sollen mal eine Woche unter den Bedingungen leben wie meine Kinder. Da verging ihnen ihr Geschwätz! Wir brauchen diesen § 218 auch nicht. Die sollen uns grundsätzlich uns schikanieren und unter Druck setzen. Wir brauchen keinen Staat, der in unsere Angelegenheiten reinspricht. Wir wissen selbst, was wir brauchen und können. Wir sind doch nicht schuld an den Verhältnissen, die uns zwingen, ein Kind abzutreiben. Unter anderen Bedingungen hätte ich auch zwanzig Kinder. Damit der § 218 verschwindet, arbeite ich im Komitee und kämpfe für seine Forderungen. – (s, Offenburg)

Die Reaktion fürchtet den Zusammenschluss der Studenten

Die Studenten treffen Vorbereitungen für die Aktionstage vom 1. bis 3. Dezember

An den westdeutschen Hochschulen werden gegenwärtig Aktionstage gegen die politische Entrechtung und Verschlechterung der Studienbedingungen vorbereitet, zu denen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) die Studenten für Ende November und Anfang Dezember aufgerufen haben. Mit Aktionen und Streiks wollen die Studenten an den Hochschulen protestieren gegen Haushaltskürzungen für die Ausbildung an den Hochschulen und die Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen, die für die Masse der Studenten unerträgliche Ausbildungsverhältnisse und wachsende Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat bedeuten.

Gegenüber den Kürzungen der Stipendien durch die Regierung fordern die Studenten kostendeckende Ausbildungsförderung, denn für die Masse der Studenten ist der Unterhalt nicht durch begüterte Eltern gesichert. Angesichts wachsender politischer Entrechtung an den Hochschulen treten die Studenten ein für freie politische Betätigung an den Hochschulen und für die gesetzliche Anerkennung ihrer Vertretungskörperschaften.

Die bürgerliche Staatsmacht bestreitet den Studenten all diese elementaren politischen Forderungen und Rechte und will nicht zulassen, daß sich unter den Studenten neuerlich eine Bewegung herausbildet gegen die staatlich verordneten Bedingungen und Zwecke der Ausbildung an den Hochschulen. Um die Herausbildung dieser selbständigen Bewegung in der Studentenschaft gegen den bürgerlichen Staat zu unterdrücken, ist die Reaktion zu allem bereit. Insbesondere richtet sich ihr Vorgehen gegen die Vertretungsorgane der Studenten. In Marburg zum Beispiel wurde die gewählte Vertretung der Studenten des Amtes enthoben durch den Rektor und ersetzt durch einen Staatskommissar. An der Kieler Universität wurde eine Vollversammlung – einberufen zur Beratung über Vorbereitung und Durchführung der Aktionstage und über den Kampf gegen den § 218 – vom Präsidenten der Universität verboten. An der Heidelberger Universität hat der Rektor den Streik, für den die Studenten gegenwärtig eine Urabstimmung durchführen, für illegal und verfassungswidrig erklärt.

Solche und ähnliche Maßnahmen finden sich gegenwärtig an fast allen Hochschulen. Der bürgerlichen Klasse geht es darum, die Studentenmassen den vom Staat diktierten Bedingungen des Studiums zu unterwerfen. Zum Ergebnis hat dieses Umsichschlagen der bürgerlichen Reaktion an den Hochschulen indessen das gerade Gegenteil: Die Studentenmassen geben nicht klein bei und fügen sich dem Diktat des bürgerlichen Staates, sondern nehmen den Kampf auf für ihre politischen Rechte und die Durchsetzung ihrer Forderungen. 2 500 Unterschriften für Urabstimmung und Streik in der vergangenen Woche an der Heidelberger Hochschule bewirkten bereits, daß der Rektor eine Beratung von über 700 Studenten über den Fortgang des Kampfes hinnehmen mußte, nachdem er vorher mehrere solcher Versammlungen verbieten und von Polizei verhindern ließ. Genausowenig unternehmen konnte er gegen den Beginn der Urabstimmung in dieser Woche. Rund 2 000 Studenten an der Marburger Hochschule führten eine vom Rektor verbotene Veranstaltung zum politischen Mandat in der vergangenen Woche durch und beantworteten die Drohung des Rektors, die Universität zu schließen, mit Gelächter.

Die Studentenmassen lernen in diesen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht: ihre Stärke besteht im Zusammenschluß und im organisierten Vorgehen gegen den bürgerlichen Staat. Der bürgerliche Staat und die Reaktionäre an der Hochschule fürchten diesen Zusammenschluß und bekämpfen ihn.

Vor der Alternative, entweder sich offen zu ihren Parteifreunden in den Regierungen und Kultusbehörden zu bekennen oder den Kampf der Studenten gegen ihre politische Entrechtung und die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen zu unterstützen, sind die Jungsozialisten an den Hochschulen in große Schwierigkeiten geraten. Zunächst haben sie versucht, dieser Alternative auszuweichen durch Verhinderung einer einheitlich durch die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) an allen Hochschulen geführten Kampfaktion. Dazu hat ihnen die Mehrheit genügt, die sie zusammen mit den DKP-Revisionisten im Zentralrat und dem Vorstand des Studentenverbandes gegenwärtig haben. Jetzt wehren sie sich mit Händen und Füßen gegen Beschlüsse an den Hochschulen zu Streiks oder entsprechend wirksamen Kampfaktionen, die geeignet sind, den Forderungen der Studenten Geltung zu verschaffen und ihren Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat zu befördern. Als Ergebnis der Aktionstage schweben ihnen offenbar bloß ein paar große Worte an den Hochschulen vor, zu wenig und ohne Folgen für die Durchsetzung der Forderungen, aber ausreichend, damit sich die Unzufriedenheit der Studenten entladen kann, ohne die Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. Nach dieser Rechnung versprechen sie sich die Schonung ihrer Parteifreunde in der Regierung und in den Kultusbehörden und hoffen, an den Hochschulen ohne Gesichtsverlust über die Runden zu kommen.

Aber diese Rechnung geht nicht auf. An vielen Hochschulen bereits sind in der Vorbereitung der Aktionstage Beschlüsse für Streikaktionen und für Demonstrationen gefaßt. Dies ist ein Fortschritt im Kampf der Studenten und Voraussetzung für die Durchführung der Aktionen, die erforderlich sind im Kampf für die Durchsetzung der erhobenen Forderungen und um den Zusammenschluß der Studenten zu stärken. Dies ist die richtige Antwort auf den Versuch der bürgerlichen Staatsmacht, mit dem Polizeistiefel die selbständige Bewegung der Studenten in ihrem Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu zertreten und die richtige Konsequenz gegenüber den falschen Ratschlägen der bürgerlichen Politiker in der Studentenschaft. – (hj)

Zur Vorbereitung der VDS-Aktionstage:

Beschlüße zu Urabstimmungen und Streiks

Baden-Württemberg

Karlsruhe. Nachdem die Landesastenkonferenz von Baden-Württemberg bereits am 22.10. einen Beschluß über die Durchführung von Streik- und Aktionstagen vom 1. bis 3.12. gefaßt hatte, lädt jetzt das Zentrale Aktionskomitee für den 25.11. zu einer erneuten Landesastenkonferenz nach Stuttgart ein. Dort soll über die Durchführung einer zentralen Demonstration am 3. Dezember in Stuttgart als Höhepunkt der Streik- und Aktionstage in Baden-Württemberg entschieden werden.

600 Studenten haben auf einer Vollversammlung am 17.10. eine Unterschriftensammlung für einen Streik am 2. und 3.12. beschlossen. Der Streik soll unter folgenden Forderungen durchgeführt werden: Keine Verschlechterung der Studien- und Prüfungsbedingungen! Keine Einführung von Regelstudienzeiten! Für kostendeckendes BAFöG, d. h. heute 600 DM Höchstförderungsbetrag und 1 200 DM Elternfreibetrag! Streichung der Darlehensregelung! Einbeziehung aller ausländischen Kommilitonen in die BAFöG-Regelung! Weg mit den Ersatzgeldern! Keine Landesgebührenordnung! Für den Erhalt der verfaßten Studentenschaft mit dem Recht zur umfassenden studienmäßigen, sozialen und politischen Interessenvertretung. Der RCDS-SLH-AStA in Karlsruhe mußte eine volle Niederlage einstecken bei seinen Versuchen, den Streik abzuwiegeln.

Das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe hat eine Vollversammlung der Studenten einberufen auf den 26.11. Dort soll ein Beschluß gefaßt werden über einen Streik vom 1. bis 3.12.

Freiburg. Wie bereits in der KVZ gemeldet, wurde an der Freiburger Universität ein Streik gegen die Verschlechterung der Studien- und Lebensbedingungen und gegen die zunehmende politische Entrechtung beschlossen. Am Dienstag, dem 18.11., fand erneut eine Uni-Vollversammlung statt, auf der die Forderungen des Streiks festgelegt wurden. Am Donnerstag wird die Urabstimmung beginnen. Der Streik selber soll vom 1. bis 3.12. durchgeführt werden. Unter anderem heißt es in dem Beschluß: "Gegen die politische Disziplinierung, Beschnüffelung, Einschüchterung, gegen die Versuche, die Organe der verfaßten Studentenschaft zu entmündigen, fordern wir: Sofortige Einstellung aller Bespitzelungsverfahren, Rücknahme der politischen Entlassungen, weg mit dem Ministerpräsidentenbeschluß! Weg mit dem Schieß-Erlaß! Für das uneingeschränkte politische Mandat der Organe der verfaßten Studentenschaft bei voller Satzungs- und Finanzhoheit!"

tenbeschluß! Weg mit dem Schieß-Erlaß! Für das uneingeschränkte politische Mandat der Organe der verfaßten Studentenschaft bei voller Satzungs- und Finanzhoheit!"

Stuttgart. Auf Initiative der Fachschaften Elektrotechnik und Maschinenbau hat die Fachschaftsvertreteterversammlung den Juso-AStA aufgefordert, endlich eine Urabstimmung über den Streikbeschluß der Landesastenkonferenz durchzuführen und mit der Mobilisierung zu beginnen. Der AStA hat das abgelehnt. Die Fachschaften haben jetzt eine Unterschriftenaktion eingeleitet, um den AStA zur Durchführung der Urabstimmung zu zwingen.

Mannheim. Die Vollversammlung der Universität Mannheim hat in einer Resolution den AStA aufgefordert, eine Urabstimmung über den Streik vom 1. bis 3.12. durchzuführen.

Hessen

Darmstadt. An der Evangelischen Fachhochschule hat der AStA für den 25. bis 28.11. eine Urabstimmung über die VDS-Aktionstage beschlossen.

Gießen. 600 Studenten kamen zu einer Veranstaltung "Wohnen in Gießen", deren Durchführung der Universitätspräsident Heimberg dem AStA verboten hatte. Der Grund: Es sei zu befürchten, daß der AStA Diskussionen zulassen würde über die Verhinderung der Räumung eines Universitätsgebäudes, das jetzt von Studenten bewohnt wird. Der Juso-AStA wurde von den Versammelten aufgefordert, die von ihm erst auf den 4. Dezember (!) angesetzte nächste Vollversammlung auf Ende November vorzuverlegen, damit sowohl die Kampfmaßnahmen gegen die Räumung des Gebäudes als auch insbesondere über die Durchführung der zentralen Aktionstage rechtzeitig beraten und beschlossen werden kann. Der AStA legte daraufhin den 26.11. als Termin fest.

Nordrhein-Westfalen

Die Landesastenkonferenz in Nordrhein-Westfalen hat den Aufruf der VDS begrüßt und die Durchführung von Streik- und Aktionstagen zwischen dem 1. und 3.12. empfohlen. Vorher sollen Urabstimmungen durchgeführt werden. Die Konferenz empfiehlt außerdem die Durchführung mehrerer regionaler Demonstrationen.

Köln. Die Studentenversammlung der Medizinischen Fakultät hat am 12.11. mit über 350 Teilnehmern den Vorschlag der VDS und der Landesastenkonferenz begrüßt, vom 1. bis 3.12. Aktionstage mit Streiks und Demonstrationen durchzuführen. Zur Vorbereitung wird eine Urabstimmung empfohlen. Beschlossen wurden unter anderem die Forderungen: Weg mit dem Anti-Streik-Paragrafen! Keine Änderung der Studien- und Prüfungsordnung ohne Zustimmung der verfaßten Studentenschaft!

An der Fachhochschule stimmten in einer Urabstimmung (Beteiligung 53 %) 95 % für die gesetzliche Anerkennung der verfaßten Studentenschaft, 94 % für die Verabschiedung der neuen Satzung und 87 % für die Durchführung eines dreitägigen Streiks unter den Forderungen der VDS.

Bremen

Bremen. Die Konferenz Bremer ASten hat einen Streik aller Bremer Hochschulen vom 2. bis zum 4. Dezember vorgeschlagen. Am letzten Streiktag soll eine Demonstration stattfinden. In der letzten Novemberwoche findet eine Urabstimmung zur Beschlußfassung über den Streik statt. Die Vollversammlungen der Hochschule für Sozialwissenschaften und der Hochschule für Technik haben diesen Vorschlag schon beschlossen. Ausgeschert aus der Front sind die Jusos an der Bremer Universität. Mit langschweifigen Auslassungen über die "Unmöglichkeit von Siegen in studentischen Kämpfen" versuchen sie, die Studenten stattdessen auf die "langfristige Strategie" der "Mitarbeit in der SPD" festzuleimen. Sie bemühen sich mit Eifer, von Regierung und Senat allen Ärger abzuwenden.

Niedersachsen

Braunschweig. Bereits am 13.10.

Niedersachsen

Braunschweig. Bereits am 13.10.
hat die Konferenz niedersächsischer Studentenschaften Streiks und regionale Demonstrationen in der Zeit vom 9. bis 12.12. bechlossen. Darauf Bezug nehmend, hat der Studentische Rat der Technischen Universität Braunschweig am 17.11. beschlossen, daß am 27.11. eine Vollversammlung stattfindet, auf der ein eintägiger Streik der rund 9 000 Studenten beschlossen werden soll.

In allen Fachbereichen wird eine Urabstimmung durchgeführt für einen dreitägigen Streik auf Fachschaftsebene vom 9.12. bis 12.12. Der Studentische Rat ruft die Studenten dazu auf, sich während der Streik- und Aktionstage an einer örtlichen Demonstration der GEW für die Einstellung aller Lehrer und an der Demonstration der Konferenz niedersächsischer ASten in Hannover am 12.12. zu beteiligen.

(Über ähnliche Beschlüsse an den Hochschulen in Hannover, Göttingen und Osnabrück haben wir schon berichtet.)

Kiel: Die verbotene Vollversammlung wurde durchgeführt

Kiel. Die Universitätsvollversammlung der Kieler Universitätsstudenten ist verboten worden. Begründet wurde dies vom Präsidenten der Universität, Möller, damit, daß der Allgemeine Studentenausschuß die Debatte und Beschlußfassung über die Forderungen der Komitees gegen den § 218 auf die Tagesordnung gesetzt hat. Begründet wurde das Verbot mit dem schleswig-holsteinischen Hochschulgesetz, wonach der Verfaßten Studentenschaft kein "allgemein politisches" Mandat zugesprochen wird.

Die Kieler Studenten haben in der Vergangenheit gezeigt, daß sie sich nicht bevormunden lassen, alle Angriffe auf die Vertretungsorgane der Studenten konnten bisher erfolgreich zurückgeschlagen werden.

1 300 kamen am Dienstag in den Vorraum des "Audimax" (des größten Hörsaals) und haben trotz Verbot die Vollversammlung durchgeführt. Beschlossen wurden Aktionstage, ein eintägiger Streik und die Beteiligung an der landesweiten Demonstration an den VDS-Aktionstagen. Gerade auch in den Aktionstagen werden die Studenten der Kieler Universität deutlich machen, daß sie jedem Versuch der Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft entschlossen entgegentreten werden. – (h., Kiel)

Heidelberg:

Heidelberg: Urabstimmung für Streik! Streik!

Heidelberg. Seit Montag dieser Woche wird an der Heidelberger Universität eine Urabstimmung durchgeführt für Streik ab 25.11., für die Durchführung der VDS-Aktionstage Anfang Dezember als Streik und für die Beteiligung an einer von mehreren baden-württembergischen Studentenausschüssen für den 3. Dezember in Stuttgart vorgeschlagenen zentralen Demonstration. Die in der Urabstimmung erhobenen Forderungen, zu deren Durchsetzung der Streik dienen soll, verlangen die Rücknahme der politischen Unterdrückungsmaßnahmen des Heidelberger Rektors gegenüber der Studentenschaft und die Erhöhung der Stipendien zur Gewährleistung von Durchführung und Abschluß des Studiums.

Die Heidelberger Rektoratsbeamten haben auf Verlangen des Kultusministers die Durchführung der Wahlen zu den Vertretungsorganen der Studenten ausgesetzt, betreiben die Auflösung der Fachschaftsvertretungen, die sich als Organe des Kampfes der Studenten herausgestellt haben, und haben den Heidelberger Studenten durch das Verbot der politischen Betätigung an der Hochschule einen Maulkorb umgehängt. Um diese Unterdrückungsmaßnahmen zu Fall zu bringen, führten in der vergangenen Woche die Institutsgruppen und die Kommunistische Hochschulgruppe eine Unterschriftensammlung durch für Urabstimmung für Streik und Streik.

Dieser Vorschlag und die Durchführung der Unterschriftensammlung hat die politischen Kräfteverhältnisse an der Heidelberger Universität in Bewegung gebracht. 2 500 Studenten konnten für die Unterstützung dieses Vorschlags durch ihre Unterschrift gewonnen werden. Alle politischen Kräfte an der Hochschule mußten dazu Stellung nehmen und seit langem hat es an der Heidelberger Hochschule keine solch heftige politische Auseinandersetzung über das Vorgehen und den Kampf gegen Rektorat und Kultusminister mehr gegeben.

Die Jusos im AStA traten zunächst grundsätzlich gegen Streik zur Durchsetzung der Forderungen auf. Damit konnten sie sich nicht lange halten. Darauf versuchten sie, im Verlauf der Urabstimmung Verwirrung zu stiften und die Herausbildung der einheitlichen Kampffront zu verhindern, indem sie einen Gegensatz zwischen der Forderung nach Urabstimmung für Streik und Streik und den VDS-Aktionstagen behaupteten. Mit diesem unverfrorenen Spaltungsmanöver stellten die Jusos die Durchführung der Aktionstage des VDS alternativ zu dem Vorschlag der Institutsgruppen und der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG).

Obwohl für die Unterstützung der Unterschriftensammlung erheblich mehr Studenten gewonnen wurden, als z. B. bei den letzten Wahlen der KHG und den Institutsgruppen ihre Stimmen gaben, und obwohl die Jusos in der Auseinandersetzung um diesen Vorschlag gezwungen waren, die Notwendigkeit von Kampfaktionen anzuerkennen, konnte der Spaltungsversuch des Juso-AStA zweifellos nicht vollständig zurückgeschlagen werden. Mit der Methode, die Versprechung von Aktionen zum Aktionstag auszuspielen gegen den Vorschlag zu einer einheitlichen Kampfaktion gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Rektorats hat der Juso-AStA ein Geschäft betrieben, das ihm zwar keinen politischen Gewinn erbrachte, aber schädliche Wirkung hatte für die sich herausbildende einheitliche Kampffront gegen das Rektorat.

So kam es auf der entscheidenden Versammlung am vergangenen Freitag, die beschließen mußte über die Einleitung der Urabstimmung und den Beginn des Streiks, zu einer heftigen Auseinandersetzung. Nach über vierstündiger Diskussion waren von den über 700 Teilnehmern der Veranstaltung noch ungefähr 400 Studenten bei der Abstimmung anwesend. Mit überaus knapper Mehrheit von fünf Stimmen, mit 185 zu 180, beschloß die Versammlung die Taktik der Urabstimmung und Einleitung des Streiks für die erhobenen Forderungen gegen das Rektorat, während die Durchführung der Aktionstage als Streik von der breiten Mehrheit der Versammlung bereits geteilt wurde.

Dieser Beschluß der Institutsgruppenversammlung: Urabstimmung für Streik und Streik, die Durchführung dér VDS-Aktionstage als Streik und Beteiligung an der zentralen Demonstration als Vorschlag an die Heidelberger Studenten zum Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Rektorats entzog dem Spaltungsmanöver des Juso-AStA den Boden. Der AStA wurde durch diesen Vorschlag gezwungen, zumindest Ernst zu machen mit seinem eigenen Vorschlag, der Urabstimmung für Streik während der Aktionstage des VDS. Dies wollten die Jusos nicht. Jetzt hat der AStA keine andere Sorge, als überall zu verkünden, die Urabstimmung müsse in beiden Punkten mit Nein behandelt werden.

Während auf der einen Seite die Lage für die Studenten ziemlich günstig ist und ein Oberregierungsrat an der Universität sagen mußte, daß die Chancen für das Rektorat 50 zu 50 stehen, ist die Lage auf der anderen Seite direkt gefährlich. Verwirrung herrscht unter den Studenten und die Tatsache, daß im AStA Spalter sitzen, behindert die Aktionsfähigkeit der Studenten. Es steht ein scharfer Kampf und eine scharfe Auseinandersetzung mit dieser Kapitulationspolitik ins Haus, wenn sich die Studentenschaft nicht den Karriereplänen der Jusos ausliefern will. – **(Red.,** nach Berichten)

Marburg: Der Kampf gegen den Staatskommissar wird fortgesetzt

Marburg. Nach der Amtsenthebung des AStA hat der Universitätspräsident Zingel eine Veranstaltung verboten, die der AStA am 12.11. mit Unterstützung anderer hessischer Asten durchführen wollte. Ein AStA, der nicht mehr im Amt sei, könne auch keine Räume bekommen, hieß die Begründung. Die Studenten ließen sich das nicht bieten, sie haben das Auditorium Maximum besetzt, die Türen ausgehängt und ihre Versammlung durchgeführt. Zeitweilig waren bis zu 2 000 Studenten anwesend. Präsident Zingels Drohungen mit Strafanzeigen und mit der Schließung der Universität wurden mit Gelächter quittiert. Als Zingel den Raum verließ, forderten die Studenten spontan den Rücktritt von Zingel und dem hessischen Kultusminister Krollmann.

Am Donnerstag begann eine Urabstimmung der Studenten über einen Streik für den Erhalt der Organe der Verfaßten Studentenschaft. Der Abstimmungstext lautet:

"Ich spreche mich für einen umfassenden Streik für folgende Forderungen aus: Als Mitglied der Verfaßten Studentenschaft protestiere ich gegen die Amtsenthebung des rechtmäßig gewählten AStA. Zur Sicherung der umfassenden materiellen und politischen Interessensvertretung durch die Verfaßte Studentenschaft fordere ich die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Beitragshoheit und Satzungsautonomie." Die Urabstimmung wird bis zum 20.11. durchgeführt. – (s., Marburg)

Koblenz: Bestrafung für den Kampf gegen §218 genutzt

Koblenz. Mittlerweile wurden alle sechs Soldaten bestraft von denen die Bundeswehr weiß, daß sie sich in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn beteiligt haben. Dennoch ist die Absicht, die die Bundeswehr mit diesen Bestrafungen verfolgte, gescheitert. Erreicht werden sollte, daß allen Soldaten vor Augen geführt wird, wie mit Gegnern des § 218 hinter den Kasernenmauern umgesprungen wird; mehr noch, daß jede Rebellion gegen die Befehle und Vorschriften dieser Armee durch harte Strafen im Keim erstickt und zerschlagen wird.

Dieses hätte die Bundeswehr erreicht, wenn die betroffenen Soldaten nach der Demonstration die Strafen einfach geschluckt hätten. Das haben sie aber nicht gemacht, sondern sie haben mit einer Presseerklärung gegen die Bestrafungen und gegen die Bespitzelung durch den Militärischen Abwehrdienst (MAD) protestiert und klargestellt, daß sie für eine richtige Forderung eintreten, die die Unterstützung des Volkes hat; Weg mit dem § 218. Weil sie weiter auf der Forderung nach Streichung des Abtreibungsparagraphen beharrt haben und sich dem Druck nicht gebeugt haben, gelang es den bestraften Soldaten, die Sympathie und Unterstützung ihrer Kameraden zu erreichen.

Durch die Empörung über die Bestrafung befaßten sich viele Soldaten erstmals mit der Frage des Kampfes gegen den § 218. Und sie merkten, daß dies nicht nur ein Problem der 'Zivilisten' ist, mit dem sie als Soldaten nichts zu tun hätten. Sie erkannten, daß sie gerade in ihrer Lage als Soldat von diesem Unterdrückungsparagraphen hart betroffen sind. Was soll ein Wehrpflichtiger denn schon machen, wenn seine Frau oder Freundin ein Kind erwartet? Mit den paar Mark Wehrsold ist da nicht viel zu machen. Und auch das bißchen Trennungsgeld für die verheirateten Soldaten bedeutet oft nichts anderes als Not.

Not.

Weil durch die Bestrafung und über die Diskussion der Machenschaften der Offiziere dieser Zusammenhang vielen Soldaten bewußt wurde, gelang es den Mitgliedern des Komitees gegen den § 218 und des 'Soldaten- und Reservsitenkomitees' auch, die Unterschriftensammlung gegen den § 218 und für einen Volksentscheid gegen den § 218 immer besser zu entwickeln. In einzelnen Kompanien fanden Diskussionen in der 'Aktuellen Information' statt. Die Offiziere versuchten, das ganze hinzubiegen indem sie sagten: In Uniform sollten die Soldaten nicht demonstrieren, ansonsten sei in Zivil jedem Soldaten unbenommen, zu demonstrieren, wogegen er will. Doch diese Argumentation wurde zunehmend unglaubwürdiger desto mehr es gelang, die einzelnen Offiziere zu dem § 218 zu stellen. Hauptmann Schutzbach, der Kompaniechef von Norbert Ruh, erklärte auch ganz offen, daß er ein Befürworter des § 218 sei.

Zudem ist es in Koblenz seit längerem üblich, daß offizielle Vertreter in Uniform, meist Offiziere, an politischen Veranstaltungen teilnehmen. So sprach vor kurzem ein Offizier offiziell auf einer Veranstaltung der HIAG, der 'Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS'. Der zuständige Oberst im Generalstab der Generalstabsabteilung G 1 des III. Korps des Heeres in Koblenz erklärte auf eine Anfrage wegen der offiziellen Beteiligung und Ansprachen von Offizieren bei der Veranstaltungen der HIAG, dies sei gerechtfertigt wegen "der engen Verbundenheit der Koblenzer Bevölkerung mit den Verbänden der Waffen-SS". Da sieht man gut die Bestimmungen, daß Soldaten in Uniform sich an politischen Veranstaltungen und Demonstrationen nicht beteiligen dürfen, gilt nur für Forderungen, die vom Volk unterstützt werden. Für die Teilnahme an faschistischen Veranstaltungen gilt das offenbar nicht. Diese Bestimmung ist nur ein Mittel, um die Soldaten zu bestrafen, die für ihre Rechte kämpfen. – (w., Koblenz)

Rechte kämpfen. – (w., Koblenz)

Resolutionen gegen die Bestrafung der Koblenzer Soldaten für die Teilnahme an der Demonstration gegen den Paragraf 218

Über zahlreiche weitere Resolutionen, die an die Einheitenführer und die Kommandeure geschickt wurden, haben wir Mitteilung erhalten. Unter anderem verabschiedeten die Teilnehmer von öffentlichen Veranstaltungen der Komitees gegen den § 218 in **Dortmund**, in **Celle**, in **München**, in **Westberlin**, in **Osnabrück**, in **Frankenthal**, in **Friedberg**, Protesterklärungen. Im Namen der Studentenschaft der Universität des Saarlandes schickte der Allgemeine Studentenausschuß der **Universität Saarbrücken** eine Protesterklärung.

Hamburg. Die Klassen 12 a und 12 b des Gymnasiums Uhlenhorst -Barmbek haben sich in einer Protesterklärung gegen die Verfolgung der Koblenzer Soldaten gewandt.

Auf einer vom Kommunistischen Bund Nord zusammen mit verschiedenen Frauengruppen durchgeführten Veranstaltung gegen den § 218 wurde von den 2 500 Teilnehmern eine Resolution gegen die Verfolgung der Koblenzer Soldaten verabschiedet. Auf Antrag des KB (Nord) wurde der Zusatz angefügt, das alles bedeute keineswegs eine Zustimmung zur Politik des KBW. Die KVZ wurde ausdrücklich ermahnt, sie solle nicht den Eindruck erwecken, der KB (Nord) unterstütze die Soldatenpolitik des KBW, was hiermit gern bescheinigt wird: Wir sind in der Bundeswehr auf eine politische Arbeit des KB (Nord) noch nicht gestoßen.**Red**

Aus einem **Hamburger Druckbetrieb** schickten fünf Kollegen eine Protesterklärung an die Kommandeure und Kompaniechefs. An das Soldaten- und Reservistenkomitee schickten sie eine Spende für die Bezahlung der Geldstrafen.

In **Westberlin** hat die **Vollversammlung der Studenten der Pädagogischen Hochschule** gegen die Bestrafung der Soldaten protestiert, ebenso die **Vollversammlung des Fachbereichs Mathematik der Universität Münster.** Das **Soldaten- und Reservistenkomitee Braunschweig** hat eine Resolution verabschiedet. Eine Resolution hat auch das **Antimilitaristische Komitee Offenbach** verabschiedet.

Der Jugendoffizier

Bremen. Die Werkzeugmacherklasse 731 hatte Hauptmann Vogelsang, Jugendoffizier der Bundeswehr, im Gemeinschaftskundeunterricht zu Gast. Dabei wurde dem Hauptmann u.a. folgende Frage gestellt:

"Wie oft machen Sie solche Einsätze wie bei uns in der Klasse?" Antwort: "Achtzig- bis hundertmal im Jahr." "Und was machen Sie sonst?" "Ich lese viel und schreibe Leserbriefe." "Was verdienen Sie?" "Netto 1 800 DM." Der Jugendoffizier hatte offensichtlich allen Grund, für den Bund Reklame zu machen! – (Aus: Kämpfende Jugend, Zeitung des Kommunistischen Arbeiterjugendbundes Bremen)



Kundgebung gegen den Plan, eine amerikanische Brigade Marineinfanterie in der Nähe Bremerhavens zu stationieren

Keine US-Truppen nach Garlstedt!

Diese Forderung haben 15 000 Menschen unterschrieben / Eine feste Front ist nötig

Bremen. Ab Herbst 1977 soll eine US-Panzerbrigade mit etwa 2 550 Mann und 600 Panzern in Norddeutschland, in Garlstedt, stationiert werden, und weitere 1 300 Mann Versorgungstruppen in Bremerhaven. Gegen diesen Plan protestierten bereits 15 000 Menschen mit ihrer Unterschrift.

Mit dem Kasernenbau soll Anfang 1976 begonnen werden. Er soll 280 Millionen DM kosten und vermutlich ausschließlich von den Steuergeldern der westdeutschen Werktätigen finanziert werden. Die neuen US-Truppen, die zu den bereits in der BRD stationierten 280 000 US-Soldaten hinzukommen, sind Marineinfanteristen, also eine Truppe, deren Geschäft die Invasion in fremde Länder ist.

Die Bedeutung Bremerhavens

Die Bedeutung Bremerhavens für die US-Armee

"Wir sind nicht in Europa, um die europäische Sicherheit zu gewährleisten, sondern um Amerikas Sicherheit zu garantieren. Es wäre ein Irrtum zu glauben, als handelten wir aus Sorge um die Interessen Europas!" (Stellvertretender US-Außenminister Hartmann, nach Süddeutsche Zeitung vom 11. März 1974) Mit der US-Truppenverstärkung, wovon die Brigade in Garlstedt nur ein Teil sein soll, will der US-Imperialismus seine Vorherrschaft über Europa, seine Profitinteressen hier, besser absichern: gegen die westdeutsche Arbeiterklasse, wenn sie das Joch der kapitalistischen Ausbeutung abschütteln will; und gegen die rivalisierende Supermacht Sowjetunion, die begierig ihre Hände nach Westeuropa ausstreckt.

Norddeutschland ist für die weitere US-Truppenverstärkung besonders geeignet, weil es im Gegensatz zu Süddeutschland ideal ist als Panzerrollstraße. Und der Bremer Raum kommt in Frage wegen der günstigen Versorgung über den US-Stützpunkt Bremerhaven.

Und – über Bremerhaven rollt der Nachschub für die Truppen im Mittelmeerraum, so zum Beispiel im letzten Nahost-Krieg. Die Stationierung der neuen US-Truppen ist ein nicht zu übersehendes Zeichen dafür, daß sich der US-Imperialismus auf kriegerische Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in Europa, im Mittelmeerraum, in der ganzen Welt mit den sozialimperialistischen Begierden der anderen Supermacht, der UdSSR, vorbereitet.

Die westdeutsche Bourgeoisie

Die westdeutsche Bourgeoisie ist für die US-Truppenstationierung

Die imperialistische Bourgeoisie der BRD begrüßt die US-Truppenverstärkung. Gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse sind ihr die fremden Truppen eine wertvolle Unterstützung bei der Niederhaltung und Niederwerfung revolutionärer Bestrebungen. Gegenüber der UdSSR bleibt sie dringend auf die militärische Unterstützung der US-Imperialisten angewiesen. Und gegenüber den Ländern der Dritten Welt, z.B. den erdölproduzierenden Ländern des Mittelmeerraums, können die westdeutschen Imperialisten in der Rolle des Juniorpartners der USA ihre Interessen geschickter zur Geltung bringen als durch das ausschließliche Rasseln mit dem eigenen Säbel.

"Mehr Sicherheit" durch die US-Truppen?

Die Politiker der bürgerlichen Klasse sagen, die US-Brigade werde der Bevölkerung im Bremer Raum mehr Sicherheit bringen.

Das gerade Gegenteil ist der Fall: Mit den US-Truppen haben in den letzten Jahrzehnten die Völker überall auf der Welt bittere Erfahrungen gemacht. Imperialistische Unterdrückung und Völkermord kennzeichnen die US-Truppen. Sie werden auch hier zum Einsatz kommen gegen das Volk, wenn sich die Volksmassen gegen die herrschende Ausbeuterordnung erheben. Neben dem Militärapparat der westdeutschen Bourgeoisie sind diese US-Truppen noch ein zusätzliches Hindernis für die Arbeiterklasse auf dem Weg zu ihrer sozialen Befreiung.

Hinzu kommt, daß die Stationierung der US-Truppen die Kriegsgefahr weiter vergrößert. Wozu sollen sie sonst dienen, als zur besseren Vorbereitung auf die erwartete militärische Auseinandersetzung mit der sozialimperialistischen Sowjetunion um die Vorherrschaft in der Welt? Das beschworene "Gleichgewicht des Schreckens" zwischen diesen Supermächten, das angeblich den Frieden sichern soll, wird nur solange halten, bis die eine Supermacht eine günstige Gelegenheit im Kriege sieht. Und der Kriegsschauplatz wird Europa sein.

Unvermeidliche Begleiterscheinungen der US-Truppen-Stationierung werden weiter sein die Zerstörung der Garlstedter Heide, Zunahme von Kriminalität usw. Denn diese Truppen sind vom Volk getrennt, noch dazu Truppen aus einem fremden imperialistischen Staat. Sie werden sich aufführen wie Söldnertruppen und keinerlei Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung im Bremer Raum nehmen.

Unterschriftensammlung – zum Schutz des Garlstedter "Millionenhügels"?

Als vor einigen Wochen die Truppenverstärkung bekannt wurde, gab es sofort breite Empörung. Über 15 000 Menschen sind mit ihrer Unterschrift für die Forderung eingetreten: "Rettet die Garlstedter Heide! Keine Panzer und Kasernen im Naherholungsgebiet!". Trotz dieser begrenzten Forderungen drücken diese grenzten Forderungen drücken diese keineswegs nur den Willen zum Naturschutz aus, sondern richten sich gegen den Plan der Truppenstationierung.

Träger der Unterschriftensammlung war ein Zusammenschluß von Bürgervereinen, angeführt von den reichen Villenbesitzern auf dem Garlstedter "Millionenhügel". Ihrer Meinung nach ist die Stationierung von amerikanischen Truppen eine richtige und notwendige Sache, nur – sie sollen nicht nach Garlstedt und die Wochenendruhe derer stören, die sie vor Unruhe ja schützen sollen. Im Statut der Initiative haben diese Leute deshalb auch festgelegt: *"Der Beitritt beinhaltet das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik einschließlich des Anerkenntnisses der internationalen Verträge und Bündnisverpflichtungen, die die BRD eingegangen ist."*

Und gegen die Stationierung argumentieren sie: *"Wir müssen unseren NATO-Verpflichtungen nachkommen. Gut. Und eine militärische Stärkung im norddeutschen Raum mag sicher notwendig sein. Auch gut. Aber muß dafür eines der schönsten und beliebtesten Naherholungsgebiete herhalten? Das finden wir nicht gut!"* Ihr Vorschlag: Die Truppen sollen nach Ostfriesland. Kein Wunder, daß auf der Grundlage solcher Vorstellungen die Sache über Protestunterschriften nicht hinauskam und ein Kampfbündnis der in der Region lebenden Menschen, der Werktätigen und Bauern nicht zustandekam. Inzwischen hat sich die Initiative denn auch abgefunden mit den Zusicherungen der Truppenleitung, ihre Villengrundstücke nicht anzutasten. Allenfalls ist als weiterer "Kampfschritt" noch ein Besuch beim US-Präsidenten Ford geplant.

Der Kampf gegen die US-Truppenstationierung wird nur vorwärtskommen, wenn gefordert wird, daß die US-Truppen nicht in Garlstedt stationiert werden sollen, weil sie nicht den Interessen der Arbeiter und des Volkes dienen, sondern gegen sie gerichtet sind. Nur so kann gegen die Absichten der Bundesregierung und der US-Regierung eine feste Front geschaffen werden, nur so kommen die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes zur Entfaltung. Eine feste Front ist aber unbedingt nötig, denn für den BRD-Imperialismus und den US-Imperialismus hängt viel an dieser Truppenstationierung, und sie werden alles tun, um jeden Widerstand gegen die Truppenstationierung zu ersticken. – (Ortsredaktion Bremen der KVZ, nach Korrespondenzen)

Den Hof für die Bundeswehr opfern?

Das Kreiswehrersatzamt fordert Aufgabe der Existenzgrundlage

Hildesheim. Auf den Einspruch eines jungen Bauern gegen seine Einberufung antwortete das Kreiswehrersatzamt wie folgt:

"Wie sich aus dem jetzigen Vorbringen ergibt, hat der Wehrpflichtige keinerlei Maßnahmen getroffen, um sich auf die Ableistung des Grundwehrdienstes einzustellen. Er hat ganz im Gegenteil den Betrieb von 19 ha (Stand August 1974) auf 35 ha vergrößert. Der Viehbestand wurde ebenfalls erheblich vergrößert und hohe Kredite aufgenommen. Bei dieser Sachlage muß davon ausgegangen werden, daß der Wehrpflichtige noch nicht einmal die Absicht hat, irgendwelche Versuche zu unternehmen, um die Ableistung des Grundwehrdienstes zu ermöglichen." (nach: "Hessenbauer" Nr. 39/75).

Nach Meinung der Regierung geht also der Wehrdienst vor gegenüber der Existenzerhaltung. Denn im Kapitalismus sind die Bauern durch den Druck der Industrie-, Bank- und Handelskapitalisten und durch die Konkurrenz mit den großen Höfen gezwungen, ihre Höfe immer mehr zu vergrößern. Trotzdem werden täglich an die hundert Bauern ruiniert, viele Kleinbauern halten sich nur noch durch Überarbeitung und Unterkonsum. In dieser angespannten Lage ist die Ableistung des Wehrdienstes oft eine direkte Bedrohung der Existenz, besonders wenn die Eltern schon alt und krank sind.

Für genau dieses kapitalistische System und den Profit der Kapitalisten sollen Arbeiter und Kleinbauern in der Bundeswehr dienen, dafür soll der Kleinbauer sogar noch seinen Hof opfern, – für einen Staat, der nur die großen Höfe fördert und die Kleinbauern aus der Landwirtschaft hinausbefördert, für eine Armee, die bei Manövern die Felder verwüstet.

Dagegen wehren sich verständlicherweise viele Kleinbauern. Allerdings werden sie ihre Lage nur dann bessern können, wenn sie unter der Führung der Arbeiterklasse diese Kapitalistenherrschaft stürzen und den Sozialismus aufbauen. Weil aber die Kapitalisten nicht freiwillig abtreten, eben deshalb braucht man Kenntnis im Waffengebrauch.

Der Staat muß für die Kleinbauern die Voraussetzungen dafür schaffen, daß auch sie im Gebrauch der Waffen sich üben können: durch Stellung von Betriebshelfern, Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Besonderheiten durch Ernteurlaub usw. – (E.N., OG Hildesheim)

Die beiden Supermächte sind die Feinde Angolas

Am 11. November ist Angola unabhängig geworden. Die portugiesischen Truppen mußten das Land verlassen. Bis zuletzt hat die portugiesische Bourgeoisie versucht, ihre kolonialen Interessen in Angola zu verteidigen. Sie hat durch die einseitige Kündigung des Vertrags von Alvor versucht, das Inkrafttreten der Unabhängigkeit hinauszuzögern in der Hoffnung, daß sie in der Folgezeit den Befreiungskampf des portugiesischen Volkes weiter schwächen und sich erneut in Angola festsetzen kann. Teile der bürgerlichen portugiesischen Regierung beabsichtigten, zum Unabhängigkeitsdatum einseitig eine der drei Befreiungsorganisationen an die Macht zu putschen. All diese Manöver sind gescheitert. Wie die bürgerliche Presse traurig feststellte, mußten sich die Portugiesen aus dem Land schleichen.

Dies ist ein Erfolg des unbeugsamen Willens des angolanischen Volkes, seine Unabhängigkeit zu erkämpfen. Dies ist ein Erfolg des gesamten Afrika, dessen verschiedene Regierungen sowie die OAU unerschütterlich für die Unabhängigkeit zum 11. November eingetreten sind. Dies ist ein wichtiger Erfolg der portugiesischen Revolution, die die kolonialen Absichten der Bourgeoisie vereitelt hat. Sie hat die Regierung gezwungen, weiterhin das Abkommen von Alvor einzuhalten und anzuerkennen: "Die portugiesische Führung wird gegenüber Angola weiterhin von dem im Januar in Alvor geschlossenen Abkommen ausgehen, wonach das Land gemeinsam von allen drei Befreiungsbewegungen MPLA, FNLA, UNITA regiert werden soll." (Süddeutsche Zeitung, 11. November)

Zwei Staaten, zwei Regierungen

Dennoch kann das angolanische Volk, nachdem es die Unabhängigkeit gegen den portugiesischen Kolonialismus erkämpft hat, nicht sofort daran gehen, das Land aufzubauen. Seine nächste Aufgabe ist, die Einheit der Nation im Kampf gegen den Imperialismus herzustellen und die gewonnene Unabhängigkeit gegen den Imperialismus, insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, zu verteidigen. Die nationale Befreiungsbewegung ist in verschiedene Organisationen gespalten. Nach der Unabhängigkeit hat sich diese Spaltung in der Gründung zweier Staaten und der Bildung zweier Regierungen fortgesetzt. In Luanda wurde die Volksrepublik Angola ausgerufen und als Präsident Agostinho Neto, der Vorsitzende der MPLA, vereidigt. In Huambo ist der Sitz der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Angola. Ministerpräsident der von FNLA/UNITA getragenen Regierung soll Jose Ndele werden, früher Vorsitzender der angolanischen Übergangsregierung (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November).

Die OAU hält weiter an ihrem richtigen Standpunkt fest und kämpft darum, daß die bewaffneten Auseinandersetzungen eingestellt werden und eine Regierung der nationalen Einheit gebildet wird, der alle drei angolanischen Befreiungsorganisationen angehören sollen. Diese Position wird von vielen afrikanischen Regierungen unterstützt. Tansania hat durch seinen Präsidenten Nyerere erneut eine Initiative unternommen. "Tansania hat eine dringende Sondersitzung der OAU beantragt, auf der über die 'sowjetische Präsenz' in Angola beraten werden soll." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. November) "Der Präsident von Tansania, Nyerere, hat das Ausland aufgefordert, seine Unterstützung für die rivalisierenden Befreiungsbewegungen in Angola einzustellen. Er nannte im einzelnen die Sowjetunion, die USA und Frankreich. Außerdem forderte Nyerere ein sofortiges Gipfeltreffen der Staaten, das den Bürgerkrieg in Angola beenden soll. Er unterstütze darin den gegenwärtigen OAU-Vorsitzenden Amin trotz sonstiger Meinungsverschiedenheiten." (Süddeutsche Zeitung, 13. November)

Jüngst haben sich die Staatspräsidenten von Gabun, Omar Bongo, und von Zaire, Mobutu, für ein solches Gipfeltreffen ausgesprochen: "Beide Staatschefs sprachen sich weiter für die Bildung einer von der OAU vorgeschlagenen Regierung der nationalen Einheit aus, der alle drei in Angola kämpfenden Befreiungsorganisationen angehören sollen." (Die Welt, 17. November)

Auf der anderen Seite haben neben dem russischen Sozialimperialismus und der ihm unterworfenen Staaten im Osten Europas eine Reihe afrikanischer Staaten die Volksrepublik Angola anerkannt, darunter Mozambique, Guinea-Bissau, Guinea, Kapverdische Inseln, Sao Tome und Principe, die Volksrepublik Kongo. Ebenso die Demokratische Republik Vietnam.

Das Interesse der Supermächte an Spaltung

Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Befreiungsorganisationen gehen indes weiter und verschärfen sich. Geschürt werden sie durch massive Waffenlieferungen der beiden Supermächte nach Angola und an die Befreiungsorganisationen, die sie sich verpflichten wollen. Sowohl der Qualität wie auch der Quantität nach steigen diese Waffenlieferungen. Die beiden Supermächte haben kein Interesse an einer Beendigung dieses Bruderkrieges. Er ist die einzige Möglichkeit für sie, gemeinsam Angola zu schwächen. Zugleich für jede einzelne Supermacht, ihr Interesse am reichen Angola durchzusetzen. Durch direkte Aggression können sie gegenwärtig nichts ausrichten. Das angolanische Volk würde dies zunichte machen, genauso wie es die portugiesische Kolonialmacht geschlagen hat. Die Völker der Welt würden sich dagegen erheben. Was ihnen bleibt, ist der Versuch, die Burg von innen zu nehmen. Deshalb das Bestreben der beiden Supermächte, in die nationale Befreiungsbewegung zu infiltrieren, ihre Spaltung aufrechtzuerhalten und sie von sich abhängig zu machen.

In einer Erklärung der UNITA an die OAU vom 13. November heißt es dazu: "Wenn Elefanten kämpfen, leidet das Gras. Dies ist ein altes afrikanisches Sprichwort. Heute bekriegen sich in meinem Land rivalisierende Befreiungsbewegungen, aber ein Krieg jeder gegen jeden ist nicht nur ein Krieg zwischen Angolanern. Jetzt kämpfen die Elefanten, und wir, die Angolaner, leiden immer noch, weil sie uns als ihre Gewehrträger einsetzen. Weit mehr Menschen sind in dem vergleichsweise kurzen Bruderkrieg zwischen angolanischen Befreiungsbewegungen getötet worden, als in den Jahren des Kampfes gegen Portugal getötet wurden. Warum? Weil bei unserem Kampf gegen die imperialistische Macht die anderen imperialistischen Mächte wie die Sowjetunion keine schweren Waffen geben wollten. Jetzt, wo wir das imperialistische Portugal besiegt haben, geben uns die anderen Imperialisten schwere Kanonen, damit wir uns gegenseitig abschlachten können. Die Elefanten kämpfen, um zu sehen, welcher von ihnen den größten Einfluß im neuen Angola haben wird ... Helfen Sie uns, die zerstörerischen Elefanten aus dem Gras Angolas herauszuhalten, oder das Gras Angolas wird leiden bis zum Tode."

Auch in den Methoden sind sich die beiden Supermächte vollständig gleich: In der Weltöffentlichkeit ordnen sie sich jeweils bestimmte Befreiungsbewegungen zu und rechtfertigen ihre Einmischung jeweils mit der Einmischung des anderen. Sie schüren den Bürgerkrieg, damit neue Waffenlieferungen benötigt werden, und mit Hilfe neuer Waffenlieferungen schüren sie den Bürgerkrieg weiter. So treiben sie sich gegenseitig die Befreiungsorganisationen immer stärker in die Arme, so daß nach ihrem Wunsch im Ergebnis bleiben soll, daß die nationale Einheit im Kampf gegen den Imperialismus unmöglich wird und sich die Befreiungsorganisationen aus Instrumenten des Befreiungskampfes des Volkes in Instrumente ihrer neokolonialen Politik verwandeln.

Präsident Amin hat erklärt: "Nach mir zur Verfügung stehenden Informationen wurden bereits über 30 000 Menschen mit hochmodernen Waffen getötet, die von der Sowjetunion seit der Beendigung des formellen Kolonialkrieges geliefert wurden." Auf der anderen Seite hat sich beispielsweise die UNITA Söldner angeheuert: "Unter Hinweis auf die Präsenz sowjetischer und kubanischer Soldaten in den Reihen der MPLA hat Savimbi erklärt, er habe nicht die geringsten Skrupel, die Unterstützung durch weiße Söldner anzunehmen. 'Wir brauchen Leute, die es mit dem Gegner aufnehmen können', wurde Savimbi zitiert." (Die Welt, 17. November)

Innere Differenzen werden zur Spaltung genutzt

Daß die Lage in Angola gegenwärtig schlecht ist, ist das Werk der imperialistischen Politik beider Supermächte. Daß diese bis jetzt nicht erfolgreich zurückgeschlagen werden kann, hat seine Ursache darin, daß zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen Differenzen existieren, die für Zwecke der Spaltung genutzt werden können. Auf diese Spaltung setzen die Supermächte. Der russische Sozialimperialismus ist dabei besonders dreist: Im Gegensatz zur anderen Supermacht hat er noch keinen Fuß in Afrika drin und muß aufholen.

Immer dann, wenn Schritte zwischen den Befreiungsorganisationen gemacht wurden, die der Einigung gegen den Kolonialismus und für die Unabhängigkeit Angolas dienlich waren, hat die Sowjetunion ihre Politik der Spaltung verstärkt. So nach dem Vertrag von Alvor, als sie sofort eine internationale Hetzkampagne gegen zwei der drei Befreiungsorganisationen gestartet und ihre Waffenlieferungen sowohl der Qualität wie auch der Quantität verstärkt hat. So kurz vor dem Unabhängigkeitsdatum, als sie durch weitere Waffenlieferungen und einseitige Anerkennung der MPLA als Regierungspartei die Bemühungen der OAU durchkreuzen wollte, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Uganda, dessen Präsident zugleich Vorsitzender der OAU ist, wollte sie ebenfalls ihre Politik diktieren. Demgegenüber hat der Vorsitzende der OAU den richtigen Standpunkt vertreten, daß die afrikanischen Angelegenheiten von den Afrikanern selber gelöst werden müssen und nicht von der Sowjetunion diktiert werden dürfen. Derart entlarvt, hat die Sowjetunion zur Bemäntelung ihrerseits die diplomatischen Beziehungen vorübergehend unterbrochen.

Eine Politik der nationalen Einheit ist notwendig

Die Rivalität der beiden Supermächte kann derart Fuß fassen, weil gegenwärtig keine der nationalen Befreiungsorganisationen eine Politik entfaltet, die auf Einheit der Nation gegen den Imperialismus und insbesondere das Hegemoniestreben der beiden Supermächte abzielt. Solch eine Politik ist aber nötig, weil nur durch sie allen Einmischungsversuchen der Supermächte ein Riegel vorgeschoben werden und die jung eroberte Unabhängigkeit verteidigt werden kann. Grade der MPLA, der fortgeschrittensten Befreiungsorganisation in Angola, die konsequent den bewaffneten Volkskrieg geführt hat, kommt hier besondere Verantwortung zu. Seit einiger Zeit verzichtet sie ausdrücklich auf eine solche Politik, verstärkt so ebenfalls die Möglichkeiten der Einmischung und bringt sich in eine Lage, wo sie auf Gedeih und Verderb sich der Sowjetunion in die Hand liefern muß.

Durch ihren Verzicht auf eine Politik, die auf Einheit der Nation gegen den Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte geht, und durch ihre ausdrückliche Ablehnung einer solchen Politik verliert die MPLA im Hinblick auf die Aufgaben des nationalen Befreiungskampfes die Initiative. Das ist keineswegs zwangsläufig so: Die Kommunistische Partei Chinas hat im antijapanischen Krieg und selbst noch in der ersten Zeit nach dem Sieg niemals darauf verzichtet, der ohne Zweifel reaktionären Kuomintang gegenüber eine Politik der nationalen Einheit zu betreiben. Davon hat sie sich auch nicht abhalten lassen dadurch, daß die Kuomintang massive Unterstützung vom US-Imperialismus erhielt und vorher direkt vom deutschen Faschismus gefördert worden war. Nur durch diese Politik der nationalen Einheit konnte die Kommunistische Partei Chinas die Massen für die richtige Politik gewinnen und China befreien.

Gerade wer – wie der KBW – die Verdienste der MPLA im Befreiungskampf des angolanischen Volkes immer gewürdigt und ihr seine Sympathie bekundet hat, muß ihren Verzicht auf eine Politik der nationalen Einheit bedauern. Wir tun dies, und wir hoffen, daß es gelingt, die Differenzen zu überwinden, die junge Unabhängigkeit zu verteidigen und die Supermächte hinauszuwerfen. Natürlich kann es keine Einheit zwischen den Befreiungsorganisationen geben ohne Kampf, denn Differenzen sind da. Dieser Kampf muß zweifellos ausgetragen werden. Dieser Kampf muß aber genauso wie die Einheit dem Sieg über den Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte dienen und darf ihn nicht verhindern, sonst ist es ein Kampf, der nicht der Befreiung dient, sondern der Unterwerfung in die Hände arbeitet.

Unsere Aufgabe ist, die imperialistische Aggression gegen das angolanische Volk zu entlarven, insbesondere das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, und dafür einzutreten, daß die Supermächte und die anderen imperialistischen Mächte ihre schmutzigen Finger von Angola lassen. Wir müssen für die vollständige Unabhängigkeit des angolanischen Volkes eintreten und das Recht des angolanischen Volkes unterstützen, ohne jede fremde Einmischung seinen Weg selber zu gehen. Dies ist auch die entscheidende Bedingung dafür, daß dann innerhalb und zwischen den Befreiungsorganisationen die Differenzen geklärt werden können und eine Lösung durch das Volk selber herbeigeführt werden kann, die dem Fortschritt des Landes und dem Aufbau eines blühenden Angola dient. – (hjh)

Am 28. Februar will der spanische Kolonialismus den Rückzug aus der Sahara beginnen

Madrid. Am 14. November hat der spanische Kolonialismus offenbar ein für die Sicherung seiner wirtschaftlichen Interessen günstiges Abkommen über die Zukunft der West-Sahara mit Marokko und Mauretanien erzielt. In diesem Abkommen, das erst nach Zustimmung der spanischen Ständeversammlung Cortes veröffentlicht werden soll, verpflichtet sich der spanische Kolonialismus zwar, seine alleinige Verfügungsgewalt über dieses westafrikanische Küstengebiet mit den reichsten Phosphatlagern der Welt aufzugeben. Am 28. Februar soll die Herrschaft Spaniens über die West-Sahara enden und die Truppen (etwa 30 000 Soldaten zumeist der spanischen Fremdenlegion) abgezogen werden. Der spanische Verzicht auf die Fortexistenz der bereits über fünfhundertjährigen kolonialen Beherrschung der West-Sahara, die seit dreißig Jahren als spanische Provinz geführt wird, ist ein Erfolg des nationalen Befreiungskampfes der afrikanischen Völker. In der West-Sahara ist dieser Befreiungskampf besonders geführt worden unter Führung der Befreiungsfront FPOLISARIO, die das Selbstbestimmungsrecht und die nationale Unabhängigkeit für das etwa 75 000 Menschen zählende Volk der West-Sahara fordert. Unterstützt wurde dieser Kampf um die nationale Befreiung von den afrikanischen Staaten, von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und von der UNO. Der spanische Kolonialismus jedoch hat verhindert, daß zugleich mit dem Abzug seiner Militär- und Verwaltungsmacht dem Volk der West-Sahara das Selbstbestimmungsrecht gewährt wird. Er hat vielmehr erreicht, daß Marokko und Mauretanien zusammen mit Repräsentanten der Stämme für eine Übergangszeit die Verwaltung übernehmen. Dem spanischen Kolonialismus geht es dabei darum, die Nachbarstaaten einzusetzen für die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen. Er ist bereit, das Territorium des Volkes der West-Sahara an die beiden Nachbarstaaten abzutreten, wenn er sich damit die Beteiligung an der Ausbeutung der Phosphatlager sichern kann.

Mexico will 200-Meilen-Zone einrichten

Mexico City. Am 6. November hat der mexicanische Präsident Louis Echeverria erklärt, Mexico beanspruche entlang seiner 1 000 Kilometer langen Küste eine 200-Meilen-Wirtschaftszone. Die Errichtung der 200-Meilen-Zone vor der mexicanischen Küste soll in der mexicanischen Verfassung verankert werden. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde bereits eingebracht. Der mexicanische Präsident erklärte u.a. vor dem Kongreß: Die Errichtung der 200-Meilen-Wirtschaftszone sei "im Interesse unserer wirtschaftlichen Entwicklung und verringert die Abhängigkeit von fremden Ländern".

"Mexico hält weiterhin daran fe daß Küstenstaaten das Recht haben, ihre Naturschätze in ihren Küstengewässern zu schützen gegen die ungeheure Ausbeutung und Ausplünderung durch die Fischereiflotten fremder Staaten." (Hsinhua, 8. November)

35 000 Afrikaner demonstrierten in Zimbabwe

Zur Unterstützung des ANC und seines Führers Abel Muzorewa fand am 26. Oktober in Salisbury, der Hauptstadt Rhodesiens, eine Demonstration mit 35 000 Teilnehmern statt. Trotz eines Verbots durch das rassistische Smith-Regime, das diese Demonstration auf 6 000 Teilnehmer beschränkt, versammelte sich diese Menge. Die Menschen gingen auf die Straße, um Smiths Anstrengungen entgegenzutreten, mit Joshua Nkomo, Führer der ZAPU, eine Verhandlungslösung auszuhandeln über die Köpfe derjenigen Kräfte hinweg, die einen bewaffneten Befreiungskampf führen.

Jahrestag der UNO-Anerkennung der PLO

Die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa hat in einem Kommunique auf den Jahrestag der Anerkennung der PLO als einzigen legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes durch die UNO-Vollversammlung am 13. November 1974 hingewiesen. An diesem Tag führte die PLO in Jerusalem eine Aktion durch, "eine heldenhafte Aktion, bei der in der Mitte Jerusalems zahlreiche Zionisten getötet wurden". Im vom Zionistenstaat besetzten Westjordanien führten Palästinenser zahlreiche kleinere Demonstrationen durch. (Le Monde, 15. November)

Interview mit einem Vertreter der PFLO

Der Befreiungskampf des Volkes von Oman kann nicht zerschlagen werden

Interview mit dem Genossen Rashed Said, Mitglied des Zentralen Komitees für internationale Beziehungen und des zentralen Informationskomitees der Volksfront für die Befreiung von Oman (PFLO). Der Vertreter der PFLO nimmt zur politischen und militärischen Lage des Befreiungskampfes Stellung. Im folgenden wird der Teil des Interviews abgedruckt, der die militärische Lage enthält. In einer der nächsten Ausgaben der KVZ folgt der Teil über die politische Lage. – Das Interview wurde von einem Mitglied des Palästina-Komitees Freiburg am 14. November durchgeführt.

Was sind die Ziele der letzten Angriffe der Imperialisten auf Oman?

Die Revolution in Oman ist Angriffen an zwei Fronten ausgesetzt, die miteinander zusammenhängen: an der politischen und an der militärischen Front. An der militärischen Front versuchen der Imperialismus und seine einheimischen Handlanger große Teile seines militärischen Potentials gegen dieses Gebiet einzusetzen, das Kräfteverhältnis in den befreiten Gebieten zugunsten der Konterrevolution zu entscheiden. Von daher gewinnt ihre Offensive in der jetzigen Phase eine große Bedeutung für die Konterrevolution, denn sie ist eine der schwersten Prüfungen, die die Feinde zu bestehen haben. Seit langem propagieren sie nämlich, sie wären imstande, die Revolution zu zerschlagen. So zum Beispiel die iranische Führung bei ihrer Invasion vom Dezember 1973.



Spenden für den Befreiungskampf des Volkes von Oman:

"Humanitäre Hilfe Dhofar"

Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin
Nr. 1 004 704 305

Es sind die iranischen Truppen, die in dieser Phase die militärischen Operationen direkt durchführen. Ihr unmittelbares Ziel ist, nicht nur die Nachschublinien der Revolution im befreiten westlichen Gebiet abzuschneiden, sondern auch eine richtige Welle von Provokationen gegen die Demokratische Volksrepublik Jemen (DVRJ) durchzuführen mit dem Ziel, sie zwangsweise in den Kampf zu ziehen, um die Oman-Frage vor der arabischen Liga wiederum als ein Problem von Grenzstreitigkeiten zwischen dem Sultanat Oman und der DVRJ darzustellen. Deswegen sind gerade die letzten militärischen Operationen eine große Gefahr für unseren nationalen Befreiungskampf und für die arabische Befreiungsbewegung
für die arabische Befreiungsbewegung
im Golfgebiet. Die iranischen Flugzeuge, die iranische Flotte und die iranischen Kanonen beschießen die Grenzgebiete der DVRJ. Die Flugzeuge unternehmen sogar ab und zu Flüge ins Landesinnere. Wir haben Informationen, daß die iranischen Truppen darauf abzielen, einen breiten Angriff gegen die Grenzgebiete der Demokratischen Volksrepublik Jemen durchzuführen. Sie gehen fälschlicherweise davon aus, daß dies das einzige Mittel ist, um die Nachschubmöglichkeiten für die Revolution abzuschneiden.

An der politischen Front sind die Feinde gerade dabei, Bedingungen zu schaffen, die ihren Interessen dienen. Die sogenannte "Befriedung des Golfgebietes" und andere zwielichtige Pläne zielen darauf ab, die Revolution zu isolieren, um sie dann besser zerschlagen zu können. Wenn unsere Feinde den heldenhaften Kampf des omanischen Volkes als Grenzstreitigkeit zwischen der DVRJ und dem Sultanat darstellen, so beabsichtigen sie damit, die wichtigsten Fragen unseres Kampfes zu vertuschen und damit unseren nationaldemokratischen Kampf zu diffamieren. Das politische Ziel dieser Taktik ist es, die Revolution in die Knie zu zwingen und sie an den Verhandlungstisch zu bombardieren.

Wie sehen die Angriffe derzeit im einzelnen aus?

Die Zahl der iranischen Truppen in unserem Land beträgt jetzt 30 000, alle Waffengattungen sind vertreten. Luftwaffe, Fallschirmjäger, Panzereinheiten und die Marine. In ihren Angriffen auf die befreiten Gebiete verfolgen sie eine Politik der verbrannten Erde. Zugleich zielen sie darauf ab, befestigte Stützpunkte in den strategisch wichtigen Teilen des Landes aufzubauen, wie z.B. an der omanisch-jemenitischen Grenze. Mit Luftangriffen gegen die DVRJ wollen sie auch Teile der Volksbefreiungsarmee damit beschäftigen, diese Angriffe zurückzuschlagen, so daß sie abgezogen werden von der Verteidigung im Landesinneren. Alle Arten von Kampfflugzeugen werden eingesetzt. Phantomjäger, Jaguar, Strikemaster, Hawker-Hunter. Die Sikorsky-Flugzeuge und die Hubschrauber werden für die Tiefflüge eingesetzt, mit denen die Feinde versuchen, die befreiten Gebiete von den Kämpfern der Volksbefreiungsarmee zu säubern. Sie werden aber auch für die Versorgung der Stützpunkte des Feindes benutzt. Daneben haben sie auch Geschützstellungen mit großer Reichweite aufgebaut. 12 Marineeinheiten sind ständig an der Küste des befreiten Gebietes stationiert und schießen ins befreite Gebiet.

Diese Angriffe der Marine sind praktisch täglich und dauernd, 24 Stunden am Tag. Wir schätzen es
24 Stunden am Tag. Wir schätzen es
so ein, daß die iranische Führung ungeheure Mengen an Menschen und an Material in diesem Krieg einsetzt, auch wenn sie damit bewußt das Leben der iranischen Soldaten riskiert. Allein die Zahl der abgeschossenen Flugzeuge in den vergangenen zwei Monaten beträgt 34. Zwei Jaguar haben wir runtergeholt, leider noch keinen Phantomjäger. Das kommt aber sicherlich noch. Dabei sind alle Piloten leider umgekommen, aber wir haben eine ganze Menge Dokumente gefunden, die wir so bald wie möglich der Weltöffentlichkeit zur Verfügung stellen werden. Sie enthalten sehr wichtige Informationen über die Pläne der Imperialisten gegen die nationale Befreiungsbewegung und die Unabhängigkeitsbestrebungen in diesem Gebiet.

Die iranischen Angriffe kommen von verschiedenen Seiten. Mit den Marineeinheiten greifen sie den Süden des Landes an. Vom Stützpunkt Sarfit aus versuchen sie ihre Herrschaft über die Küste zu sichern, und vom Stützpunkt Thamrit, der auch der Hauptstützpunkt für die Phantomjäger ist, starten sie die Angriffe auf die DVRJ bis nach Sarfit, um die Belagerung dieses Stützpunktes aufzuheben. Das sind natürlich die Pläne und Wunschvorstellungen der Imperialisten, aber die Wirklichkeit im Kampfgebiet selbst sieht anders aus. Es ist so, daß die Revolution in letzter Zeit große Erfolge erzielt hat im militärischen Bereich. Die Zahl der abgeschossenen Flugzeuge, die ich erwähnt habe, ist ein Beispiel dafür. Die Zahl der menschlichen Verluste in den Reihen der iranischen Truppen ist so hoch, daß wir bis jetzt keinen richtigen Überblick darüber gewinnen konnten. Sobald aber diese Offensive beendet ist, werden wir eine genaue Auswertung all dieser Sachen erstellen, die wir natürlich der Weltöffentlichkeit vorlegen werden. Was ich sagen kann, ist, daß der Krieg in Oman ein sehr beweglicher Krieg ist, daß die Kräfte, die der Feind einsetzt, ständig zunehmen und es dadurch scheint, daß auf der anderen Seite die Kräfte der Revolution nicht wachsen.

Wir verlieren sicherlich Kämpfer, wir verlieren manchmal geringfügig an Gelände, aber die Form des Kampfes bei uns ist eine Mischung zwischen Guerilla-Krieg und Verteidigungskrieg der befreiten Gebiete. Die Verbesserung, die eingetreten ist in unserem Bodenverteidigungssystem gegenüber den Luftangriffen, hat zweifellos die Kampfkraft und die Moral unserer Genossen der Volksbefreiungsarmee gesteigert, aber auch den Kampfwillen der Massen, die jetzt wissen, daß ihre Viehherden und ihre Ernten von uns beschützt werden, und das Märchen von der starken Auswanderung der Volksmassen in den von Quabus beherrschten Teil Omans bleibt trotz aller Propaganda noch immer ein Märchen.

Der Hauptgrund für die Auswanderung ist ja gewesen die barbarischen Luftangriffe, denen die Viehherden und die Menschen in den befreiten Gebieten ausgesetzt waren. Nur das hat sie gezwungen, entweder in die Städte, die noch vom Sultan beherrscht werden, oder aber in die DVRJ. Wir meinen, daß diese Phase jetzt beendet ist.

Wie sieht die verbesserte Bodenverteidigung gegen die Luftangriffe aus?

Diese verbesserte Bodenverteidigung hat zwei Gründe. Einmal relativ bessere Waffen zu denen, die wir vorher hatten, und dazu haben uns die Befreiungsbewegungen der Völker überall gelehrt, daß dieser Faktor nicht zu unterschätzen ist. Zum zweiten aber haben unsere Genossen in der Volksbefreiungsarmee es gelernt, mit der Taktik der Flugzeuge unserer Feinde viel besser fertig zu werden. Das heißt aber nicht, daß wir beide Gründe gleichsetzen; für uns ist entscheidend der Mensch. In Vietnam haben wir es erlebt, daß die vietnamesischen Genossen der Volksbefreiungsarmee die Phantomflugzeuge mit Karabinern abschießen konnten. Wir haben demgegenüber Schnellfeuergewehre zur Hand, nämlich die Sebinow-Gewehre. Das erste Flugzeug, das wir 1972 herunterholen konnten, war eine Strike-Master-Maschine. Sie haben wir mit einer Kalashnikow heruntergeholt. Von daher ist es jetzt so, daß die iranischen und die jordanischen Piloten, die die Angriffe durchführen, sich keineswegs mehr sicher fühlen. Der Transport des Nachschubs an die umzingelten Stützpunkte ist für sie kein Spaziergang mehr, wie sie früher behauptet haben. Die Wahrscheinlichkeit, daß ihre Flugzeuge abgeschossen werden, wird von Tag zu Tag größer.

Was haben die Feinde erreichen können bei ihrer Anstrengung, die befreiten Gebiete vom Hinterland, der DVRJ, abzuschneiden?

Wir müssen hier prinzipiell festhalten, daß die Revolution in Dhofar ihre Widerstandsfähigkeit und ihre Kontinuität erhält durch die Volksmassen. Ich möchte hier nicht die historische Rolle leugnen, die das revolutionäre Hinterland der omanischen Revolution, nämlich die DVRJ, spielt. Es ist eine große Illusion, wenn unsere Feinde meinen, daß sie die Verbindungen zwischen der Revolution in Oman und den revolutionären Kräften in der DVRJ kappen können. Denn erstens sind die Beziehungen zwischen beiden Revolutionen nicht eine Frage von Transportwegen, sondern sie entspringen den gleichen Interessen beider Revolutionen. Diese Interessen bestehen in dem Kampf um Unabhängigkeit und gegen die Interessen und die Anwesenheit der Imperialisten in unseren Ländern.

Zweitens: Die Illusionen, die die Imperialisten darüber hegen, daß die Revolution in Dhofar mit dem Abschneiden der Nachschubwege zur DVRJ zu Ende sein wird, drückt ihre Wunschvorstellungen aus angesichts einer Lage, wo wir ihnen heftige Schläge und große Niederlagen bereiten, wodurch sie in eine schwere Krise gestürzt wurden. Es gibt keine abgeschnittenen Nachschubwege, es gibt keine zerstörten Verbindungen zwischen beiden Revolutionen; das zeigt die Entwicklung der Kämpfe und das wird der Gang der Geschichte im Golfgebiet beweisen.

Im Interview, das im Sommer in der Kommunistischen Volkszeitung verbreitet wurde, wird berichtet, daß bis zum Sommer sieben Stützpunkte entlang der Grenze zur DVRJ aufgebaut werden konnten. Bestehen sie noch oder hat sich die Lage mit der Regenzeit verändert?

Die befreiten Gebiete sind eine wahre Festung der Revolution. Jeder Stützpunkt, den die Feinde in diesen Gebieten aufbauen, verwandelt sich notwendigerweise zu einer großen Last für sie. Ein Stützpunkt ist nicht lediglich die Besetzung eines Stück Bodens. Ein Stützpunkt bedeutet ständiger Nachschub, Aufbau von Funkverbindungen und von einem Versorgungssystem. Es ist so, daß vom Wasser bis zur einzelnen Gewehrkugel die Stützpunkte nur von der Luft versorgt werden können.

Die Verbesserung unserer Bodenverteidigung bedeutet, daß jeder Stützpunkt, der in den befreiten Gebieten aufgebaut ist, von vornherein ein selbstmörderisches Unternehmen ist. Es gibt nur noch zwei Stützpunkte entlang der Grenze der DVRJ: Sarfid im Süden am Meer und Habrut im Norden. Sarfid wird besetzt gehalten von den Söldnertruppen des Sultans, gemeinsam mti den iranischen Truppen. Habrut in der Wüste im Norden wird noch von iranischen Truppen gehalten. Die iranischen Truppen versuchen verbissen und mit allen Mitteln Stützpunkte zu bauen, die diese beiden Basen miteinander verbinden. Bis jetzt haben sie keinen Erfolg gehabt. Die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee, die in der Lage sind, den britischen Stützpunkt in Salalah – das 200 Kilometer von der Grenze der DVRJ entfernt ist – mit Raketen, mit Kanonen und durch militärische Operationen anzugreifen, und die 1972 imstande waren, die noch weiter entferntere Stadt Marbut achtzehn Stunden lang besetzt zu halten und dort die Fahne der Revolution zu hissen, sind mit Sicherheit in der Lage, diese Stützpunkte, die ihnen sehr viel näher liegen, zu zerschlagen.



Heidelberg. 1 000 Menschen nahmen an der Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des Volkes von Oman teil. Auf der Veranstaltung berichtete der Genosse Rashed Said, Vertreter der PFLO, über den Befreiungskampf.

Solidaritätsaktionen in der BRD

Freiburg. Weit über 600 Menschen aus Freiburg und Umgebung begrüßten am 16. November begeistert den Vertreter der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO). Die Veranstaltung war begleitet von Liedern und Tänzen der Arabischen Studentenvereinigung Freiburg sowie der Liedergruppe des KBW. Immer wieder von Beifall unterbrochen wurde der Beitrag des Vertreters der PFLO als er darstellte, wie der bewaffnete Kampf 1965 "mit sieben Revolvern und ein paar Männern" begann und welche Erfolge die Revolution und der Kampf um nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bereits errungen haben: daß trotz eines riesigen Heeres von einheimischen und ausländischen Söldnern aus dem Iran, aus Großbritannien und Jordanien es gelungen ist, ein befreites Gebiet zu schaffen. Dort wurde die Befreiung der Frau durchgeführt, 50 % der Befreiungsarmee sind Frauen. Eine Aggrarreform wurde durchgeführt, aller Boden wird bebaut und eine Mechanisierung der Landwirtschaft eingeleitet. Die alte Stammesgesellschaft, die Feindschaft und Rivalität zwischen verschiedenen Stämmen und Sippen wurden beseitigt und mit dem Aufbau der Volksherrschaft begonnen. Im Erziehungswesen sind große Erfolge in der Beseitigung des Analphabetismus erzielt worden, auch der politische Analphabetismus wird durch die Schulung der theoretischen Schriften der Revolution zunehmend besiegt.

In einer Reihe von Beiträgen wurde betont, welche Unterstützung der Befreiungskampf des Volkes von Oman finden kann. Aus Offenburg wurde berichtet, daß eine Unterstützungsgruppe gegründet wurde und auf einer ersten Veranstaltung mit 22 Anwesenden 150 DM gesammelt wurden. Diese wurden dem Vertreter der PFLO überreicht. Eine Schülerin aus einer 7. Klasse der Sonderschule Wallbachschule II in Offenburg überreichte ein Bild, das sie in ihrer Klasse gemalt hatten. Der Kommunistische Schülerbund Freiburg überreichte 41 DM, die auf einem Fest gesammelt worden waren. 1.080 DM wurden eingenommen bei einem Basar, den die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) Freiburg gemeinsam mit der Aktion Dritte Welt in der Innenstadt durchgeführt hatte.

Darmstadt. Zur Unterstützung der Rundreise einer Delegation der PFLO (Volksfront für die Befreiung Omans) durch Westdeutschland hat das Nahostkomitee Darmstadt, unterstützt von anderen Organisationen, am 15.11. in der "Kanne" eine Solidaritätsveranstaltung durchgeführt.

Durch Informationsstände, Plakate und Flugblätter hatte das Nahostkomitee über den Kampf des omanischen Volkes gegen den Imperialismus informiert und erreicht, daß ca. 250 Menschen zu der Veranstaltung kamen und damit ihre Solidarität zum Ausdruck bringen.

Der Film "Die Stunde der Befreiung hat geschlagen" hat erheblich dazu beigetragen, daß den Anwesenden nicht nur klar wurde, daß der Kampf des omanischen Volkes gerecht ist, sondern, daß dieser Kampf auch direkt den Klassenkampf in Westdeutschland unterstützt, indem er durch seine Erfolge den Imperialisten immer neue Schläge versetzt, die ihn letztendlich zum Rückzug zwingen werden. – **(m.)**

Die Herren Australiens lassen die Regierung fallen

Mit der Ankündigung eines Generalstreiks haben die australischen Gewerkschaften auf die Absetzung der Labour-Regierung durch den Generalgouverneur Sir John Kerr reagiert. Unmittelbar nach der Absetzung der Regierung am 11. November hatte es Massendemonstrationen in den größeren Städten Australiens gegeben. Die Dockarbeiter und die Seeleute traten in den Streik. Arbeiter stürmten die Börse, die mit einem Kursaufschwung auf die Maßnahme des Generalgouverneurs reagiert hatte.

Da die Aktionen der Arbeiter und Studenten anhalten, sieht sich die bürgerliche Presse zu der Feststellung veranlaßt, Australien gehe ungewissen Zeiten entgegen. Nach Jahren der Ruhe, in denen sich die Volksmassen weitgehend unpolitisch verhalten hätten, sei nun die Entwicklung umgeschlagen, was sich in einer immer stärker werdenden Polarisierung ausdrücke. Die Gewalt habe die Straße ergriffen, ist die Feststellung der französischen Tageszeitung "Le Monde" (16./17. November), und das "Handelsblatt" warnt vor erbitterten Arbeitskämpfen in der Zukunft (13. November).

Ein Programm des internationalen Finanzkapitals soll durchgesetzt werden

Der Zweck, der mit der Absetzung der Labour-Regierung erreicht werden sollte, ist ein Regierungsprogramm gemäß den Wünschen des internationalen Finanzkapitals. Austra-
gramm gemäß den Wünschen des internationalen Finanzkapitals. Austra-
lien ist ein überaus rohstoffreicher Erdteil. Das Finanzkapital übt infolge der britischen Kolonialherrschaft seit jeher die Kontrolle über die Rohstofflager und die Ausbeutung der Rohstoffe in Australien aus. Um die Ausplünderung der nationalen Reichtümer durch die imperialistischen Monopole einzuschränken und für ihre Reformpolitik nutzbar zu machen,



Australische Gewerkschafter demonstrieren gegen die Absetzung der Labour -Regierung

hatte die sozialdemokratische Labour-Regierung den vorsichtigen Versuch unternommen, die Bergwerke und Rohstofflager den internationalen Monopolen abzukaufen. Die Regierung verfolgte den Plan, die internationalen Gesellschaften mit Geld zu entschädigen. Das Geld wollte sie sich von den Ölländern beschaffen. Zunächst wurde der Export von Rohstoffen der staatlichen Kontrolle unterworfen und mengenmäßig begrenzt. Den Öldollar-Kredit jedoch konnte die Regierung sich nicht beschaffen. Offenbar wurden die Verhandlungen über zwielichtige Mittelsmänner eingeleitet. Die Regierung geriet darüber unter Druck. Korruption und persönliche Bereicherung konnte verschiedenen Regierungsvertretern angehängt werden. Nachgeholfen wurde noch durch Veröffentlichung von Schlafzimmergeschichten der verantwortlichen Minister, dem Finanz- und dem Handelsminister. Die beiden mußten entlassen werden. Die Beschaffung des 6-Milliarden-Dollar-Kredits außerhalb des internationalen Finanzkapitals, das Australien kontrolliert, war vorerst gescheitert. Da sonst kein Geld da war, wagte sich die Regierung auch nicht an die Besitzverhältnisse hinsichtlich der Rohstofflager heran.

Die sozialdemokratische Labour-Regierung hatte 1972 und 1974 jeweils die Wahlen zum australischen Unterhaus, dem Repräsentantenhaus, mit knapper Mehrheit gewonnen. Sie löste daher 1972 die Koalition der Agrarpartei und der Liberalen Partei ab. Diese Koalition hatte Australien 23 Jahre lang regiert und immer das Land weit offen gehalten für die Ausplünderung durch den Imperialismus.

Die Regierungsmaschine wird blockiert

Diese konservative Regierung entsprach auch dem Wunsch des US-Imperialismus und entsandte ein Hilfscorps nach Vietnam. Während diese Koalition nun im Unterhaus die Mehrheit verlor, hatte sie sich im Senat, dem australischen Oberhaus, halten können. Ihre verbliebene Mehrheit im Senat nutzten diese Parteien dann, um die Regierungsarbeit zu blockieren. Sie verweigerten vor sechs Wochen die Zustimmung zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1975/76. Schon einmal, vor genau einem Jahr, hatte die konservative Opposition über die Ablehnung des Haushalts im Senat Neuwahlen erzwungen, ohne sich bei diesen Wahlen durchsetzen zu können. Jetzt hatte sie wieder ihre Zustimmung von Neuwahlen abhängig gemacht.

Die Lage in Australien aber hatte sich seitdem verändert, so daß dieses Mal die Labour-Regierung nicht bereit war, Neuwahlen auszuschreiben. Sie fürchtete die Mehrheit zu verlieren. Denn die Lage der werktätigen Bevölkerung hatte sich wesentlich verschlechtert: Die Arbeitslosenquote beträgt derzeit 6 Prozent, und die Inflationsrate liegt trotz Preisstopp bei jährlich 17 Prozent. Enthüllungen über Korruptionsgeschichten und
über Korruptionsgeschichten und
Skandalaffären von Ministern und anderen hohen Regierungsvertretern taten ein übriges, so daß die "Beliebtheitskurve" der Labour-Regierung in der öffentlichen Meinung nach Umfrageergebnissen jedenfalls stark fallende Tendenz aufwies.

Die Regierung suchte sich über Wasser zu halten und die Regierungsarbeit vorerst mit Bankkrediten fortzusetzen. Aber die Banken verweigerten die Kredite. Das Düsseldorfer "Handelsblatt", das sein Ohr immer offen hat für die Interessen des internationalen Bankkapitals, bemerkt hämisch: "Die Experimente bei der Finanzierung ihrer Ausgaben ohne die Mittelbewilligungen des Parlaments, stattdessen mit selbstgedruckten Schuldscheinen oder Kredit-Coupons sowie mit den Einlagen der Sparer, haben sich Australiens Labour-Regierung als eine zu hohe Hürde erwiesen." (13. November)

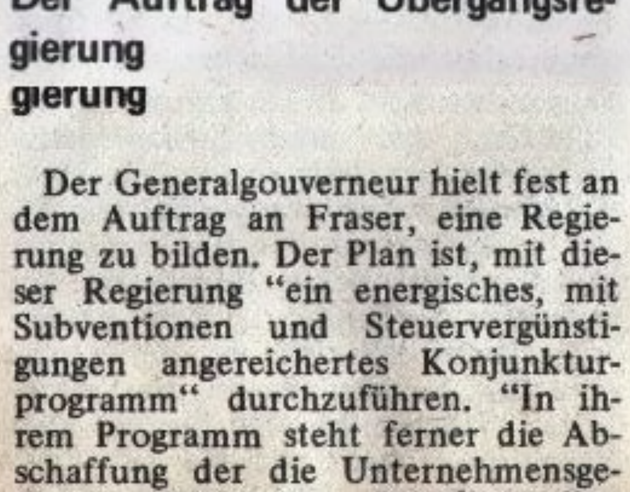
Der Generalgouverneur – Vertreter der britischen Krone und Mann des Imperialismus

Um aus der ausweglosen Lage herauszukommen, versuchte die Regierung schließlich Neuwahlen für den Senat durchzusetzen. Dieser Plan jedoch wurde verhindert durch das Eingreifen des Generalgouverneurs: Er entläßt die Labour-Minister und setzt den Führer der Großagrarier, Malcolm Fraser, als Regierungschef ein. Wer ist der Generalgouverneur?

Der Generalgouverneur repräsentiert heute das Staatsoberhaupt Australiens. Das Staatsoberhaupt Australiens aber ist formell die britische Königin: "Elizabeth, von Gottes Gnaden Königin von Australien und anderen Königreichen und Territorien, überhaupt des Commonwealth ..."

Der Generalgouverneur ist eine Einrichtung, die aus der britischen Kolonialherrschaft über diesen Erdteil stammt. Mit "Gouverneuren Seiner Majestät ..." hat der britische Imperialismus sein Weltreich im vergangenen Jahrhundert regiert. Von diesen Gouverneuren ging alle Gewalt und Unterdrückung aus. Seine Fortexistenz in Australien, das seit 1901 ein souveräner Staat ist, verdankt dieses Amt der Tatsache, daß Großbritannien im Vertrag von Westminster 1931 darauf verzichtet hat, über den Generalgouverneur sich in die australische Politik einzumischen. Deshalb wird heute der Gouverneur auch nicht von der britischen Königin oder der britischen Regierung ernannt, sondern von der australischen Regierung. Die Königin hat ihre Zustimmung zu geben.

Dennoch wurde die Stellung dieses Repräsentanten der britischen Krone ausgenutzt, um ein Programm des internationalen Finanzkapitals durchzusetzen. Augenblicklich nach der Ernennung des Oppositionsführers zum neuen Regierungschef ließ der Senat die Haushaltsgesetze passieren. Und als die Labour Party daraufhin einen Mißtrauensantrag im Unterhaus gegen den neuen Regierungschef durchbrachte und die Wiedereinsetzung in die Regierung forderte, mußte der Mann der Krone ein zweites Mal eingreifen: Er löste beide Kammern auf und setzte Neuwahlen an, die nun am 13. Dezember durchgeführt werden sollen.



Der Auftrag der Übergangsregierung
gierung

Der Generalgouverneur hielt fest an dem Auftrag an Fraser, eine Regierung zu bilden. Der Plan ist, mit dieser Regierung "ein energisches, mit Subventionen und Steuervergünstigungen angereichertes Konjunkturprogramm" durchzuführen. "In ihrem Programm steht ferner die Abschaffung der die Unternehmensgewinne einengenden Preiskontrollen und die Aufgabe der restriktiven Exportkontrollen bei Rohstoffen." (Handelsblatt, 13. November) Die Interessen hinter diesem Programm sind eindeutig. Es sind die Interessen des internationalen Finanzkapitals, insbesondere des US-amerikanischen, sowie die Interessen der Großbourgeoisie und der für den Export produzierenden Großagrarier. Die Labour-Regierung geriet zu diesen Interessen in Widerspruch, weil sie gezwungen war, unter der sich abzeichnenden Niederlage der US-Imperialisten in Vietnam, wobei eigene australische Truppen beteiligt waren, die Auswirkungen dieser Niederlage auf Australien so gering wie möglich zu halten. Politisch war sie gezwungen, sich auf eine Lage einzurichten, die gekennzeichnet war durch einen großen Aufschwung des Strebens nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit aller Staaten im südostasiatischen Raum. Dabei ist die Labour-Regierung jetzt vorerst von den Herren Australiens gestoppt worden. Die Art ihres Eingriffs, nach Druck der Banken mit einem Überbleibsel der alten Kolonialherrschaft, hat Unruhe geschürt und die arbeitenden Klassen Australiens zur Aktion getrieben. Das imperialistische Manöver hat dem Klassenkampf in Australien Auftrieb gegeben. – (g.j.)



Demonstration gegen den spanischen Faschismus

Frankfurt. 3 000 deutsche und spanische Kollegen folgten einem Aufruf verschiedener spanischer Organisationen (darunter PSOE, PCE, MCE und FRAP) zu einer Demonstration am 15.11. in Frankfurt. Die Teilnehmer kamen zum größten Teil aus der Region.

Die Demonstranten forderten vor allem: Keine Fortführung des Franco-Regimes nach Franco! Keine Monarchie! Auflösung aller faschistischen Unterdrückungsorgane! "Mörder, Faschisten, das Volk wird Euch richten!" war tausendfach die Parole.

Vielfach wurde sich auch gegen alle Versuche, die Herrschaft der Oligarchie in parlamentarisch verbrämter Form fortzusetzen, gewandt. Ein Großteil der Demonstranten trat ein für Volksmacht und Sozialismus.

Weiter wurde gegen die imperialistische Ausplünderung und Einmischung in Spanien aufgetreten und insbesondere gefordert: "Schluß mit der Unterstützung des Regimes durch die Bundesregierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse!"

UdSSR - Ein imperialistischer Ausbeuter

Wie mehrfach berichtet, läßt sich die UdSSR von der DDR, Polen, Ungarn, der CSSR und Bulgarien die größte Erdgasleitung der Welt, die Orenburger Erdgasleitung, bauen. Die Rohre dafür sind in westlichen Ländern auf Kredit gekauft, der mit späteren Gaslieferungen bezahlt wird. Beim Bau der Leitung führt die UdSSR die Aufsicht; Kapital und Arbeitskräfte müssen von den kleineren RGW-Ländern der UdSSR zur Verfügung gestellt werden und sollen in Zukunft ebenfalls mit Gaslieferungen zurückgezahlt werden. Nach etwa zehn Jahren ist die Leitung bezahlt und gehört dann der UdSSR, die außerdem die Gaspreise nach freiem Gutdünken gestaltet.

Das "Neue Deutschland" hat nun unfreiwillig enthüllt, daß die UdSSR auch als Bankkapitalist einen fetten Schnitt beim Bau der Leitung macht. Auf die Frage einer Leserin, wer Kredite von der 1970 gegründeten Investitionsbank des RGW erhält, antwortet das "Neue Deutschland" am 25./26. Oktober, daß 75 Prozent der Kredite den Brennstoff- und Energievorhaben der RGW-Länder dienen. Einen der größten Kredite habe die Bank für den Bau der Rohrleitung gewährt.

Am Gründungskapital der Bank in Höhe von 1 Milliarde Rubel (davon 30 Prozent in westlichen Währungen oder Gold) sind beteiligt: Bulgarien mit 85,1 Millionen, DDR mit 176,1 Millionen, Mongolische Volksrepublik mit 4,5 Millionen, Polen mit 121,4 Millionen, Rumänien mit 52 Millionen, CSSR mit 129,9 Millionen, Ungarn mit 83,7 Millionen und die UdSSR mit 399,3 Millionen. (Nach: Politische Ökonomie Kapitalismus, Sozialismus, Berlin 1974)

Der Mechanismus läuft also folgendermaßen: Die UdSSR läßt sich in eine Bank, in der sie den größten Anteil hat, nämlich 400 Millionen Rubel von 1 Milliarde, Geld einzahlen. Damit finanziert sie zum Teil eigene Entwicklungsvorhaben, z.B. die Erschließung des Orenburger Erdgaslagers. Dann bestellt sie sich in den westlichen Ländern Rohre, die später mit Gas bezahlt werden. Die ungeheuren Investitionen wie Straßen, Leitungen, Unterkünfte, Maschinen, Brücken usw. und die Zehntausende Arbeiter zum Bau der Leitung läßt sie sich von kleineren RGW-Ländern stellen. Die können nicht bezahlen. Also müssen sie bei der Investitionsbank einen großen Kredit aufnehmen, den sie **mit Zinsen** zurückbezahlen müssen. (Vgl. das angegebene Werk auf Seite 777)

Diese Zinsen werden natürlich umgerechnet auf die Anteile – und die neue herrschende Klasse der UdSSR hat am Ende nicht nur eine wunderschöne Gasleitung, die Milliardeneinnahmen durch den Verkauf des Gases, sondern nebenbei als größter Anteilseigner bei der Investitionsbank einen fetten Zinsgewinn. Zahlen müssen die Arbeitermassen in den kleineren RGW-Ländern durch ungeheuer gesteigerte Arbeitsleistung.

Das sind nicht Geschäfte zwischen einem größeren und einigen kleineren kapitalistischen Ländern, das sind Geschäfte, die eine imperialistische Supermacht mit Halbkolonien macht. – **(mo)**

Die UNO-Resolution klärt die Fronten

Der Zionismus - eine Form des Rassismus

Der 10. November war ein großer Tag für das palästinensische Volk und die arabischen Völker. Die Vereinten Nationen haben da drei wichtige Resolutionen verabschiedet, die in verschiedener Weise konkrete politische und diplomatische Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf bedeuten. Mit den drei Resolutionen verurteilte die UNO den "Zionismus als eine Form des Rassismus", richtete einen besonderen Ausschuß ein, um die Sache des palästinensischen Volkes zu verfolgen und zu unterstützen, und bestätigte, daß für Verhandlungen, die das Ziel haben, die Mittel-Ost-Frage zu lösen, die Teilnahme der PLO erforderlich ist. Diese wichtigen Resolutionen wurden fast auf den Tag genau ein Jahr, nachdem der PLO-Führer Yassir Arafat zum ersten Mal vor der UNO sprach, gefaßt, wo die PLO den Status einen ständigen Beobachters erhielt "als einzig legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes".

72 Staaten stimmten für die Resolution, 35 – zumeist die westlichen imperialistischen Staaten und ihr nächster Anhang – stimmten dagegen. 32 Staaten enthielten sich. Die Sowjetunion stimmte für die Verurteilung des Zionismus, was sie aber nicht daran hindert, gleichzeitig Beziehungen zu Israel zu suchen und die zionistische Staatsgründung auf arabischem Land grundsätzlich anzuerkennen.

Selten war die Wut in der westlichen imperialistischen Welt so offen und einhellig wie über diesen UNO-Beschluß. Keine große Zeitung in Westdeutschland, die den UNO-Beschluß nicht verurteilen würde:

"Auf dem Boden Amerikas, dort also, wo Abraham Lincoln die Sklaverei abschaffte und seine Nachfolger in unserer Zeit die Gleichheit der Rassen mit Gesetzeskraft vollenden, dort, wo Hunderttausende verfolgter Juden eine Zuflucht und ein Leben in Freiheit fanden, dort ereignete sich Entsetzliches: Im Hochhaus am East River beschloß eine Mehrheit der UNO-Vollversammlung, den Zionismus als Rassismus zu erklären und zu verurteilen", entrüstet sich künstlich Axel Cäsar Springer in der "Welt". Von dem Mann war keinerlei Entsetzen zu hören, als Tag für Tag amerikanische B-52-Bomber die Bauern Vietnams, Kambodschas und Laos' terrorisierten und Millionen von ihnen umbrachten.

Der israelische Botschafter Herzog hat die Resolution als "den ersten organisierten Angriff auf eine etablierte Religion seit dem Mittelalter" bezeichnet. Die "Bild"-Zeitung schreibt: "Die Erinnerung an brennende Synagogen wurde wach." "Erschüttert" gar soll der amerikanische UNO-Botschafter laut "Bild" gesagt haben: "Die Vollversammlung gewährt heute den Mördern von sechs Millionen Juden eine symbolische Amnestie."

Der Zionismus rechtfertigt die Unterdrückung der arabischen Völker

Völker

Sie alle berufen sich darauf, der Zionismus sei die gerechte Antwort der Juden auf den Antisemitismus und im Grunde das gleiche wie die jüdische Religion. Tatsächlich ist der Zionismus wie der Antisemitismus eine imperialistische Ideologie. Er ist die Rechtfertigung für den Versuch, das arabische Volk aus Palästina zu vertreiben, die palästinensische Nation zu zerstören und einen Kolonialistenstaat auf fremdem Boden aufzubauen. Einen Kolonialistenstaat, der die arabischen Völker spalten und zu beherrschen erlaubt und so dazu beitragen soll, die Erdölreichtümer im Nahen und Mittleren Osten für den Imperialismus zu sichern.

Von dieser Wahrheit haben sich bis heute immer mehr Völker überzeugt. Wesentliche Voraussetzung dazu war der mutige Kampf der arabischen Völker gegen den israelischen Aggressor. Seit seiner Niederlage im Oktoberkrieg 1973 finden die zionistischen Propagandalügen in der Welt immer weniger Gehör.

In der Bundesrepublik können die Zionisten und Imperialisten jedoch immer noch viele verunsichern und für die Unterstützung Israels gewinnen, indem sie schamlos die gerechtfertigte Abscheu über die Verbrechen des Hitlerfaschismus ausnutzen, der mit der Hetzparole "Volk ohne Raum für einen Raum ohne Volk" sich darangemacht hatte, andere Völker zu versklaven und auszurotten.

Doch die Geschichte des Zionismus und die Entstehung des Staates Israel beweisen: Der Zionismus ist zwar eine Reaktion auf den Antisemitismus, doch keineswegs bekämpft er die Grundvoraussetzungen, aus denen der Antisemitismus entspringt. Vielmehr stimmt der Zionismus in entscheidenden Grundlagen mit der faschistischen Ideologie vom "Volk ohne Raum", das einen "Raum ohne Volk" besetzt, überein.

Theodor Herzl, Begründer der zionistischen Bewegung und in Israel als Stammvater des Staates verehrt, schreibt in seinen Tagebüchern:

"In Paris ... gewann ich ein freies Verhältnis zum Antisemitismus, den ich historisch zu verstehen und zu entschuldigen anfing." (T. Herzl, Tagebücher, Band I) Der Antisemitismus wurde als direkter Zubringer für den Zionismus betrachtet. So kam es, "daß in den Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland, als in der ganzen jüdischen Welt die Demonstrationen und Protestaktionen gegen das NS-Terror-Regime ihren Höhepunkt erreichten, die Stimme des Zionismus nicht zu hören war". (Y. Eban, Tel Aviv 1972) Wie der Antisemitismus hat er seine Wurzel in der Krise des imperialistischen Systems und weigert sich, dessen Ursachen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die dadurch verursachte Unterdrückung sozialer, religiöser und kultureller Minderheiten zu bekämpfen. "Unsere heute schon weit verbreitete Bewegung hat überall einen erbitterten Kampf mit den Umsturzparteien zu bestehen, die in ihr mit Recht einen Feind wittern." (Herzl, nach: E. Fried, Antizionismus = Antisemitismus?)

Vielmehr sieht der Zionismus im Antisemitismus die günstige Gelegenheit zur Verwirklichung eines gleichfalls imperialistischen Projektes, die Errichtung eines eigenen jüdischen Staates auf fremdem Land, das neben dem heutigen Staatsgebiet Israels Teile des Sinai, den größten Teil Transjordaniens und Syriens bis zum Euphrat umschloß.

Der Gründermythos

Als die Vereinten Nationen noch Instrument der Imperialisten waren, "waren die Vereinten Nationen, getreu ihrer selbstgestellten Aufgabe, vor 27 Jahren Paten bei der Wiedergeburt einer jüdischen Heimstatt auf dem geweihten historischen Boden von Palästina". (Springer, Die Welt, 15. November) Zum Anspruch auf diesen Boden bemerkt Walter Hollstein in seinem Buch "Kein Frieden um Israel": "Daß die heutigen Juden

um Israel": "Daß die heutigen Juden

Nachfahren der Hebräer sind, konnten auch jüdische Anthropologen nicht beweisen, daß die Juden und nicht die Araber als Ureinwohner Palästinas erscheinen, läßt sich ebenfalls nicht belegen, ... daß die Juden stets schon nach Palästina zurückkehren wollten, erweist sich bei historischer Prüfung als falsch. Richtig ist einzig, daß Palästina vor zweitausend Jahren die Heimat der Juden gewesen ist." Wenn das aber die Besetzung Palästinas rechtfertigen soll, dann hätten die Türken auch Anspruch auf den ganzen Balkan und die Mauren auf Spanien, von wo sie nicht vor zweitausend Jahren vertrieben wurden, sondern erst Ende des Mittelalters. Das rassistische Sendungsbewußtsein drückt Herzl so aus: "Wir gedenken nach Palästina als Bringer von Gesittung zu kommen und die moralischen Grenzen Europas bis an den Euphrat hinaus zu rücken." (Fried, a.a.O.) "Wir würden den Vorposten der Kultur gegen die Barbarei besorgen ..."

Um ihr verbrecherisches Unternehmen mit einem Schein von Rechtmäßigkeit zu umgeben, verbreiten die Zionisten und ihre imperialistischen Nutznießer heute das Märchen vom "Volk ohne Land, das ein Land ohne Volk" kultivierte; aus malariaverseuchten Sümpfen und Wüsten, in denen sonst kein Mensch hätte leben wollen, hätten sie einen blühenden Garten gemacht.

Solange Kolonialismus und ihn rechtfertigender Rassismus noch Zukunft hatten, traten auch die Zionisten wie Herzl, Ben Gurion, Rabin, Allon "ehrlich" als Kolonialisten und Rassisten auf.

Vertreibung und Vernichtung der Palästinenser

Palästina war, als die jüdische Kolonisationsbewegung einsetzte, ein besiedeltes Land und wies im Durchschnitt sogar eine stärkere Bevölkerungsdichte auf als die Nachbarländer.

Was mit den Arabern geschehen sollte, kommentierte die israelische Tageszeitung "Ha'aretz": "Die Politik in Israel den Arabern gegenüber kann man nur mit der Politik in den USA des vergangenen Jahrhunderts den Indianern gegenüber vergleichen." (Zitiert nach: Der Spiegel) Die Methoden im zwanzigsten Jahrhundert wies bereits Herzl: "Palästina hat bereits seine Einwohner ... Deshalb müssen wir uns darauf vorbereiten, die eingesessenen Stämme entweder mit dem Schwert zu verjagen, wie das unsere Vorfahren getan haben, oder mit dem widerwärtigen Problem konfrontiert zu sein, das eine große fremde Bevölkerung darstellt." (Israel Zangewil, nach: Hollstein, Seite 55) "Kämen wir beispielsweise in die Lage, ein Land von wilden Tieren zu säubern, würden wir es nicht in der Art der Europäer aus dem fünften Jahrhundert tun. Wir würden nicht einzeln mit Speer und Lanze gegen Bären ausziehen, sondern eine große fröhliche Jagd veranstalten, die Bestien zusammentreiben und eine Melinitbombe unter sie werfen." (Herzl, nach: Fried, a.a.O.)

Erich Fried, selber Jude und vom Nazifaschismus verfolgt, kommentiert: "Mich erinnert das, ganz von ferne natürlich, an Adolf Hitlers ersten Wunschtraum von den Gaskammern."

Das Ergebnis wird in einer Rede Mosche Dayans vor Studenten der Technischen Hochschule in Haifa



Zerstörung palästinensischer Wohngebiete durch die zionistischen Besatzer

("Technion") kommentiert, über welche die israelische Tageszeitung "Ha'aretz" vom 4. April 1969 berichtet: "Wir kamen in dieses Land, das bereits von Arabern bewohnt war, und errichteten hier einen hebräischen, d.h. einen jüdischen Staat. In großen Gebieten kauften wir die Ländereien von den Arabern ab. Jüdische Dörfer entstanden an der Stelle arabischer Dörfer. Ihr kennt nicht einmal die Namen dieser Dörfer, und ich werfe euch dies auch nicht vor, da die entsprechenden Erdkundebücher nicht mehr existieren. Nicht nur die Bücher existieren nicht, auch die Dörfer gibt es nicht mehr. Hahalal entstand an der Stelle von Mah'lul ... Nicht eine Ortschaft wurde hier im Land an einer Stelle aufgebaut, an der es zuvor nicht eine arabische Bevölkerung gegeben hätte." Professor Schahak, gleichfalls Jude und Vorsitzender der israelischen Sektion der Liga für Menschenrechte, stellt in einer Studie fest, daß so insgesamt 385 Ortschaften, die bis 1948 bestanden, ausgelöscht wurden.

Auf Mord und Totschlag begründet

Wie auch Dayan stellen die Zionisten immer die Behauptung auf, "abgekauft" wäre das Land den Arabern worden. Aber welche Bauern verkaufen freiwillig ihr Land, ihr Haus, ihr Dorf? In einer Untersuchung stellt Sykes (London 1965) fest: "Die 8 100 Fellachen aus 22 Dörfern, die durch den Landverkauf der Großgrundbesitzerfamilien Ssursuks an die Zionisten Anfang der zwanziger Jahre ihr Land verloren hatten, erhielten von den zionistischen Organisationen genau ein halbes Pfund pro Kopf."

Zum Zeitpunkt des UNO-Beschlusses über die Teilung Palästinas am 29. November 1947 befanden sich nur 5,7 Prozent des Landes in jüdischer Hand, während der Beschluß dem zionistischen Teilstaat 56,4 Prozent des palästinensischen Gebietes zusprach.

Die Vertreibung erfolgte durch Terrorbanden, die im offiziellen Sprachgebrauch als "Selbstschutzorganisationen" bezeichnet werden. Yigal Allon, der jetzige israelische Außenminister, z.B. war damals Führer einer dieser Terrorbanden, der "Haganah-Elitetruppe" "Palmah". In seinem Buch "Ha Sepher Ha Palmah" beschreibt er, wie er unter der arabischen Bevölkerung das Gerücht verbreiten ließ, daß alle arabischen Dörfer verbrannt würden und die Bewohner fliehen sollten, solange dazu noch Zeit wäre.

"Aus dem Repertoire der Terrorgruppen nur eine kleine Auswahl: Am 4. November 1944 ermordeten zwei Stern-Mitglieder (eine andere "Selbstschutzorganisation", Red.) den britischen Staatssekretär Lord Moyne, der sich gegen die zionistische Politik wandte. Am 22.7.1946 sprengten in Jerusalem Irgun-Mitglieder (Irgun = "Selbstschutzorganisation") das Hauptquartier der britischen Mandatsarmee in die Luft: 91 Tote. Im September 1948 brachte die Irgun den UN-Vermittler Graf Bernadotte in Jerusalem um. Am 9. April 1948 überfielen Trupps der Irgun und des Stern das arabische Dorf Deir Yassin und töteten alle rund 250 Einwohner einschließlich der Frauen und Kinder. Die Aktion war wohlüberlegt. Durch sie wurde die arabische Massenauswanderung aus Palästina eingeleitet. (...) Der Beauftragte des Internationalen Roten Kreuzes, der Schweizer Jacques de Reynier, der einen Tag nach dem Massaker den Ort besuchte, berichtete: 'Sie hatten das Aufräumen mit Handgranaten besorgt und ihr Werk mit Messern vollendet.' " (Darmstädter Studenten Zeitung, Nr. 138-140)

Selbst Winston Churchill wurde es unwohl dabei, wie die imperialistische Saat aufging: "Wenn unsere Träume für den Zionismus sich in Pistolenrauch von Mördern auflösen sollten und wenn unser Mühen für die Zukunft des Zionismus nur eine neue, den Nazis ebenbürtige Bande von Gangstern hervorbringen sollte, dann müssen ich und meinesgleichen unseren so beharrlich vertretenen Standpunkt gründlich revidieren. Wenn es eine Hoffnung auf eine friedvolle und erfolgreiche Zukunft für den Zionismus geben soll, dann müssen diese unheilvollen Aktionen aufhören und die dafür Verantwortlichen mit Haut und Haar ausgerottet werden." (Sami Hadawi, Bittere Ernte, 1969)

Der Terror gegen die Palästinenser geht weiter

Die früheren Anführer der Terrorbanden stellen jetzt die Führer des zionistischen Staates Israel. Statt Pistolen verwenden sie jetzt ihre Kriegsmaschinerie, die Methoden und Ziele haben sie nicht aufgegeben. Isaak Rabin, der jetzige Ministerpräsident, beschreibt das Vorgehen in den besetzten Gebieten: "Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen ..., wird es kein einziges Dorf mehr geben, in das die Araber zurückkehren können." (Nach: Dominique Lapierre, Paris 1971) Neben den 385 ausgelöschten alten Dörfern wurden in den 1967 neu besetzten Gebieten seit dem Sechstagekrieg 16 312 arabische Wohnstätten zerstört und dazu auf den Golan-Höhen, aus strategischen Gründen, wie offiziell erklärt wurde, 35 ganze Dörfer." (E. Fried, a.a.O.)

Annexionen und kein Ende

Das bereits Ausgeführte beweist auch, daß die territoriale Expansion unter dem Vorwand, gegenüber Angriffen der arabischen Völker sichere Grenzen schaffen zu müssen, kein Zufall ist. David Ben Gurion hat den Ausspruch verkündet: "Kein Zionist kann auch nur auf den kleinsten Teil von Erez Israel verzichten." Deshalb wurde bei der Proklamation des Staates 1947 auch nicht auf die Grenzen eingegangen. Von der Zeitung "Ma'ariv" nach dem Grund gefragt, antwortete Ben Gurion: "Ich habe gewußt, daß der Staat durch unsere Armee und nicht durch die UNO geschaffen wird; das hat uns in der Grenzfrage geholfen. Ich wurde von zwei Juristen gefragt: Wir erklären wir die Entstehung des Staates ohne seine Grenzen festzulegen? Und ich antwortete: Wir sind dazu nicht gezwungen. Die Vereinigten Staaten wurden von 13 Staaten gegründet, ohne die Grenzen festzulegen ... mir war klar, daß die jüdische Armee die Grenzen festlegt."

Während die Weltöffentlichkeit ständig durch eine wilde Araberhetze getäuscht wurde, verlegten die Zionisten in mehreren Kriegen die Grenze immer weiter in arabisches Land. Mit dem Trugbild vom "kleinen David", der vorm großen arabischen Goliath geschützt werden müsse, warben die Imperialisten gleichzeitig international um Unterstützung für diese verbrecherische Politik.

Die Methoden der Annexion beschreibt Dajan: "Wir müssen, ohne formell die Annexion der besetzten Gebiete zu proklamieren, in diesen befreiten Gebieten vollendete Tatsachen schaffen." (Le Monde, 22. Dezember 1970) Wobei schon eine Einstellung notwendig ist, wie sie der deutsche Faschismus etwa gegenüber Polen an den Tag gelegt hat, wenn der Raub von neuem palästinensischem Land und die Unterjochung seiner Bevölkerung als "Befreiung" bezeichnet werden.

Vollendete Tatsachen schaffen heißt, die noch ansässigen Araber vertreiben durch Terror, psychische Erpressung, indem ihnen ihre Produkte nicht mehr abgenommen und andere an sie nicht verkauft werden, indem Arbeit nur für "jüdische Arbeiter" zur Verfügung gestellt wird, zum Beispiel auch die zionistische Gewerkschaft Histadrut nur Juden offensteht, während Palästinensern die gewerkschaftliche wie politische Organisierung verboten ist.

Gleichzeitig werden in den zusammengeraubten Gebieten "Wehrdörfer" errichtet, israelische Besatzersiedlungen, die die Besitznahme vollziehen. Versuchen die Palästinenser oder Araber dagegen durch Kommandounternehmen oder Raketenbeschuß vorzugehen, entfesselt die prozionistische und proimperialistische Presse ein chauvinistisches Geheul von der "Barbarei der Araber", die friedliche jüdische Siedlungen angreifen würden, was z.B. gerade bezüglich des von Syrien geraubten Golan passiert.

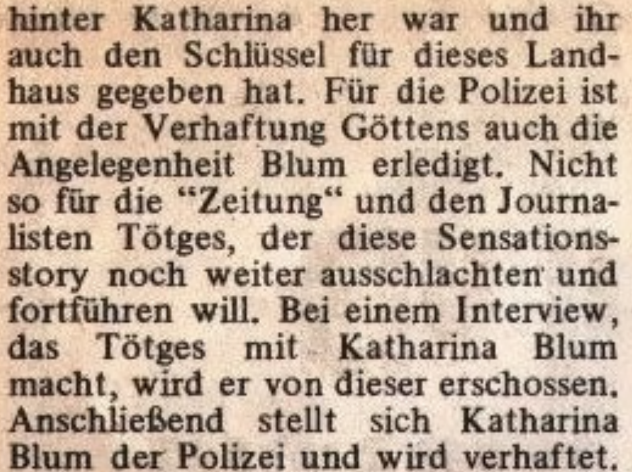
1968, am 7. Juli, sagte General Mosche Dayan in "Ma'ariv": "Im Laufe der letzten hundert Jahre hat unser Volk einen nationalen und staatlichen Aufbauprozeß, durch Expansion, durch das Erreichen von mehr Juden, Niederlassungen und Kolonisation, um hier die Grenzen auszuweiten, durchgemacht. Es darf keinen Juden geben, der sagt, dies sei das Ende dieses Prozesses. Es darf keinen Juden geben, der sagt, wir seien am Ende dieses Weges angelangt." (Nach: Probleme des Klassenkampfes)

Der ausdauernde bewaffnete Kampf der arabischen Völker hat diesem "Prozeß" inzwischen einen Riegel vorgeschoben. Die Zionismus-Resolution der UNO ist ein weiterer wichtiger Sieg im Kampf der arabischen Völker gegen die Existenz des imperialistischen Stützpunktes auf ihrem Territorium. Sie zerreißt das Lügengewebe, mit dem die Imperialisten bisher versuchten, die Weltöffentlichkeit gegen die gerechte arabische Sache aufzuhetzen und weltweite Unterstützung für das imperialistische Projekt Israel zu gewinnen. Sie wissen, wenn jetzt die Mehrheit der Staaten der Dritten Welt den Kampf an der Seite des palästinensischen Volkes aufnimmt, werden sie auch bald ihre eigenen Völker nicht länger belügen können.

Auch hinter ihrer schamlosen Hetze gegen die UNO verbirgt sich nichts anderes als die Wut darüber, daß diese zunehmend untauglich wird als Instrument der verbrecherischen Politik der imperialistischen Mächte und die gerechte Sache der Völker vertritt.

Der Artikel stützt sich hauptsächlich auf Informationen aus der "Darmstädter Studenten Zeitung" Nr. 138-140 und Machower, Der Zionismus und sein Popanz, in: "Probleme des Klassenkampfes" Nr. 19-21. (hl)

Die verlorene Ehre der Katharina Blum – Ein bürgerliches Trauerspiel



In den Filmtheatern ist jüngst ein Film angelaufen, der es bereits jetzt auf hohe Besucherzahlen gebracht hat. Es handelt sich um die Verfilmung von Heinrich Bölls Erzählung "Die verlorene Ehre der Katharina Blum" mit dem Untertitel "Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann". Von der Presse wurden Erzählung und Film fast ausnahmslos hoch gelobt.

Folgenden Inhalt erzählt der Film: Auf einem Tanzfest lernt die Hausangestellte Katharina Blum im Kölner Karneval 1974 den Ludwig Götten kennen, mit dem sie anschließend die Nacht bei sich zu Hause verbringt. Am nächsten Morgen wird sie von einem Mobilen Einsatzkommando der Polizei überfallen, die hinter Götten, einem Bundeswehrdeserteur, her ist. Götten ist jedoch, obwohl die Wohnung der Blum während der Nacht überwacht wurde, verschwunden.

Katharina Blum wird daraufhin von der Polizei in Gestalt des Kommissar Beizmenne pausenlos verhört, der ihr Mittäter- und Komplizenschaft mit Götten vorwirft. Die Presse in Gestalt des Boulevardblattes "Zeitung" macht derweil aus der Angelegenheit eine groß aufgemachte "Terroristenstory", in deren Verlauf sie Katharina als eiskalte Verbrecherin hinstellt. Wenige Tage später wird Götten im Landhaus eines Professors und Kapitalisten verhaftet, der stets erfolglos hinter Katharina her war und ihr auch den Schlüssel für dieses Landhaus gegeben hat. Für die Polizei ist mit der Verhaftung Göttens auch die Angelegenheit Blum erledigt. Nicht so für die "Zeitung" und den Journalisten Tötges, der diese Sensationsstory noch weiter ausschlachten und fortführen will. Bei einem Interview, das Tötges mit Katharina Blum macht, wird er von dieser erschossen. Anschließend stellt sich Katharina Blum der Polizei und wird verhaftet.

Die Aufmerksamkeit, die dieser Erzählung und dem Film zuteil wurden, hängt eng mit der Person ihres Autors Heinrich Böll zusammen und mit der Situation, in der diese Erzählung entstand. Böll ist als Kritiker der Verhältnisse in Westdeutschland bekannt und gilt als so eine Art "moralischen Gewissens". Die Erzählung entstand anläßlich der Verfolgungsmaßnahmen gegen die RAF 1971/72, wo während der Böll selbst in die Schußlinie des Staatsapparates und der Presse geriet. Die Kritik, welche er in diesem Film ausbreitet und formuliert, läßt sich in der These zusammenfassen, daß die Verhältnisse hierzulande gegenwärtig so seien, daß ein aufrechter Mensch nicht mehr bestehen kann, weil die Moral immer weniger zählt, die Tugend in dieser Gesellschaft keinen Platz hat, in der Lüge und Heuchelei herrscht. Welche Gesellschaft und welche Tugenden hat er dabei geschildert?

Die Gesellschaft der absoluten Bürgerlichkeit

Die Gesellschaft, in deren Zusammenhang Böll seine Geschichte verhandelt, ist geprägt durch Figuren des bürgerlichen Milieus. Die der Filmhandlung zugrunde liegenden Figuren entstammen fast ausschließlich der herrschenden und besitzenden Klasse. Der Dienstherr der Katharina Blum, Blorna, ist Industriesyndikus, seine Frau Architektin. Dann besagter Kapitalist und Professor, der jahrelang hinter Katharina her war und ihr einen Ring von 10 000 Mark schenkte. Der Staatsanwalt, der mit den Blornas befreundet und auf ihren Festen war. Selbst Katharina, obzwar Hausangestellte, ist ein Teil dieses Milieus. Die Blornas haben ihr den Erwerb einer Eigentumswohnung für 100 000 Mark ermöglicht. Als sie von der ersten Verhaftung Katharinas erfahren, brechen sie sofort ihren Urlaub ab und kommen zurück. Mehr zweite Tochter als Hausangestellte, so stellt sich das Verhältnis der Katharina Blum zu den Blornas dar. Auch wo die Hauptfiguren nicht direkt der besitzenden Klasse entspringen, da gehören sie ihr indirekt an: als Staatsdiener, wie der Polizeikommissar, als Propagandisten, wie der Journalist Tötges.

Das Milieu, welches der Film skizziert, macht deutlich, worauf sich die Böllsche Kritik bezieht: darauf, daß in der bürgerlichen Klasse ein aufrechter Mensch nicht bestehen kann. Und gegen die Ehrlosigkeit, die im bürgerlichen Lager herrscht, führt er überkommene bürgerliche Tugenden als absolute Werte an. Es ist diese Eigenschaft Bölls, das schlechte Gewissen der Bourgeoisie zu sein, das ihn als Schriftsteller im bürgerlichen Lager so bekannt gemacht hat.

Nur in zwei kurzen Sequenzen des Filmes gerät in den Blick, daß die Gesellschaft nicht nur aus der bürgerlichen Klasse besteht, sondern daß es auch noch eine arbeitende Klasse gibt. In beiden Fällen werden aber ihre Vertreter gekennzeichnet als dumpfe und verständnislose Toren. Sie fühlen sich geschmeichelt durch das freundliche Lächeln eines Bürgerlichen und haben zu den bürgerlichen Tugenden, auf denen Böll in seinem Film besteht, keinen Zugang. So der erste Ehemann der Blum, als er vom Journalisten Tötges interviewt wird: ein "Arbeitsmann", der vor Glück darüber, daß Tötges ihn interviewt, sich kaum noch fassen kann und jeden von Tötges erwünschten Unsinn von sich gibt. So die Freundinnen der Blum, wohl Angestellte, die ihr voll naiver Begeisterung in einem Lokal erzählen, sie hätten alle Zeitungsausschnitte über ihren Fall gesammelt. Denn sie, die Blum, sei ja jetzt berühmt. Ganz so wie ein Filmstar. Das wirkt so, wie es von Böll gemeint ist, roh und verständnislos gegenüber dem Leiden der Katharina Blum. Offensichtlich denkt sich Böll so das "gemeine Volk".

Die Ehrenhaftigkeit, die nicht mehr bestehen kann

Welche Tugenden können in der bürgerlichen Klasse nicht mehr bestehen? Dazu betrachte man die Figur der Katharina Blum, in welcher Böll alles vereint hat, was ihm als Inbegriff moralischer Werte verteidigenswert erscheint. Dazu gehört das absolute Bestehen auf dem, was sie für die Wahrheit hält, eine Aufrichtigkeit, die kein opportunistisches Zugeständnis aufkommen läßt. So beharrt sie allen Winkelzügen der vernehmenden Polizisten gegenüber stets auf dem, was ihr als Wahrheit gilt. Dazu gehört die Reinheit des Gefühls und die unbedingte Aufrichtigkeit den eigenen Gefühlen gegenüber. Bekannte haben ihr, dafür den Spitznamen "die Nonne" gegeben, aber mit Prüderien haben diese Charaktereigenschaften nichts zu tun: Auf die Frage des Polizeikommissars, ob der Götten zudringlich gewesen sei, antwortet sie, er sei zärtlich gewesen.

Von derselben Reinheit und Aufrichtigkeit wie Katharina Blum ist auch Ludwig Götten; beide sind aus demselben Holz geschnitzt. Als sie sich auf dem Tanzfest zum erstenmal sehen, erkennen sie beide blitzartig im anderen diese Eigenschaften, was der Film zum Ausdruck bringt durch das nahezu sprachlose In-die-Augen-Schauen während des ersten gemeinsamen Tanzes, mit dem diese Beziehung beginnt.

Die Liebesbeziehung der beiden ist durch kein Gramm berechnender Beimischung getrübt, kennt keine Abstriche an der Bedingungslosigkeit, mit der sich beide zu ihr bekennen, und behauptet sich gegenüber allen Angriffen, Verleumdungen, Verfolgungen. Sie ist der Prüfstein, an der sich die Tugend, Reinheit und Ehrenhaftigkeit der Katharina Blum bewährt.

Und dies bis zum Schluß. Nachdem sie den Journalisten Tötges erschossen hat und verhaftet worden ist, begegnet sie im Keller des Polizeigefängnisses zum erstenmal seit jenem Abend wieder Ludwig Götten: Ungeachtet ihrer Bewacher fallen sich beide in die Arme.

An dieser Liebesbeziehung, in welcher sich die Tugenden der Katharina Blum darstellen, gewinnt so Böll den Maßstab zur Kritik der Verhältnisse, die im bürgerlichen Lager herrschen und die das Bestehen einer, die so wie die Katharina Blum ist, unmöglich machen. Es ist die zufällig sich ergebende Beziehung der Blum zum Götten die einzige menschliche Beziehung in diesem Film während alle anderen Beziehungen durch Konkurrenz, Neid, Sich-Ausnützen, durch Berechnung, Unaufrichtigkeit und Unterdrückung gekennzeichnet sind.

Gerade darin erweist sich, daß Böll ein von der bürgerlichen Klasse ausgehender und insofern bürgerlicher Schriftsteller ist. Die einzige soziale Beziehung, in der sich die Ehrenhaftigkeit darstellen kann, ist eine Liebesbeziehung, denn alle anderen Beziehungen in der bürgerlichen Klasse sind durch Konkurrenz und Unterdrückung charakterisiert. Das Leiden einer jungen bürgerlichen Frau an dieser bürgerlichen Umwelt, in der alles vermarktet und der Konkurrenz unterworfen ist, seinen Preis hat und bezahlt werden will, behandelt der Film.

Die Unehrenhaftigkeit als der Gegensatz

Entsprechend schildert der Film die Umwelt der Katharina Blum, das herrschende bürgerliche Milieu. Den Gegensatz zur Katharina Blum entfaltet Heinrich Böll in Gestalt des Journalisten Tötges. Dieser ist, und bis in die persönlichen Gesichtszüge hinein der Propagandist der Unwahrhaftigkeit, der berechnende Sensationsjournalist, der jede Tugend und jede Moral der Sensationsmacherei, dem Zeitungsabsatz unterwirft.

Das ist durchaus wörtlich zu nehmen: Besucht er doch Katharinas schwerkranke Mutter in Arztverkleidung auf der Intensivstation, um sie zu interviewen, eine Aufregung, an welcher die Kranke stirbt. Auch als er gegen Ende des Films dann Katharina direkt interviewt, als diese bereits beschlossen hat ihn zu erschießen, tut ihm nichts leid, kommt ihm nicht der Gedanke an Skrupel. "Jetzt hab' ich dich berühmt gemacht, jetzt kommst du an das große Geld heran", läßt Böll ihn darum sagen.

Es wird damit gesagt, daß, wo alles der Geldmacherei unterworfen ist, die Ehre keinen Bestand mehr hat. Verkörpert die Blum die Ehre, so der Tötges die Sensations- und Geldmacherei, die Unehrenhaftigkeit. Und dieser Gegensatz von ehrenhaft und unehrenhaft, kurz von gut und bös, bestimmt den gesellschaftlichen Frontverlauf in diesem Film.

Quer durch die Personen des Filmes hindurch geht dieser Gegensatz, der die Zersetztheit der bürgerlichen Klasse darstellt. So in Gestalt des Kapitalisten und Professors, der vergeblich hinter Katharina Blum her war. Als die Zeitung mit der Verleumdung der Katharina Blum beginnt, ist dessen einzige Sorge, daß sein Name in den öffentlichen Skandal hineingezogen werden könnte. Um dies zu verhindern, würde er die Blum auch opfern, obzwar er vorgibt sie zu lieben.

Die gleiche Zwiespältigkeit kennzeichnet die Figuren im Staatsapparat, die mit der Vernehmung der Blum zu schaffen haben. Das beginnt mit der Figur des Staatsanwalts, der seine Verfolgungs- und Unterdrückungstätigkeit auch nur mit halbem Herzen ausübt. Fünf Tage mache ich in Extremisten, und an zwei Tagen habe ich Ruhe, läßt Böll ihn sagen. Als die Katharina Blum bei einer Vernehmung äußert, den Herrn Staatsanwalt kenne sie, mit dem habe sie auch schon einmal bei einem Fest der Blornas getanzt, sagt dieser: "Das gehört nicht hierher." So wird mit dieser Zwiespältigkeit der Figuren ausgedrückt einerseits die Heuchelei und Ehrlosigkeit, die im bürgerlichen Lager herrscht, und andererseits, daß dieser Gegensatz von Ehre und Ehrlosigkeit, durch den Böll fast jede einzelne Figur charakterisiert, die Auseinandersetzungen in der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt.

Selbst noch der Polizeikommissar Beizmenne, welcher die Blum verhört und in der Wahl seiner Verhörmittel nicht zimperlich ist, trägt diesen Gegensatz in sich: Wo er seine Vesperstulle auspackt, fällt alle Brutalität von ihm ab und ist er gar beleidigt, weil die Blum seinen essenden Anblick nicht ertragen kann.

Dann der geduckte Polizeiinspektor, der über die Verhörmethoden des Kommissars nicht glücklich ist und einmal bemerkt, normale Menschen wären anders wie die Polizei. Die weibliche Polizistin, die der Blum zuerst in den After schaut, um zu erforschen, ob da wohl eine Pistole verborgen ist, und ihr ansonsten gut und tröstend zuredet. Alle diese Personen sind mehr oder weniger Mischungen von gut und bös, von ehrenhaft und ehrlos und kennzeichnen, daß die überkommenen bürgerlichen Tugenden zersetzt sind, in der bürgerlichen Klasse keinen Bestand mehr haben. Worin dies seine Ursache hat, diese Verrottetheit der Bourgeoisie, dazu erfährt man während des ganzen Filmes nichts. Das bleibt so eine Frage der Moral, woran sich die idealistische Position des bürgerlichen Literaten Böll zu erkennen gibt. Das ist verständlich, denn indem Böll in seinem Film nur die bürgerliche Klasse kennt, aber nicht den Klassengegensatz, kann er den Ursachen des Verfalls in der bürgerlichen Klasse auch nicht auf die Spur kommen.

Der Staat als Tugendwächter

Eingangs erscheint es, als wolle der Film einen scharfen Protest gegen die gegenwärtigen Unterdrückungsmaßnahmen des Staatsapparates formulieren. Schroff wird zu Beginn der gewalttätige Charakter des bürgerlichen Staatsapparates skizziert. So, als im Morgengrauen ein Mobiles Einsatzkommando die Wohnung der Katharina Blum überfällt. Durch schußsichere Westen und Kapuzen bis zur Unkenntlichkeit verhüllt, wird durch die Anonymität dieses Einsatzkommandos die Ohnmacht des Individuums gegenüber dem Staatsapparat demonstriert. Aber dieser Gegensatz wird schnell abgemildert. Während der Wohnungsdurchsuchung bei der Blum hantiert einer der Polizisten tölpelhaft mit seiner MP, so daß sich ein Schuß löst. Die Polizisten sind, wie Böll zeigen will, dann doch nicht so schlimm und ganz normale Menschen, denn, als die Lage erkannt wird, ein befreiendes Lachen, das signalisiert: Auch Polizisten und Mitglieder Mobiler Einsatzkommandos sind Menschen, mit allem drum und dran.

Der Protest gegenüber dem Staatsapparat hat so einen kurzen Atem, weil er nur vom Bezug der bürgerlichen Klasse auf ihren Staat lebt, und in dieser Beziehung ist eben nicht die staatliche Unterdrückung das Wesentliche, sondern in ihr sichert der Staat die Rechte der Bürger. Wird im ersten Schritt, beim Polizeiüberfall im Morgengrauen, der gewalttätige Charakter des Staates schroff skizziert, so wird dieser Eindruck bereits im folgenden abgemildert, wo sich auch die der Blum vernehmenden Polizeibeamten als Menschen, wenn auch weniger ehrenhafter Gestalt als die Blum, erweisen. Bereits hier wird der Gegensatz der Katharina Blum zum Staat aufgelöst in den Gegensatz von ehrbaren und ehrlosen Menschen. Der Staat als Institution, als Organisation der herrschenden Klasse verschwindet hinter diesem Gegensatz. So wird die Kritik am Staat schließlich zur Kritik an staatlichen Auswüchsen, z.B. wenn die Zusammenarbeit des Polizeikommissars mit dem Journalisten Tötges dargestellt wird. Dagegen führt Böll dann schließlich den Staat als Garant der bürgerlichen Tugenden ins Feld. Kann nicht der Staat die Blum gegen schützen, gegen die Hetze der "Zeitung", läßt er die Blum eine Polizistin fragen, und danach spitzt sich der Film zu auf die Auseinandersetzungen der Blum mit der "Zeitung" zu.

Der Tod des Tötges

Absolut dagegen ist der Gegensatz der Blum zum Journalisten Tötges, ihrem Peiniger. Gegenüber ihm, dem Propagandisten der Unehrenhaftigkeit, kann sie ihre Ehre nur verteidigen, indem sie ihn erschießt. Daß dies alles nur ein Aufbäumen war, ohne Hoffnung auf eine Perspektive, zeigt der Schluß des Filmes. Am Grab des Journalisten Tötges steht die ganze bürgerliche Sippe vereint zusammen, während der Pfarrer in seiner Grabrede die Tat der Blum als Anschlag auf alle bürgerlichen Werte, auf die Pressefreiheit, auf die "freiheitlich demokratische Grundordnung" verurteilt. So hat sie, wie das in bürgerlichen Tragödien zu sein pflegt, das Böse die Herrschaft behalten, während die ehrenhafte Katharina im Gefängnis gelandet ist, aber den moralischen Sieg davongetragen hat. Hinter den Büschen des Friedhofs stehen die Blornas, bei denen die Blum angestellt war, und schauen von weitem der Beerdigung zu, während z.B. der Staatsanwalt am Grab steht. Das will heißen, es geht alles so weiter wie bislang.

Was hat der Film mit der RAF zu schaffen?

Als Trauerspiel mußte der Versuch Bölls enden, das unbedingte Bestehen einer jungen Frau auf ihrer Ehre und ihren Gefühlen gegenüber der Heuchelei und Lüge im bürgerlichen Lager darzustellen. Anders konnte dieses Ende auch nicht sein, denn innerhalb des bürgerlichen Milieus kann das Bestehen auf der Wahrheit zu keinem anderen Ende finden. Das spiegelt wider, daß die Bourgeoisie eine historisch überlebte Klasse ist, die für ihre Existenz des bloßen Aneignens keine Rechtfertigung mehr hat. Vom Standpunkt des bürgerlichen Individuums kann demgegenüber das Bestehen auf der Wahrheit nur dahin führen, daß der Einzelne unterliegt und nur durch seine Vernichtung seine Ehre erhalten kann oder daß er nurmehr als Clown und Don Quichotte weiterlebt.

Man versteht so, welche Aussage der Film zur RAF machen will, in deren Zusammenhang er entstanden ist, ein Zusammenhang, der im Film auch bewußt aufrechterhalten wird. So z.B., wenn während der Vernehmung der Blum plötzlich und für Sekunden ein Steckbrief von Holger Meins ins Auge des Zuschauers fällt.

"Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann", hieß der Untertitel der Erzählung. Entstehen kann sie, so die Lehre des Films, wo ein bürgerliches Individuum gegenüber den Fäulniserscheinungen seiner Klasse auf der Wahrheit und der Aufrichtigkeit gegenüber den eigenen Gefühlen beharrt. Enden muß dies in einem Trauerspiel, indem das Beharren auf der Wahrheit zur Verzweiflungstat führt, weil anders im bürgerlichen Milieu ihr Geltung nicht verschafft werden kann. Die Parallele der Katharina Blum zu Ulrike Meinhof ist hier nicht übersehbar, und Böll hat dafür verschiedene Andeutungen im Film hier zum Ausdruck gegeben. So z.B., die Polizei bei der Blum eine Marx-Zitat zum Geldfetisch findet, das ihr ein Pater aufgeschrieben hat. Sagen will der Film, jene, die sich zu solchen Verzweiflungstaten hinreißen lassen, wie Ulrike Meinhof, das sind die Besten, die ihr in der bürgerlichen Klasse habt, die Aufrechtesten, die an Heuchelei zerbrechen. Aber hier endet auch schon die Analogie der Blum zur Meinhof und verhindert der bürgerliche Standpunkt des Heinrich Böll, das er zur RAF mehr zu sagen wüßte, als er die Vorgeschichte der Meinhof untersucht. Denn diese hat nicht mit der Waffe nicht ihre bürgerliche Ehre verteidigt und sie hat den Ausweg nicht im Rahmen des bürgerlichen Milieus gesucht. Denn die Wahrheit muß schließlich stets bei der Erkenntnis landen, daß es eine arbeitende und eine aneignende Klasse gibt. Und wie falsch auch immer, so ist doch die RAF im Namen der arbeitenden Klasse aufgetreten und hat erklärt, ihrer Befreiung, wenn auch von dieser losgelöst, dienen zu wollen. Das geschah losgelöst von der arbeitenden Klasse und unter Verkennung der Wahrheit, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihr eigenes Werk sein muß. Dafür hat die Kriegserklärung an die bürgerliche Gesellschaft werden die RAF-Mitglieder einer ganz anderen, brutaleren und konsequenteren Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat ausgesetzt, als der Film auch nur andeutet. Die Vernichtungshaft, in der Ulrike Meinhof und ihre Genossen gehalten werden, ist nicht vergleichbar mit den Polizeiempelien in den Verhören der Katharina Blum, auf die sich heute jeder Demonstrant gefaßt machen muß. Und am Richter Prinzing in Stammheim ist nicht die mögliche Zwiespältigkeit seiner Person von Interesse, sondern ausschließlich die Tatsache, daß er gerade die Kreatur ist, die der Staatsapparat für sein Geschäft braucht. – (er)